

Jahresbericht 2025

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin



Inhalt

Einleitung	03
Berlin im Jahr 2025	04
Ergebnisse 2025 auf einen Blick	09
Wenn Kinder zur Zielscheibe werden	10
Charlottenburg-Wilmersdorf	12
DOSTA/MIA Berlin Bericht 2025	15
Friedrichshain-Kreuzberg	16
Lichtenberg	19
EACH ONE Monitoring	22
Marzahn-Hellersdorf	23
Mitte	26
Neukölln	29
Die Zahlen im Detail	32
RIAS Monitoring	37
Pankow	38
Reinickendorf	41
Union für Obdachlosenrechte	44
Interview mit QueerHome*	44
Spandau	45
Steglitz-Zehlendorf	48
Tempelhof-Schöneberg	51
Treptow-Köpenick	54
Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin	57

Impressum

Koordination der Berliner Register

Post: pad gGmbH, Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 01590 - 13 07 803
Instagram: [@berliner_register](https://www.instagram.com/berliner_register)

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen oder der Koordinierungsstelle verfasst.

Redaktion: Jannik Landmark und Lea Lölhöffell
Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.500 Stück
Stand: Oktober 2026
Fotos: Berliner Register, außer S. 26 i.v.l. Paul Hanewacker

Alle gedruckten Bilder dienen der staatsbürgerlichen Aufklärung und der Berichterstattung übers Zeitgeschehen.
V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.



Einleitung

Der Jahresbericht 2025 der Berliner Register erscheint wenige Wochen nach den Berlinwahlen, bei denen Kandidat*innen der AfD dazugewannen. Begleitet wurde das Wahlergebnis von Debatten über den Schutz jüdischen Lebens und über rassistische Vorbehalte. Doch was ging diesen Entwicklungen voraus? Die Berliner Register zeigen in ihrem Jahresbericht, wie sich auch 2025 menschenfeindliche Ideologien in der Stadt ausbreiteten – und dass sie nicht nur in der extremen Rechten zu finden sind. Mit über 8.200 Meldungen liegt die bisher höchste Zahl dokumentierter Vorfälle in über 20 Jahren vor.

Das Jahr begann mit einer Wahl – für den Bundestag. Internationale Krisen wie der Nahostkonflikt, eine rassistisch aufgeladene Debatte über Abschiebungen und Druck auf die Zivilgesellschaft prägten das Jahr. Extrem rechte Jugendgruppen setzten ihre Angriffe auf migrierte Menschen und politisch Andersdenkende fort.

Die Berliner Register dokumentierten, wie solche Entwicklungen den Alltag in der Stadt prägten. Gewaltvolle Übergriffe, Ausgrenzungen, Demonstrationen und Aufkleber richteten sich gegen Menschen, die in extrem rechte Feindbilder passen. Ihr Alltag wird dadurch unsicherer. Die zugespitzten gesellschaftlichen Debatten bekommen sie unmittelbar zu spüren. Kinder und Jugendliche machten zunehmend rassistische Erfahrungen – die Berliner Register stellten doppelt so viele Vorfälle fest.

Das Monitoring-Netzwerk der Berliner Register ergänzt die Meldungen von Menschen, die Ausgrenzung erleben oder beobachten, durch eigene Recherchen, Medienauswertung und den Austausch mit Melde- und Beratungsstellen sowie bezirklichen Netzwerken. Alle Meldungen werden geprüft, fachlich bewertet und eingeordnet. So entsteht ein gesellschaftliches Lagebild, das Entwicklungen von Diskriminierung und extrem rechten Aktivitäten in Berlin aufzeigt.

Dies ist der achte gemeinsam publizierte Jahresbericht der Berliner Register. Er verbindet die berlinweite Analyse über Diskriminierungen und extreme rechte Aktivitäten mit Einblicken in die Entwicklungen der einzelnen Bezirke. Ergänzt wird er durch Beiträge von Kooperationspartner*innen mit Fachbeiträgen zu Antisemitismus, Antiziganismus, Anti-Schwarzem Rassismus, Feindschaft gegenüber Wohnungslosen und Queerfeindlichkeit. Damit bündelt der Jahresbericht unterschiedliche Perspektiven und Fachwissen und trägt dazu bei, Entwicklungen einzuordnen und Leerstellen sichtbar zu machen.

Danke an alle, die uns ihre Erlebnisse gemeldet haben, die uns unterstützen und gemeinsam mit uns für Mut und Zusammenhalt eintreten.

Die Berliner Register
im Oktober 2026

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus (z.B. Feindschaft gegen Rom*nja und Sinti*zze)
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Anti-Schwarzer Rassismus / Rassismus gegen Schwarze Menschen
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegen Jüdinnen*Juden)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen)
- Antifeminismus (als politische Strategie der extremen Rechten)
- Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda, die für extrem rechte Gruppen wirbt)
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)

Berlin im Jahr 2025

Ein neuer Höchstwert: 8.286 Meldungen erfassten die Berliner Register im Jahr 2025. Das zeigt, dass die Berliner*innen Ausgrenzungen im Alltag nicht hinnehmen, sondern Vorfälle melden und damit sichtbar machen. Zugleich breiten sich menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft aus, weit über die organisierte extreme Rechte hinaus. Das zeigte sich in gewaltsamen Übergriffen, abwertenden Äußerungen und Propaganda im öffentlichen Raum. Die rassistisch aufgeladene Migrationsdebatte, der andauernd hohe Antisemitismus, Angriffe auf die Zivilgesellschaft und der wachsende Einfluss der extremen Rechten, vor allem in Ostberlin, veränderten die Stadtgesellschaft. Der Alltag aller, die in extrem rechte Feindbilder passen, ist zunehmend unsicher.

Das Jahr begann im Wahlkampf

Im Bundestagswahlkampf 2025 stand nach mehreren furchtbaren Terroranschlägen die aufgeheizte Migrationsdebatte im Mittelpunkt: Berliner*innen gingen auf Großdemonstrationen für demokratischen Zusammenhalt. Zugleich nutzte die extreme Rechte die politische Aufmerksamkeit als strategische Gelegenheit: So verteilte die neonazistische Partei „Die Heimat“ in Reinickendorf Flugblätter mit der Überschrift „Migration tötet“.

Die rassistische Forderung nach „Remigration“ wurde lauter: Die Berliner Register dokumentierten den völkisch-rassistischen Kampfbegriff der Neuen Rechten 316-mal und damit doppelt so häufig wie im Vorjahr. Im März, kurz nach der Wahl, erfuhren die Berliner Register von besonders vielen rassistischen Angriffen und im April von mehr Pöbeleien und Beleidigungen.

Gefährliche Ausgrenzungen

Die Berliner Register dokumentierten im Jahr 2025 insgesamt 2.320 rassistische Vorfälle, etwa 30 Prozent mehr als 2024 (1.761). Besonders deutlich stiegen rassistische Beleidigungen und Angriffe. 212 der Vorfälle wurden in Mitte dokumentiert, 109 in Friedrichshain-Kreuzberg.

Auch die rassistische Propaganda nahm zu: Mit 1.028 Vorfällen hat sie sich seit 2023 verdreifacht. Verbreitet war der ausgrenzende Aufkleber „Nix Yallah – hier wir deutsch gesprochen“. In Wilmersdorf fand sich ein Hakenkreuz neben der Drohung „Kill all Moslems“. In Prenzlauer Berg stand die Parole: „Make Germany White Again“.

Im Oktober 2025 folgte eine öffentliche Debatte, wer zum „Stadt-bild“ gehöre. In diesem Monat erfassten die Berliner Register am

Art der Vorfälle 2024-2025



Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Vorfallsarten:

- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- Strukturelle Benachteiligung (z.B. behördliche Diskriminierung)
- Veranstaltungen (z.B. Demonstrationen)
- Sonstiges

meisten rassistische Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien im zurückliegenden Jahr. Aufs ganze Jahr gesehen war fast jeder zweite verbale Übergriff rassistisch motiviert (652 von 1.368). Bei den rassistischen Angriffen war der Anstieg von 228 auf 423 drastisch.

Besonders häufig betroffen waren Frauen. Völkische Vorstellungen trafen auf sexistische: Frauen wurden im Bus, beim Einkauf oder auf der Straße bespuckt, geschlagen oder am Kopftuch gezogen. Auffällig war der hohe Anteil von betroffenen Kindern und Jugendlichen: Etwa jeder sechste rassistische Angriff richtete sich gegen Minderjährige. Auch strukturelle Benachteiligungen richteten sich in jedem sechsten Fall gegen sie. (Siehe Seiten 10–11)

Verantwortlich gemacht: jüdische Berliner*innen unter Druck

Berlins Jüdinnen*Juden erleben seit dem 7. Oktober 2023 eine andauernde antisemitische Mobilisierung. Das beeinträchtigt ihr Sicherheitsgefühl deutlich und beschränkt öffentliche Räume für sie. Sie werden pauschal verantwortlich gemacht für Ereignisse im Nahen Osten. Das ist nicht neu: Bei Nahostkriegen, zur Pandemiezeit und bei Versorgungskrisen nahmen solche Vorfälle stets zu – Antisemitismus dient als verschwörerische Welterklärung.

Die Berliner Register dokumentierten 1.705 antisemitische Vorfälle – die zweitmeisten Vorfälle seit Erfassungsbeginn. 206 antisemitische Versammlungen waren der bisherige Höchstwert. Erfasst werden Veranstaltungen nur dann, wenn antisemitische Inhalte dokumentiert werden. Dazu gehörten die Parole „Kin-

dermörder Israel“, die an die Ritualmordlegende anknüpft. Bei einer Kundgebung im Wedding bezeichnete ein Redner Israelis als „faschistisch“ und „Blutsauger“. Auch Neonazis instrumentalisierten den Nahostkonflikt: Ein Aufkleber von „Der III. Weg“ diffamierte Israel als „Terrorstaat“ und zeigte einen blutigen Davidstern.

Die Vorfälle entwickelten sich auch 2025 entlang des Konflikts im Nahen Osten: Mit der israelischen Bodenoffensive in Gaza im April, dem Krieg zwischen Israel und Iran im Juni und der Waffenruhe im Oktober stiegen die Meldungen deutlich. Es gab zeitgleich stets mehr Angriffe und Beleidigungen. Durchgehend zeigt sich: Berlins Jüdinnen*Juden wurden für Ereignisse in Nahost in Haftung genommen.

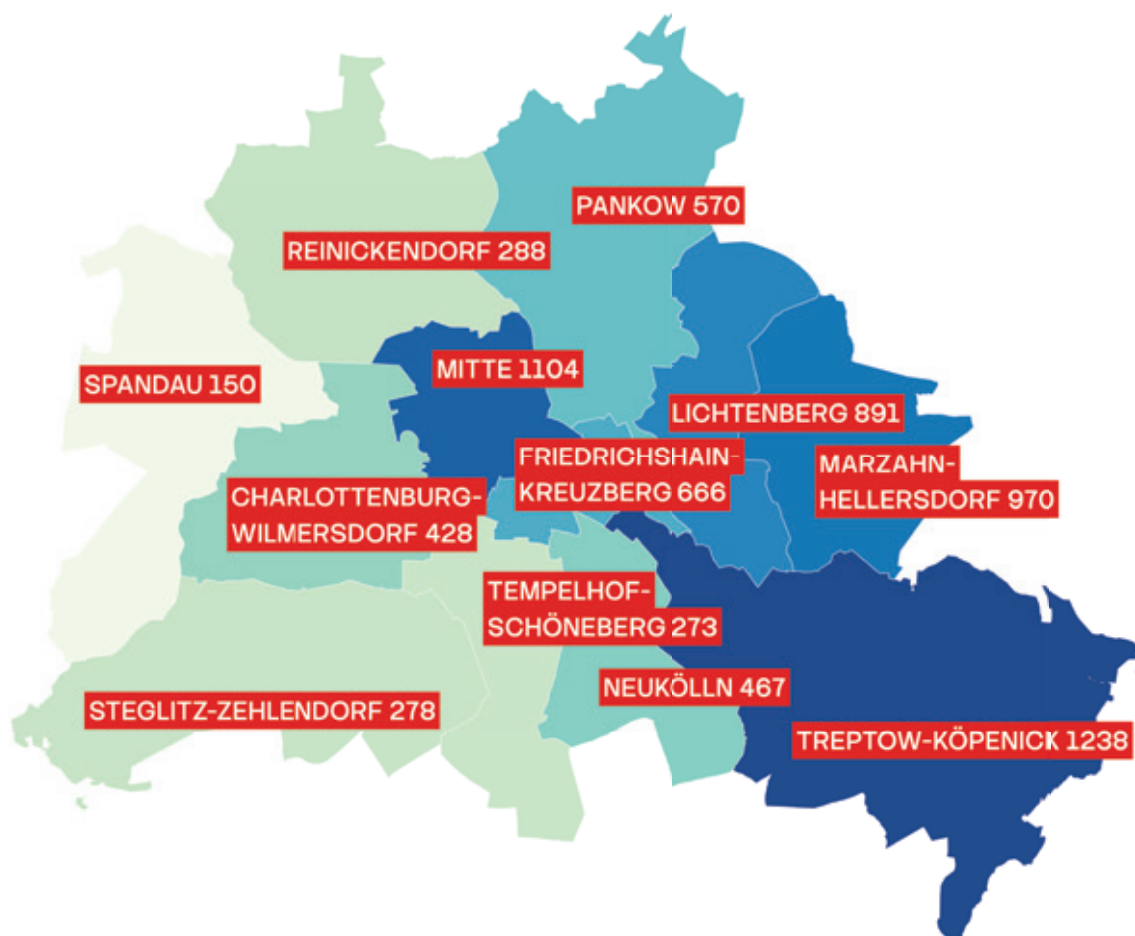
Extrem rechte Raumnahme in Ostberlin

Wer am östlichen Stadtrand unterwegs ist, kann in den Straßen eine Veränderung sehen: neonazistische Aufkleber, Hakenkreuze und queerfeindliche Parolen finden sich dort jeden Tag. Denn die extrem rechte Jugendkultur hat sich in Berlin nun etabliert. Im Vorjahr 2024 war sie noch neu und die Szene schlagartig gewachsen. Dieses Wachstum setzte sich 2025 zwar nicht fort. Die Gruppen verschwanden aber nicht, sondern festigten sich und suchten zunehmend die Nähe zu etablierten Akteuren der extremen Rechten.

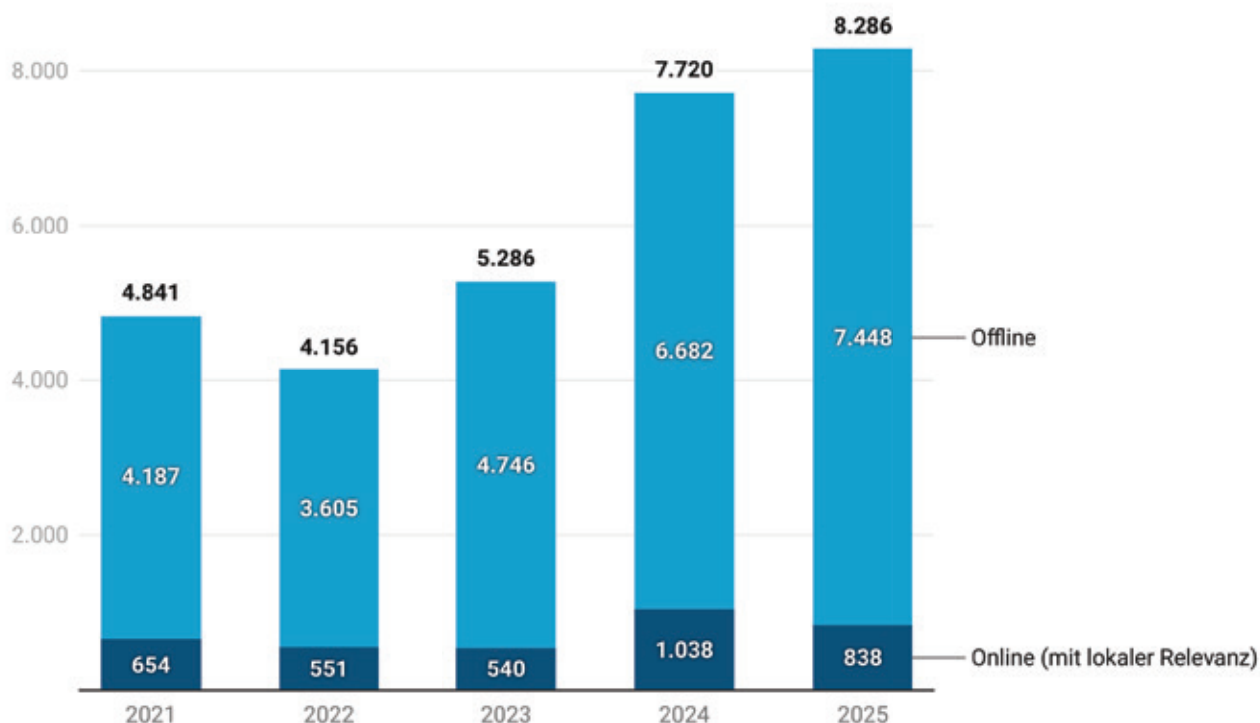
Die Berliner Register dokumentierten Treffen der Gruppe „Deutsche Jugend Voran“ in der Köpenicker Bundeszentrale der neo-

Extrem rechte und diskriminierende Vorfälle 2025

Bezirkliche Verteilung



Verhältnis der Online-Vorfälle zu Offline-Vorfällen 2021-2025

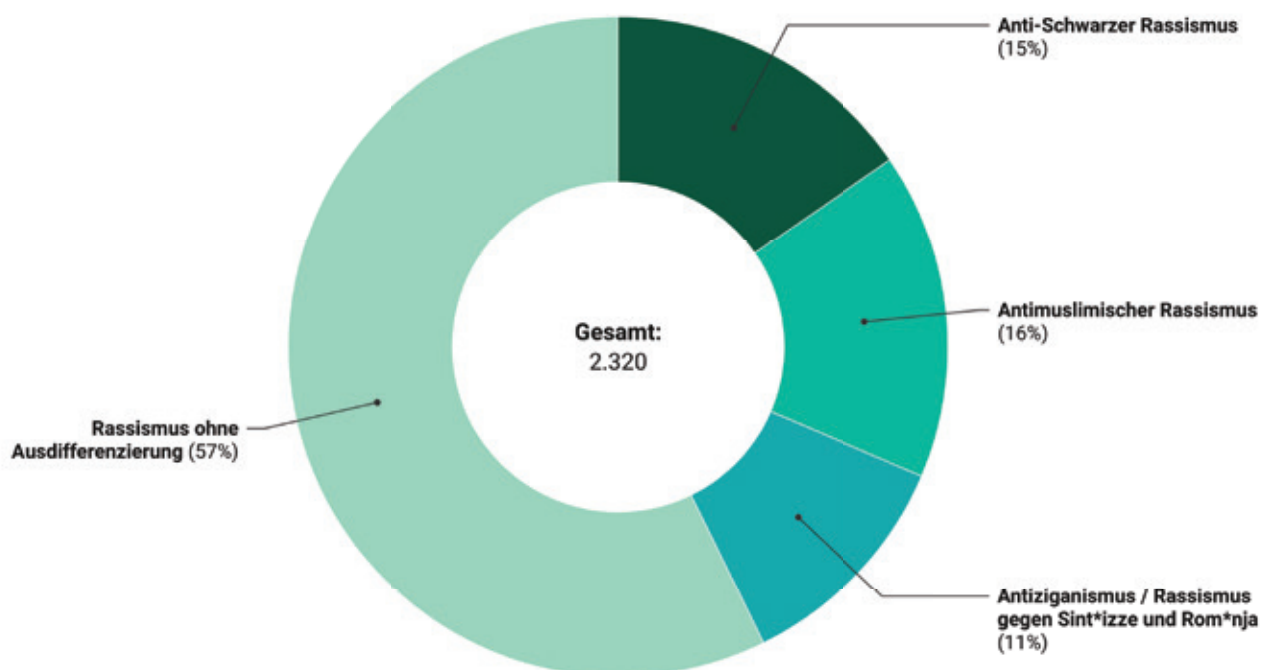


Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

nazistischen Partei „Die Heimat“. Dem folgten gemeinsame öffentliche Auftritte. Auch die „Jägertruppe“ arbeitete mit „Die Heimat“ zusammen. Bei Aufmärschen „gegen Linksextremismus“ in Friedrichshain und Mitte kamen Jugendliche mit Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Damit fanden in Berlin erstmals seit längerer Zeit wieder extrem rechte Großmobilisierungen statt. Doch Anwohner*innen stellten sich ihnen immer in den Weg.

Auch nationalsozialistische Symbolik und Feindbilder prägten den öffentlichen Raum. Das unter Jugendlichen verbreitete Graffiti „1161“ steht für „Anti-Antifaschistische Aktion“ und knüpft an eine neonazistische Kampagne seit den 1990er Jahren an. Insgesamt dokumentierten die Berliner Register 1.641 Vorfälle gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Erstmals wurden 1.054 NS-bezogene Vorfälle erfasst, ein starker Anstieg (2024: 842; 2023: 704). Jede vierte NS-verherrlichende Pöbelelei, z. B. ein

Betroffenengruppe Rassismus



gezeigter Hitlergruß, ging von Jugendlichen aus. Insbesondere in Lichtenberg nahmen Hakenkreuzen stark zu, doch auch in Spandau gab es einen Anstieg, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Neonazi-Kader im Kampf um die Straße

Neben jugendkulturellen Gruppen waren neonazistische Kaderstrukturen aktiv: Die Berliner Register ordneten 772 Vorfälle der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ und ihrer Nachwuchsgruppe „Nationalrevolutionäre Jugend“ („NRJ“) zu. Ihre Aufkleber wie „Deutschland den Deutschen“ oder „Familien-glück statt LGBTQ“ halfen sogar junge Neonazis von außerhalb der Partei zu verbreiten. „Der III. Weg“ setzte auf den „Kampf um die Straße“: Hierzu veranstalteten sie Infostände, die sie als „Sturm auf Berlin“ bezeichneten. Die öffentlichen Kampfsporttrainings der „NRJ“ wurden seltener, fanden aber weiterhin statt. Die Teilnehmenden übten hierbei Gewalt als politisches Mittel ein, die sie schließlich mit geplanten Überfällen in linksgerichtete Kieze trugen: Im Mai griffen acht NRJ-Mitglieder bewaffnet ein Hausprojekt an. Im März kamen 250 „Der III. Weg“-Mitglieder aus dem Bundesgebiet zu einer Demonstration zusammen, im Umfeld ihres Aufmarschs gab es 15 Übergriffe.

Die neonazistische Partei „Die Heimat“ arbeitete an ihrer Wiederbelebung. Seit Herbst 2025 gab es regelmäßige Veranstaltungen in ihrer Geschäftsstelle. Erstmals seit Jahren meldete die Partei außerdem wieder eine Demonstration in Berlin an und verbreitete dabei antiziganistische Inhalte. Extrem rechte Jugendgruppen unterstützten die Demonstration zahlreich.

Nicht einzuschüchtern: Bedrängung der Berliner Zivilgesellschaft

Die Angriffe der extremen Rechten richteten sich auch gegen Vereine, Kultureinrichtungen, Jugendklubs, Initiativen und Bibliotheken. Besonders Akteure der Neuen Rechten, einer extrem rechten Strömung, griff diese Orte noch stärker an als zuvor. Abfragen bei Behörden, Störversuche und Desinformation erhöhten dabei Schritt für Schritt den Druck auf Einrichtungen und Engagierte.

Besonders hart gingen sie die „Aktionswochen gegen Rassismus“ in Charlottenburg-Wilmersdorf an, in deren Rahmen Lesungen, Stadtrundgänge und Kochabende stattfanden. Diese wurden in organisiertem Vorgehen bedrängt. So gab es bei einer Veranstaltung über 700 falsche Anmeldungen unter Namen wie „Hitler“. Dann versuchten schließlich AfD-Abgeordnete ungebeten teilzunehmen. Ein anderes Mal machten Mitarbeitende des Onlineportals „NiUS“ Veranstaltungsaufnahmen, ohne sich als Presse auszuweisen. Auch „Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“ erhielt falsche Anmeldungen. Eine Mitarbeiterin der Amadeu Antonio Stiftung wurde in einem Shitstorm mit Abschiebe- und Morddrohungen konfrontiert.

Auch Journalist*innen wurden zur Zielscheibe: Die Berliner Register dokumentierten 39 Vorfälle, bei denen Pressearbeit behindert wurde. Dazu trug nicht nur die Neue Rechte bei: Bei einer Neonazidemonstration am Ostkreuz gab es drei Angriffe und Drohungen gegen die Presse. Dies zeigt eine weitere Ebene extrem rechter Einflussnahme: Nicht nur Betroffene von Diskriminierung, sondern auch diejenigen, die sich gegen sie engagieren oder darüber berichten, geraten unter Druck.

Queere Sicherheit in Gefahr

Queere Gleichberechtigung und Sichtbarkeit gehören zum Kern extrem rechter Mobilisierung und politischer Deutungskämpfe. Im Jahr 2025 dokumentierten die Berliner Register 569 LGBTIQ*-feindliche Vorfälle – mehr als in jedem Jahr zuvor. Die meisten ereigneten sich im Sommer während der Pride-Saison.

Im Bundestagswahlkampf 2025 standen das Selbstbestimmungsgesetz und damit Transrechte in Frage. Just in dieser Zeit gab es mehr queerfeindliche Propaganda. Besonders häufig waren Aufkleber aus Neonazi-Shops und die neurechte Kampagne „Stolzmonat“. Die Regenbogenfahne am Bundestag wurde zur Beflaggung eines „Zirkuszelts“ herabgewürdigt. Ab der zweiten Jahreshälfte folgten Kürzungen an der queeren Jugendarbeit. Nach der jahrelangen Hetzkampa-

Jeder 6.

**gemeldete rassistische Fall
von körperlichen Angriffen
sowie strukturellen Benachtei-
ligung betraf Minderjährige**

> 30

**Durchschnittlich mehr als
34 verbale und körperliche
Attacken pro Woche
dokumentiert (Beleidigungen,
Bedrohungen, Gewalt)**

10%

**Bei 10% der dokumen-
tierten Angriffe berichte-
ten Meldende von Zivil-
courage**

448

**Vorfälle mit Haken-
kreuzen dokumentiert**

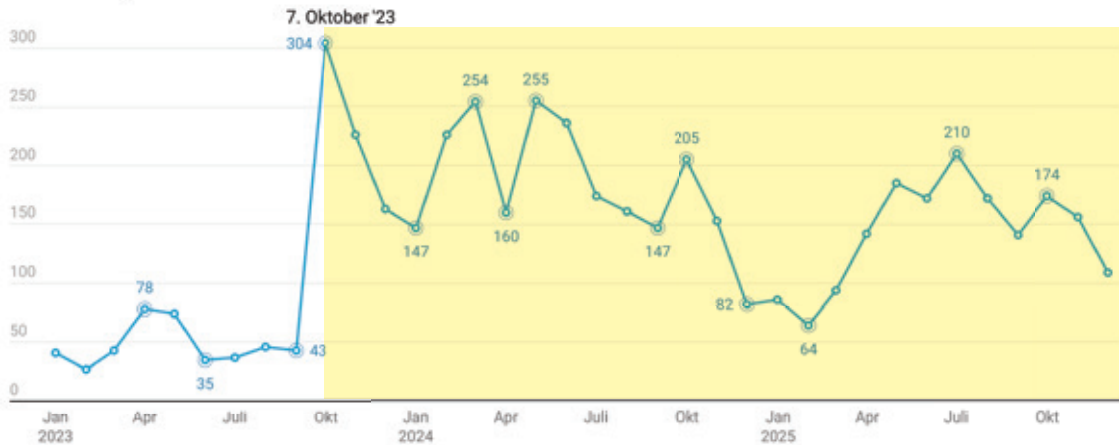


26%

**der queerfeindlichen
Vorfälle richteten sich
gegen trans Menschen**

Antisemitische Vorfälle

im Monatsvergleich 2023-2025



Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

>1000

Fälle von rassistischer
Propaganda (Aufkleber,
Flyer, Graffiti)

17



Übergriffe gegen
Wahlteams

+20%

Meldungen von Hitlergruß
und „Heil Hitler“-Parolen um
mehr als 20% gestiegen



11x

Gewalt gegen Personen,
die extrem rechte
Aufkleber entfernen

gne besteht nun die Sorge der queeren Community, gesellschaftlich nur noch geringen Schutz zu erfahren.

Häufiger als im Vorjahr richteten sich Vorfälle sowohl gegen LGBTQ* als auch gegen Antifaschist*innen. Denn die extreme Rechte sieht queere Menschen als politische Gegnerschaft an. Dies belegt der Aufkleber „Zecken boxen“, der auch eine durchgestrichene Regenbogenfahne abbildet. Die Berliner Register zählten 67 queerfeindliche Angriffe. Oft sind es Zufallsbegegnungen im Alltag, die vor allem trans Menschen treffen. Doch es gab auch geplantes Vorgehen: Im August organisierten junge Männer eine schwulenfeindliche Treibjagd am Volkspark Friedrichshain, sie schlugen und traten auf ihre Opfer ein.

52 Vorfälle betrafen strukturelle Benachteiligungen von LGBTQ*-Menschen. In Schwimmbädern und Schulen erhielten Betroffene nach Ausgrenzungen nicht immer angemessene Unterstützung. Auch bei der Wohnungssuche wurden queere Menschen diskriminiert. Besonders queere Geflüchtete berichteten, trotz gesetzlichen Anspruchs nicht angemessen untergebracht worden zu sein. (Siehe Interview mit Queer*Home, Seite 44).

Strukturelle Benachteiligung heißt fehlende Teilhabe

Insgesamt dokumentierten die Berliner Register 536 strukturelle Benachteiligungen. Das sind Vorfälle, bei den Menschen von Behörden diskriminierend behandelt werden, sowie Dienstleistungsverweigerungen in Geschäften. Ein großer Teil wird über Beratungsstellen bekannt. Da bei den Beratungsprozessen andere Themen im Vordergrund stehen, ist von einer hohen Dunkelziffer hier auszugehen. Die Wissenschaft bestätigt dies.

Zwei von drei Benachteiligungen waren rassistisch. Besonders häufig waren Schwarze Menschen sowie Sinti*zze und Rom*nja betroffen. Etwa ein Viertel der Vorfälle richtete sich gegen Menschen mit Behinderung. Das geschah vor allem in Behörden, am Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und in Bildungseinrichtungen.

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergab sich aus drei Gründen: Es geschah mehr. Die Berliner Register konnten ihr Quellen- und Meldenetzwerk ausbauen. Und die Sorge vieler Berliner*innen vor einem gesellschaftlichen Rechtsruck lässt sie nach Handlungsmöglichkeiten suchen. Somit wurden die Berliner Register infolgedessen nochmal bekannter.

Die Ergebnisse der Berliner Register bilden ab, was Menschen in ihrem Alltag erleben, wo siehinschauen und was sie melden. Die 8.286 dokumentierten Vorfälle zeigen: Auch wenn sich menschenfeindliche Einstellungen weiter über die extreme Rechte hinaus verbreiten, nahmen viele Menschen diese Entwicklung nicht einfach hin, sondern traten für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein.

Ergebnisse 2025 auf einen Blick

1. Normalisierung rassistischer Narrative – Übergriffe steigen drastisch

Rassistische Aktionen und Botschaften verbreiten sich in Berlin immer mehr. Die Normalisierung von Begriffen wie „Remigration“ und rassistisch aufgeladene Migrationsdebatten werden von Akteuren nicht nur aus der extremen Rechten genutzt, insbesondere zur Befeuerung von antimuslimischem Rassismus. Parallel dazu steigt die rassistische Gewalt im Alltag: Im Durchschnitt wurden jeden Tag mehr als zwei Fälle verbaler oder körperlicher Übergriffe gezählt.

2. Kinder und Jugendliche als Betroffene rassistischer Gewalt und Benachteiligung besonders schutzbedürftig

Jeder 6. rassistische Angriff richtete sich gegen Minderjährige. Besonders oft traf es Kinder aufgrund von anti-Schwarzem Rassismus und Antiziganismus, im Alltag und in der Schule. Wenn Eltern auf der Straße rassistisch angefeindet werden, zum Beispiel Mütter mit Kopftuch, weitet sich die Gewalt auch auf die anwesenden Kinder und Jugendlichen aus.

3. Hass gegen LGBTIQ* als Ergebnis queerfeindlicher Kampagnen

Die jahrelangen Deutungskämpfe und Mobilisierungen gegen das Selbstbestimmungsgesetz und den Pride-Monat haben LGBTIQ*-Menschen als Gegner*innen markiert. Sie erleben ihre Sicherheit als gesellschaftlich gefährdet.

4. Anhaltender Antisemitismus beeinträchtigt jüdische Menschen

Berliner Jüdinnen*Juden sind durch die seit 2023 andauernd hohe antisemitische Mobilisierung eingeschränkt. Sie werden für Ereignisse im Nahostkonflikt pauschal verantwortlich gemacht. Antisemitische Versammlungen, Schmierereien und Einschüchterungen beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und führen zu schrumpfenden öffentlichen Räumen für Jüdinnen*Juden.

5. Verstetigte extrem rechte Jugendkultur erhöht Bedrohung für Antifaschist*innen

Die neue extrem rechte Jugendkultur hat sich verfestigt. Ihre Etablierung in der Stadt zeigte sich im massiven Anstieg von „Anti-Antifa“-Graffiti und -Aufklebern. Übergriffe aus Gruppen von Jugendlichen heraus richteten sich gegen Personen, die sie als antifaschistisch, queer oder migrantisch wahrnahmen und gegen Wahlkampfhelfende. Gruppen wie die „DJV“ näherten sich an die Neonazi-Partei „Die Heimat“ an.

6. Ausbreitung von Neonazi-Aktivitäten in der Stadt

Codes wie Hakenkreuze oder Hitlergrüße breiten sich in den alten Ostberliner Neonazi-Hochburgen sowie am westlichen Stadtrand aus. Jugendliche beziehen sich zunehmend positiv auf den Nationalsozialismus. Neonazistische Kleinstparteien verstärken ihre Aktivitäten: „Der III. Weg“ zeigte noch mehr öffentliche Präsenz mit einer Vielzahl an Infoständen, während „Die Heimat“ versucht wieder Fuß in der Hauptstadt zu fassen.

7. Zunehmende Angriffe auf demokratisches Engagement

Wer extrem rechte Propaganda entfernte oder bei rassistischen Sprüchen in der Öffentlichkeit einschritt, wurde häufiger zum Ziel körperlicher Gewalt. Rechte Jugendliche verabredeten sich, um demokratische Veranstaltungen zu stören. Die Neue Rechte nutzte Desinformation und Einschüchterung für organisierte Angriffe auf die Zivilgesellschaft wie gegen die „Aktionswochen gegen Rassismus“ in Charlottenburg.

8. Raumnahme der extremen Rechten? Berlin hält dagegen

Die extreme Rechte versuchte mit Aufmärschen in die Innenstadt vorzudringen. Sie trafen auf breite Bündnisse, die dagegen auf die Straße gingen und sich ihnen erfolgreich entgegenstellten. Aktive Nachbar*innen entfernten massenhaft verbreitete Neonazi-Propaganda. Hinter jeder Meldung an die Register steht ein Mensch, der die Normalisierung menschenfeindlicher Einstellungen nicht hinnimmt und für gesellschaftlichen Zusammenhalt einsteht.

Wenn Kinder zur Zielscheibe werden: Rassismus trifft zunehmend die Jüngsten

Im Jahr 2025 dokumentierten die Berliner Register mehr Vorfälle, bei denen Kinder und Jugendliche betroffen waren, als im Vorjahr. Der Anstieg übertraf dabei den allgemeinen Anstieg der Fallzahlen deutlich. Die Zahl der betroffenen Kinder (0–13 Jahre) hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (+ 135 %); bei Jugendlichen (14–18 Jahre) liegt der Zuwachs bei 90 Prozent. Die meisten gemeldeten Fälle waren Angriffe (45), Beleidigungen, Bedrohungen oder Pöbeleien (118) und strukturelle Benachteiligungen (57). Minderjährige wurden so in Berlin schon früh zur Zielscheibe von Diskriminierung – ganz gleich, ob sie allein unterwegs waren oder in Begleitung Erwachsener.

Alltägliche Übergriffe in der Öffentlichkeit

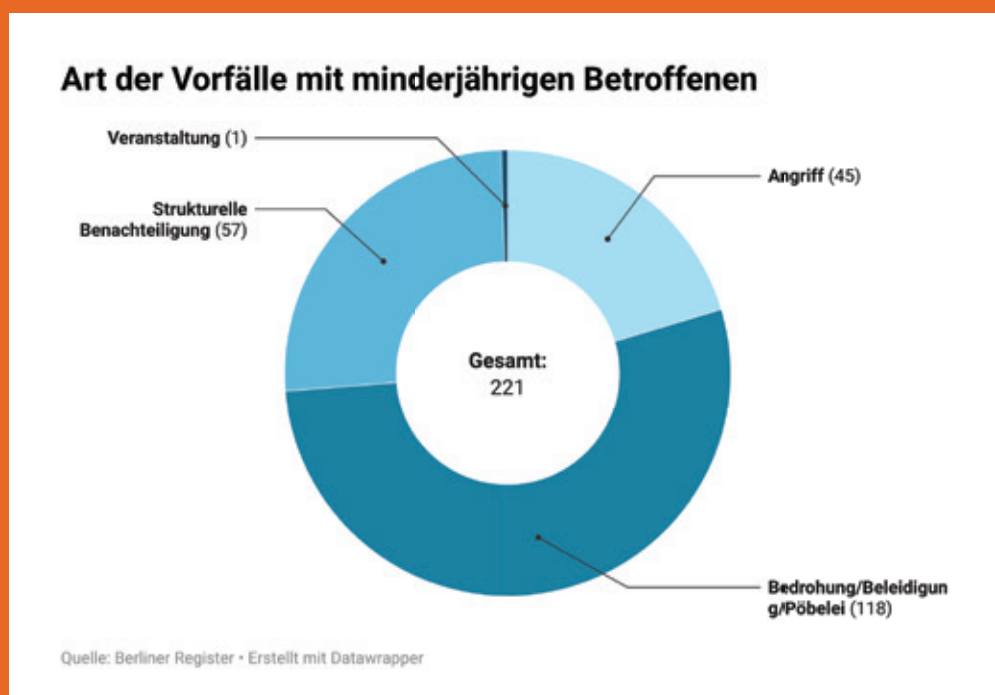
Die Berliner Register sehen den starken Zuwachs als Ausdruck einer zunehmenden Verrohung – vor allem beim Rassismus. Denn Täter*innen fühlten sich mit ihren rassistischen Ansichten inzwischen gesellschaftlich in der Mehrheit und schreckten auch deshalb immer seltener vor Übergriffen im öffentlichen Raum zurück. Selbst Familien und sogar Kinder und Jugendliche ohne Begleitung wurden dabei ins Visier genommen. Bei den gemeldeten Übergriffen handelte es sich zu einem Großteil um spontane Gelegenheitstaten von Passant*innen im Alltag. Dieser Umstand beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Betroffenen erheblich und kann damit für eine dauerhafte Anspannung und Stress sorgen.

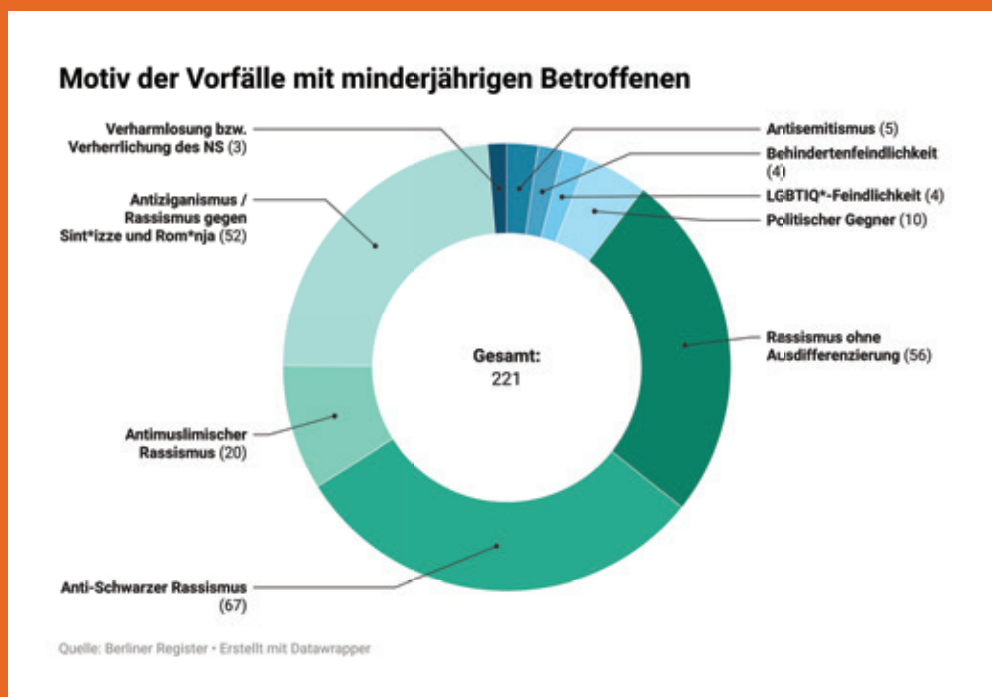
Besonders im Bezirk Mitte zeigten sich viele solcher Zufallsbegegnungen (ca. 22 % der Vorfälle). So wurden beispielsweise zwei Kinder beim Spielen in einem Weddingener Innenhof von einem älteren Mann rassistisch beleidigt. In einem anderen Fall wurde in

Gesundbrunnen eine 14-Jährige morgens in der Straßenbahn von einem Mann bespuckt und rassistisch beleidigt.

Rassismus als beinahe alleiniges Motiv

Diese Zunahme bestand vor allem in rassistischen Vorfällen: Bei den Kindern handelte es sich in 149 von 162 Meldungen um Rassismus, bei den Jugendlichen in 46 von 59 dokumentierten Fällen. Bei den Angriffen zeigte sich, dass von mehr als jedem sechsten rassistisch motivierten Angriff, den die Berliner Register im Jahr 2025 dokumentierten, Minderjährige betroffen waren. Schwarze Kinder und Jugendliche sind dabei besonders gefährdet: Jeder dritte Angriff gegen Schwarze Menschen richtete sich gegen Minderjährige. Bei neun der zehn dokumentierten Angriffe gegen Sinti*zze und Rom*nja waren die Betroffenen jünger als 18 Jahre. So wurden etwa zwei Mädchen, die vor einem Imbiss in Neukölln Musik auf Romani hörten, von einer Frau erst antiziganistisch beleidigt und schließlich geschlagen.





Minderjährige sind ausgerechnet von Rassismus so häufig betroffen, da rassistische Zuschreibungen meist über äußere Merkmale erfolgen wie z. B. Hautfarbe, Kopftuch oder gesprochene Sprache. Diese Merkmale sind unabhängig vom Alter sichtbar. Dass Kinder und Jugendliche häufiger zum Ziel diskriminierender Übergriffe werden, zeugt von einer Enthemmung der Täter*innen. Für sie zählt nicht das Verhalten oder Alter der Betroffenen, sondern allein, ob sie von ihnen als „nicht-deutsch“ wahrgenommen werden.

Ein gesellschaftliches Klima, das Grenzen verschiebt

Der Anstieg fällt in eine Zeit, in der völkische Vorstellungen davon, wer zu Deutschland gehört und wer nicht, eine zunehmend breitere Akzeptanz erfahren. Geprägt wird diese Entwicklung durch rassistische Debatten. Exemplarisch dafür steht die Verwendung des von der Neuen Rechten geprägten Begriffs „Remigration“ oder auch die Forderung nach deutlichen Einschränkungen des Aufenthaltsrechts in einem gemeinsam von der CDU/CSU und der FDP mit der AfD im Bundestag beschlossenen Antrag im Januar 2025. In der Folge fühlten sich Menschen im Alltag legitimiert, Rassismus selbst in die Tat umzusetzen.

Wenn Mütter mit Kopftuch oder Schwarze Familien im Alltag angefeindet werden, weitet sich die Gewalt fast zwangsläufig auch auf die anwesenden Kinder aus. Ein weiterer Grund für die erhöhte Betroffenheit von Kindern könnte darin liegen, dass Täter*innen hier allein aufgrund des Alters weniger Gegenwehr befürchten.

Folgen für die Betroffenen

Für Kinder und Jugendliche bedeuten diese Erfahrungen mehr als einen einzelnen Vorfall: Sie lernen früh, dass ihre Sicherheit im öffentlichen Raum nicht selbstverständlich ist. Zudem ist der Hass, der ihnen entgegenschlägt, für sie nicht zu beeinflussen. Sie sind diesem im Vergleich zu Erwachsenen noch wehrloser ausgeliefert. Besonders belastend ist, wenn unbeteiligte Erwach-

sene nicht eingreifen oder Betroffenen sogar die Schuld geben – etwa, als ein Schwarzer Schüler in Reinickendorf, nachdem er rassistische Beleidigungen gegen sich gemeldet hatte, von einer Lehrkraft geschlagen wurde. Auch strukturelle Benachteiligung, etwa der verwehrte Zugang zu einem Schulplatz, trifft die Jüngsten besonders hart und kann über Jahre nachwirken. So berichtete der Verein Amaro Foro davon, dass Kindern einer als Rom*nja wahrgenommenen Familie in Marzahn-Hellersdorf unangemessen lang kein Schulplatz zugewiesen wurde.

Dunkelfeld

Trotz der gestiegenen Zahlen ist davon auszugehen, dass das Dunkelfeld gerade in diesem Bereich besonders groß ist, da etwa Vorfälle aus Schulen selten an die Öffentlichkeit gelangen. Um dies zu ändern, gibt es spezifische Beratungsangebote, an die sich Betroffene wenden können. Berlinweit sind die Anlaufstelle „Diskriminierungsschutz an Schulen“ (ADAS) und das Projekt „Kinder vor Diskriminierung schützen!“ (KiDs) zu nennen, dazu gibt es die bezirklichen „AuF“-Projekte in Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg. (Siehe S. 57)

Damit Betroffene im Moment des Vorfalls Unterstützung erfahren, braucht es Menschen, die eingreifen, statt wegzuschauen. Wie beispielhaft ein Vorfall vom 28. Juli 2025 zeigt: Ein Jugendlicher wartete in Hohenschönhausen auf den Bus, als ihn zwei Männer mit der Parole „Verpiss dich aus unserem Land“ beschimpften. In diesem Moment kam eine Sozialarbeiterin dazu und mischte sich ein. Sie problematisierte die rassistische Beleidigung und deeskalierte die Lage. In den folgenden Tagen begleitete sie den Jugendlichen fachlich. Beispiele wie dies machen Mut, dass Kinder und Jugendliche bei Ausgrenzung nicht allein bleiben.

Charlottenburg-Wilmersdorf

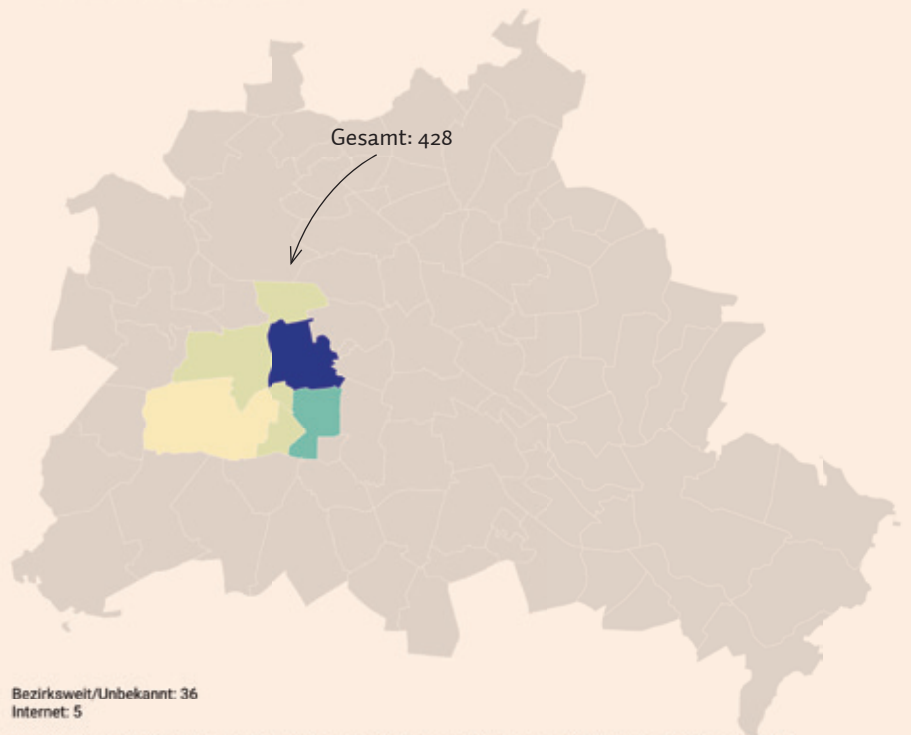
Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit über 320.000 Bewohner*innen. Hier befinden sich die City West, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion in Berlin einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen.

In den lokalen Zentren des Bezirks, den Ortsteilen Charlottenburg und Wilmersdorf, werden jährlich die meisten Vorfälle dokumentiert. Vor allem in Charlottenburg und Wilmersdorf haben bedeutende Institutionen der „Neuen Rechten“ ihren Sitz, die Kommunikations- und Vernetzungspunkte für das rechte Spektrum bereitstellen.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025

5 25 50 75 100 125 150 175 200



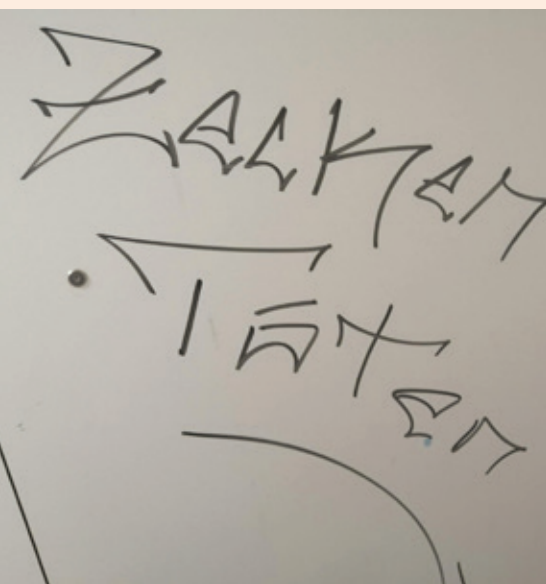
Bezirkswelt/Unbekannt: 36
Internet: 5

Charlottenburg: 245; Charlottenburg-Nord: 12; Grunewald: 3; Halensee: 7; Schmargendorf: 10; Westend: 16; Wilmersdorf: 87

Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Anti-linker Mordaufruf in der TU Berlin

Rassistischer Aufkleber in der Wilmersdorfer Straße



Kontakt:
Register Charlottenburg-Wilmersdorf

Schloßstr. 19, 14059 Berlin

Tel.: 0163 - 0812128

Mail: cw@berliner-register.de

Instagram: @RegisterCW

Mastodon: @registercw

@mastodon.social

Bluesky: @RegisterCW.bsky.social

Charlottenburg-Wilmersdorf: Extrem rechte Ideologien werden sichtbarer und alltäglicher

Mit 428 dokumentierten Vorfällen erreichte das Register Charlottenburg-Wilmersdorf 2025 den höchsten Stand seit Beginn der Dokumentation. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von mehr als einem Drittel (2024: 313). Auffällig ist die zunehmende Normalisierung extrem rechter Feindbilder: Sie zeigte sich in einer Diffamierungskampagne gegen die „Aktionswochen gegen Rassismus“, aber auch in enthemmten rassistischen Anfeindungen und einer steigenden Präsenz extrem rechter Propaganda. Zugleich bleibt der Bezirk mit der „Bibliothek des Konservatismus“ und der Zeitung „Junge Freiheit“ ein bedeutender Vernetzungs- und Einflussraum der sogenannten Neuen Rechten.

Rassismus: Zwischen Alltag, Enthemmung und Normalisierung extrem rechter Ideen

Rassismus war mit 145 Vorfällen wie in den meisten Vorjahren das häufigste Motiv. Besonders besorgniserregend war der Anstieg von Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen. Solche rassistischen Anfeindungen ereigneten sich vor allem im öffentlichen Raum und im Nahverkehr und schränkten für viele Betroffene die sichere Nutzung alltäglicher Orte ein.

Gleichzeitig nahm die politische Aufladung dieser rassistischen Inhalte zu. Entmenslichende Sprache, Gewaltfantasien, positive Bezüge auf den Nationalsozialismus und Forderungen nach sogenannter „Remigration“ traten häufiger als in den Vorjahren auf. Die zunehmende Verwendung des durch die extreme Rechte geprägten Begriffs weist auf die Normalisierung extrem rechter Ideen hin.

Propaganda gegen politische Gegner*innen nahm deutlich zu

Propaganda blieb die häufigste Vorfallart und erreichte mit 211 dokumentierten Fällen einen neuen Höchststand (2024: 132). Besonders stark stiegen Meldungen von Stickern und Schmierereien gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Erstmals richtete sich ein erheblicher Teil der Propaganda gegen Antifaschist*innen. Für Charlottenburg-Wilmersdorf, das keine organisierten neonazistischen Strukturen hat, ist diese Entwicklung unüblich. Sie kann auf eine zunehmende Normalisierung extrem rechter Feindbilder, aber auch auf aktive Einzelpersonen oder eine beginnende Organisierung hinweisen.

Antisemitismus steigt entgegen dem berlinweiten Trend

Während die Zahl antisemitischer Vorfälle berlinweit leicht zurückging, wurde in Charlottenburg-Wilmersdorf mit 93 dokumentierten Vorfällen ein neuer Höchststand erreicht (2024: 70). Vor allem stie-

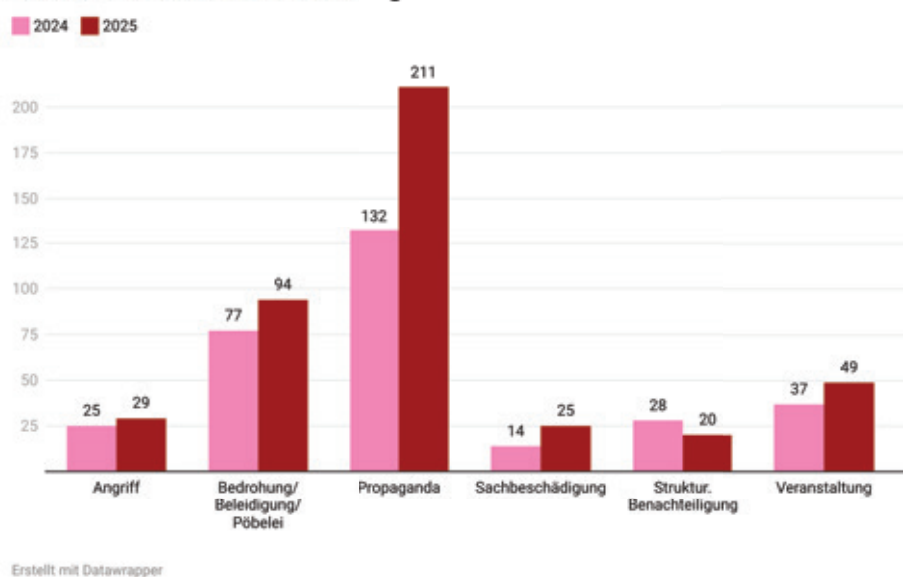
gen antisemitische Versammlungen im Kontext des Nahostkonflikts sowie verbale Anfeindungen. Gleichzeitig wurden auf den Veranstaltungen und bei Schmiererei im öffentlichen Raum israelbezogene und codierte antisemitische Narrative zunehmend verbreitet.

Die hohe Zahl hängt auch mit der besonderen Struktur des Bezirks zusammen. Eine Vielzahl jüdischer Einrichtungen macht jüdisches Leben sichtbar und damit häufiger zum Ziel antisemitischer Anfeindungen. Auch zentrale Versammlungsorte wie der Breitscheidplatz tragen zur hohen Zahl bei.

Charlottenburg-Wilmersdorf als Vernetzungsort der Neuen Rechten

Die Bezirks-AfD fiel 2025 durch hohe Aktivität und die wiederholte Verbreitung extrem rechter Narrative auf. In der Bezirksverordnetenversammlung nutzte sie etwa den Begriff „Remigration“ regelmäßig und trug damit zu dessen Normalisie-

Art der Vorfälle Charlottenburg-Wilmersdorf



Beispielvorfälle

5. März 2025

Während der Anmeldung zum gemeinsamen Fastenbrechen im Rathaus Charlottenburg der „Aktionswochen gegen Rassismus“ gab es über 700 Fake-Anmeldungen, viele davon mit NS-verherrlichenden Namen wie „Hitler“ und „Goebbels“. Die Veranstalter*innen waren massiv verunsichert, befürchteten extrem rechte Angriffe und mussten die Sicherheitsmaßnahmen enorm erhöhen.

Quelle: Nachbarschaftszentrum Divan

20. März 2025

In die BVV brachte ein Redner der AfD-Fraktion den Antrag „Remigration auf kommunaler Ebene vielfältig unterstützen“ ein. Der Antrag kann als rassistisch eingeordnet werden, da er migrantische Menschen nicht als Teil der Gesellschaft anerkennt, sondern ihre Zugehörigkeit an Herkunft bindet und ihre Rückkehr als Ziel darstellt. Er äußerte, Menschen würden „multikulturell weggemessert“, was pauschal kriminalisierend ist.

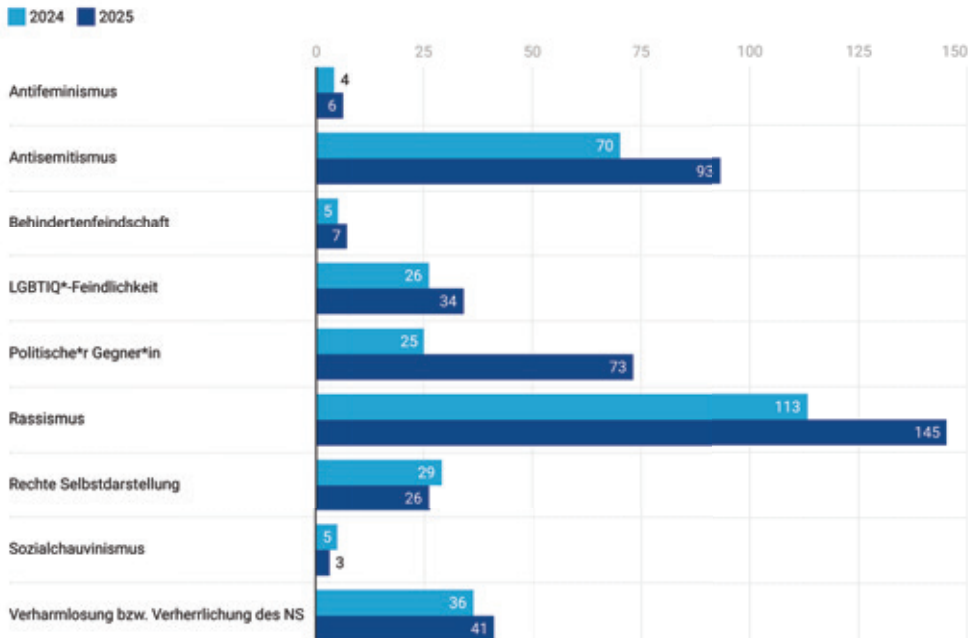
Quelle: Livestream BVV 20.03.25

18. Juni 2025

Auf einem Spielplatz in Charlottenburg beleidigte ein Mann zwei Mädchen mit Kopftüchern und andere Kinder rassistisch: „Get out. We don't want you here!“ („Haut ab, wir wollen euch hier nicht.“) Und: „Animals!“ („Tiere.“) Eine weitere Frau machte den Kindern Vorwürfe. Als eine Zeugin einschritt und sich gegen die rassistischen Beleidigungen aussprach, wurde sie auch beleidigt und auf bedrohliche Weise verfolgt.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

Motiv der Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf



Erstellt mit Datawrapper

rung bei. Ihre hohe Aktivität zeigte sich auch in einer rechten Kampagne gegen die „Aktionswochen gegen Rassismus“, bei der die AfD eine zentrale Rolle spielte. Die Kampagne ging mit Störungen von Veranstaltungen und Versuchen einher, antirassistisches Engagement zu delegitimieren.

Dass Charlottenburg-Wilmersdorf von dieser Kampagne besonders stark betroffen war, ist kein Zufall. Der Bezirk ist seit Jahren ein wichtiger Vernetzungsort der sogenannten Neuen Rechten. Mit Einrichtungen wie der „Bibliothek des Konservatismus“ und dem Sitz der Zeitung „Junge Freiheit“ bestehen hier Strukturen, die zur Verbreitung extrem rechter Ideologien beitragen und deren Anschlussfähigkeit über den Bezirk hinaus fördern.

Den ausführlichen Jahresbericht für Charlottenburg-Wilmersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Beispielvorfälle

24. September 2025

In der „Bibliothek des Konservatismus“ in der Fasanenstraße in Charlottenburg fand ein Vortrag statt, bei dem Geflüchtete in Verbindung mit „schwerer Gewalt und Sexualdelikten“ gebracht und ihnen eine destabilisierende Wirkung auf das öffentliche Gemeinwesen zugeschrieben wurde. Begriffe wie „Migrationsproblem“ und „Massenmigration“ und „unkontrolliert“ können als rassistische Narrative verstanden werden,

die Angst und Feindschaft gegen Geflüchtete schüren.

Quelle: Register Charlottenburg-Wilmersdorf

7. November 2025

Während eine Person in der Trautenaustraße in Wilmersdorf Stolpersteine reinigte, behauptete ein Mann, dass es sei ein Unding sei, die Stolpersteine zu putzen, während im Gazastreifen ein Völkermord stattfindet. Auf die Nachfrage, was die während

des NS ermordeten Jüdinnen*Juden mit der Situation in Gaza zu tun hätten, reagierte er wütend und sprach vom „gleichen Pack“. Die antisemitische Beleidigung identifizierte Opfer der Shoa mit Israel und als Täter*innen.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

DOSTA/MIA Berlin Bericht 2024 für die Berliner Register

Die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA/MIA Berlin) registriert für das Jahr 2025 mit insgesamt 293 antiziganistischen Vorfällen erneut einen Höchststand in Berlin. Diese Entwicklung verweist auf eine strukturelle Verfestigung antiziganistischer Diskriminierung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Gleichzeitig bleibt von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, da Betroffene Vorfälle weiterhin nur eingeschränkt melden. Insbesondere vor dem Hintergrund anhaltender politischer Polarisierung und migrationspolitischer Verschärfungen bestehen hohe Hürden, Diskriminierungserfahrungen öffentlich zu machen oder rechtlich dagegen vorzugehen.

Die Auswertung der Meldungen für 2025 zeigt – in Kontinuität zu den Vorjahren – eine Konzentration der Vorfälle in den Bereichen Öffentlichkeit, Bildung sowie im Kontakt mit staatlichen Institutionen. Im öffentlichen Raum ist eine zunehmende Verrohung der Diskurse zu beobachten, die sich sowohl in verbalen Anfeindungen als auch in alltäglichen Ausgrenzungspraktiken niederschlägt. Die fortgesetzte Verwendung antiziganistischer Fremdbezeichnungen sowie deren Normalisierung im Alltagsdiskurs tragen zur Reproduktion rassistischer Stereotype bei und schaffen ein Klima, in dem offene Diskriminierung bis hin zu gewaltvollen Übergriffen weiter legitimiert wird. Im Bildungsbereich werden weiterhin Fälle von rassistischem Mobbing und struktureller Benachteiligung gegenüber Schüler:innen, die als Rom:nja oder Sinti:zze wahrgenommen werden, dokumentiert. Trotz punktueller Fortschritte in der Sensibilisierungsarbeit bestehen nach wie vor erhebliche Defizite hinsichtlich verbindlicher Präventionskonzepte, institutioneller Verantwortungsübernahme sowie unabhängiger Beschwerdestrukturen.

Im institutionellen Kontext manifestiert sich Antiziganismus weiterhin in diskriminierenden Verwaltungspraktiken. Insbesondere im Kontakt mit Sozial- und Leistungsbehörden berichten Betroffene von systematischen Benachteiligungen, etwa durch unverhältnismäßige Anforderungen zusätzlicher Nachweise, verzögerte Bearbeitungsprozesse oder pauschale Ablehnungen von Anträgen. Diese Praktiken betreffen verschiedene Behörden auf Bundes- und Landesebene und deuten auf tief verankerte institutionelle Problemlagen hin. Auch im Jahr 2025 zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen antiziganistischen Vorfällen und politischen sowie medialen Diskursen. Rechtspopulistische Narrative – insbesondere im Kontext von Migration, Sozialleistungsbezug und innerer Sicherheit – prägen weiterhin die öffentliche Debatte. Diese Diskurse werden nicht nur von politischen Akteur:innen am rechten Rand, sondern zunehmend auch von etablierten Parteien aufgegriffen und tragen zur gesellschaftlichen Legitimation von Ausgrenzung bei. Dies spiegelt sich in den Fallmeldungen wider. Einzelne öffentlichkeitswirksame Fälle antiziganistischer Äußerungen im politischen Raum verdeutlichen diese Entwicklung und weisen auf eine fortschreitende Normalisierung entsprechender Positionen hin.

Das Medienmonitoring zeigt darüber hinaus, dass antiziganistische Stereotype weiterhin in der Berichterstattung reproduziert werden. Insbesondere das Narrativ des angeblichen Sozialleistungsmissbrauchs wird auch 2025 wiederholt aufgegriffen und dient als Legitimationsgrundlage für restriktive sozial- und migrationspolitische Maßnahmen. Diese diskursive Rahmung verstärkt bestehende Vorurteile und trägt zur Stigmatisierung von Rom:nja und Sinti:zze bei.

Die dokumentierten Vorfälle verdeutlichen weiterhin strukturelle Zusammenhänge zwischen Diskriminierung und sozioökonomischer Marginalisierung. Insbesondere migrantische Arbeitskräfte aus Südosteuropa sind häufig von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsausbeutung betroffen, während sie gleichzeitig im öffentlichen Diskurs als Problemgruppe konstruiert werden. Diese doppelte Benachteiligung verschärft bestehende Ungleichheiten und erschwert gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig.

Migrationspolitische Praktiken tragen auch 2025 zur Reproduktion antiziganistischer Ausschlussmechanismen bei. Flucht- und Diskriminierungserfahrungen von Rom:nja – insbesondere aus Staaten wie der Republik Moldau oder den Westbalkanstaaten – werden im Asyl- und Aufenthaltsrecht weiterhin unzureichend berücksichtigt. Dies führt dazu, dass Betroffene trotz dokumentierter Diskriminierung im Herkunftsland von Abschiebung bedroht oder betroffen sind. Gleichzeitig sind diese Personengruppen in Berlin verstärkt institutioneller Diskriminierung sowie Anfeindungen im öffentlichen Raum ausgesetzt.

Zentrale Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund der dokumentierten Entwicklungen ergibt sich ein konkreter politischer Handlungsbedarf in den drei besonders betroffenen Lebensbereichen:

- Kontinuierliche & wirksame Bekämpfung von Antiziganismus anstatt Symbolpolitik und Instrumentalisierung für politische Agenden
- Mehr Solidarität & Konsequenzen bei öffentlicher Diffamierung der Minderheit durch Politiker:innen
- Zuwendungsrechtliche Grundlage schaffen, um Antidiskriminierungsprojekte langfristig finanziell zu sichern
- Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließen & AGG reformieren
- Darüber hinaus fordern wir gezielte Schulungen zur antiziganismuskritischen Sensibilisierung insbesondere in allen Bereichen des staatlichen Handelns sowie im Bereich der sozialen Arbeit und im Bildungsbereich.

Die konsequente Sichtbarmachung antiziganistischer Vorfälle sowie die Förderung einer aktiven Meldestruktur bleiben dabei wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Bekämpfung von Antiziganismus.

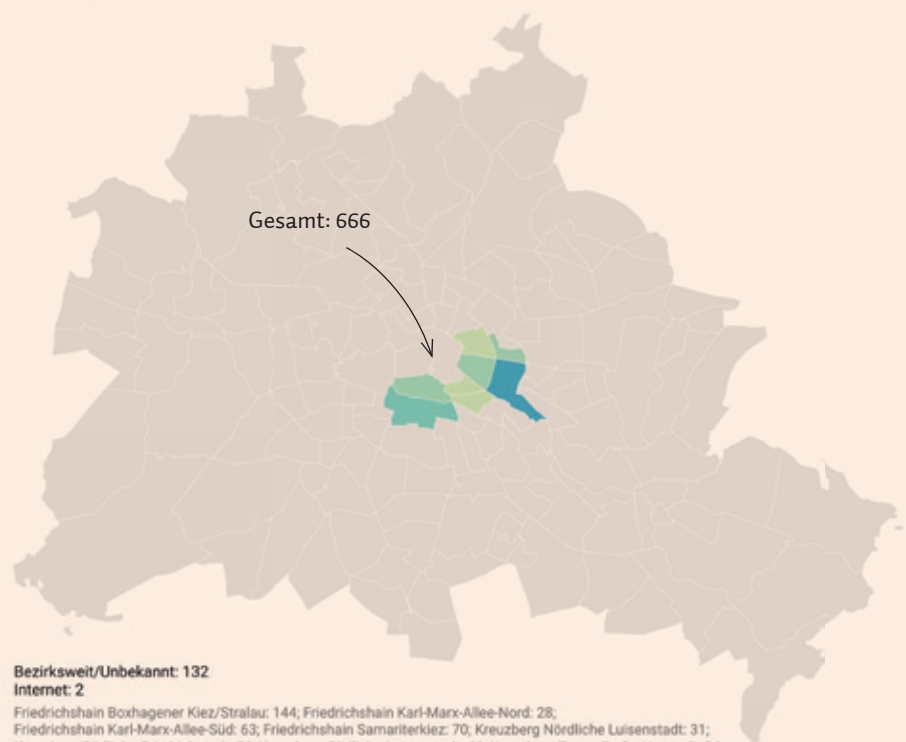
Friedrichshain-Kreuzberg

Friedrichshain-Kreuzberg ist der am dichtesten besiedelte, der vom Durchschnittsalter der Einwohner*innen her „jüngste“ und zudem flächenkleinste Berliner Bezirk. Im Jahr 2001 wurden die damaligen Bezirke Friedrichshain im Ostteil und Kreuzberg im Westteil Berlins zu einem Bezirk zusammengelegt. Die Oberbaumbrücke, die auch das Bezirkslogo ziert, verbindet die Stadtteile.

Die zuvor unterschiedliche Entwicklung wirkt zum Teil bis heute nach, etwa hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung, der Lebensweisen oder Herkunft der Bewohner*innen. Im Bezirk leben knapp 270.000 Menschen, davon über 140.000 mit Migrationshintergrund aus über 170 Ländern. Das Durchschnittsalter lag bei unter 40 Jahren.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025



Bezirksweit/Unbekannt: 132
Internet: 2

Friedrichshain Boxhagener Kiez/Stralau: 144; Friedrichshain Karl-Marx-Allee-Nord: 28;
Friedrichshain Karl-Marx-Allee-Süd: 63; Friedrichshain Samariterkiez: 70; Kreuzberg Nördliche Luisenstadt: 31;
Kreuzberg Südliche Friedrichstadt: 56; Kreuzberg Südliche Luisenstadt: 46; Kreuzberg Tempelhofer Vorstadt: 94

Quelle: Berliner Register • Kartenmaterial: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Erstellt mit Datawrapper

Extrem rechter Aufkleber in der Modersohnstraße



Neonazi-Aufkleber in der Prinzenstraße



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg
UBI KLiZ e. V.
Kreutzigerstr. 23, 10247 Berlin

Tel.: 030 - 740 788 31

0157 - 77 36 99 42

Mail: fk@berliner-register.de

Web: www.register-friedrichshain.de

Facebook: [@RegFhainKberg](https://www.facebook.com/RegFhainKberg)

Mastodon: [@RegisterXhain@dju.social](https://dju.social/@RegisterXhain)

Bluesky: [@register-kreuzhain.bsky.social](https://bsky.social/register-kreuzhain)

Friedrichshain-Kreuzberg im Jahr 2025

Dem Register Friedrichshain-Kreuzberg wurden 666 Vorfälle gemeldet, 79 mehr als im Vorjahr. 305 Vorfälle ereigneten sich im Ortsteil Friedrichshain, 227 im Ortsteil Kreuzberg, 132 bezirksweit und zwei im Internet.

Propaganda ist mit 350 Vorfällen erneut die häufigste dokumentierte Vorfallesart. Bei Vorfallesarten, bei denen Menschen direkt attackiert oder adressiert wurden, sind teils massive Anstiege der Fallzahlen festzustellen. So haben sich Pöbeleien mehr als verdoppelt; Bedrohungen sind um die Hälfte gestiegen. Es wurden 4 Beleidigungen und 29 Angriffe mehr als im Vorjahr verzeichnet. Auch dokumentierte Veranstaltungen haben zugenommen. Sie waren überwiegend antisemitisch motiviert. Strukturelle Benachteiligungen wurden hingegen seltener gemeldet. Sachbeschädigungen sanken um fast ein Drittel, u. a. weil weniger Beschädigungen von Stolpersteinen gemeldet wurden.

Rassistische Angriffe und Einschüchterungen von Neonazis

Der Anstieg der Vorfälle verteilt sich über fast alle Motive. Bei Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit stiegen die Vorfalleszahlen erneut an. Die gemeldeten Vorfälle zeigen, dass sich Hass und Hetze aus dem Netz weiter auf die Straße übertragen. Im Alltag betroffen sind alle Menschen, die in das Feindbild der extremen Rechten passen.

Besonders auffällig und besorgniserregend ist, dass die Anzahl der Angriffe von

58 auf 87 um 50 Prozent gestiegen ist. Besonders auffällig ist der Anstieg der Gewalt bei Rassismusvorfällen. Dabei stieg die Zahl der Angriffe von 23 auf 33 – das bedeutet 44 Prozent mehr körperliche Gewalt als im Vorjahr.

Auch die Angriffszahlen gegen die politische Gegnerschaft sind von 3 auf 15 um 400 Prozent gestiegen. Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien gegen die politische Gegnerschaft der extremen Rechten haben sich von 5 auf 16 (+220 %) im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht. Beleidigungen stiegen von 61 auf 65 um 7 Prozent, Bedrohungen von 24 auf 34 um 41 Prozent und Pöbeleien von 21 auf 45 um sogar 114 Prozent.

Besonderheiten im Bezirk erklären hohe Vorfalleszahlen

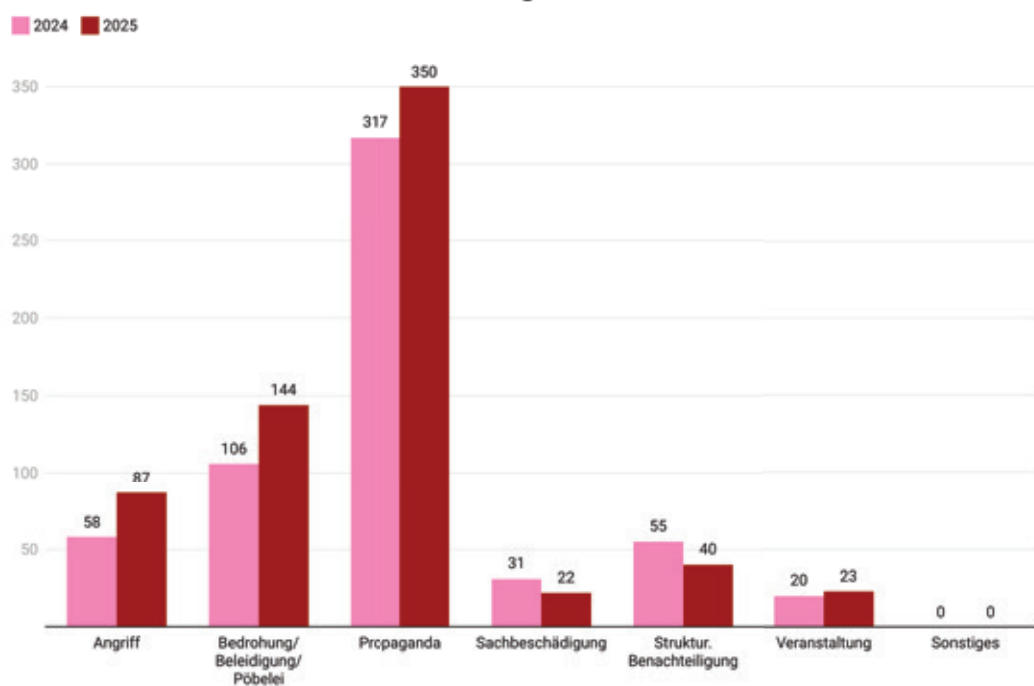
In den letzten Jahrzehnten musste die

extreme Rechte einige herbe Niederlagen bei Versuchen der Raumnahme und der Durchführung von Veranstaltungen im Bezirk verbuchen.

Zudem ist der Bezirk bundesweit ein Hassobjekt, auf das verschiedene Feindbilder projiziert werden. Im extrem rechten Weltbild steht er exemplarisch für „Multikulti“, Zuwanderung, queere Community, linksalternative Szene und grüne Politik, aber auch für Drogen- und Partyskultur. Er verkörpert somit vieles, was nicht in dieses Weltbild passt.

Es liegt also nahe, dass extrem rechte Akteur*innen gezielt in den Bezirk kommen, um beispielsweise bei linken Projekten zu provozieren, Angriffe zu verüben und Propagandaaktionen durchzuführen. Anschließend können sie sich damit rühmen, im „Feindeskiez“ gewesen zu sein. Im Jahr 2025 wurden mehrere solcher

Art der Vorfälle Friedrichshain-Kreuzberg



Erstellt mit Datawrapper

29. Januar 2025

Am Bahnhof Ostkreuz in Friedrichshain benannte ein Mann einen anderen Mann mit dem Z-Wort, das Sinti*zzze und Rom*nja abwertet. Der erklärte, dass das beleidigend ist und bat ihn, aufzuhören. Der Mann, der auch das N-Wort benutzt, weigerte sich.

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

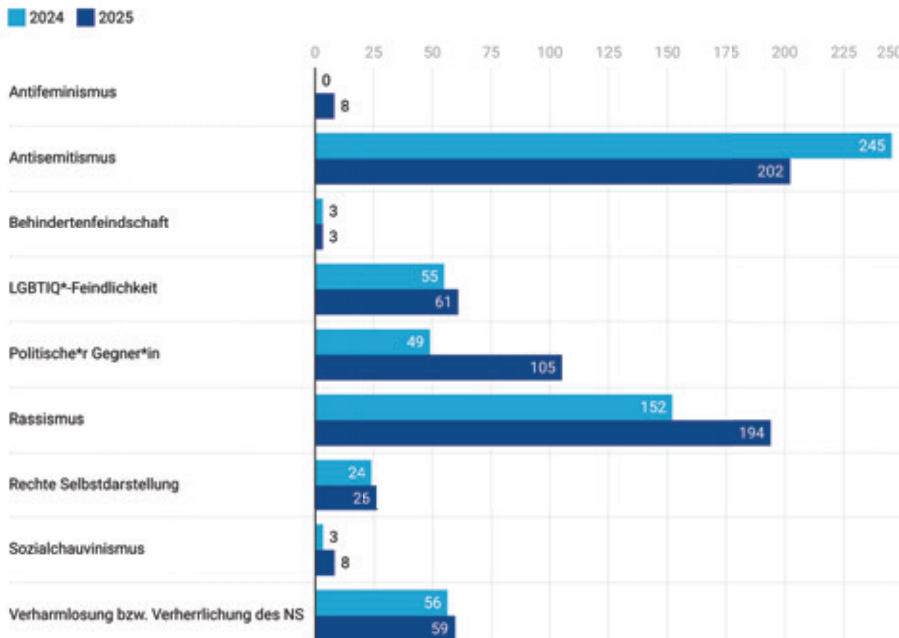
29. März 2025

Am Aufmarsch zum Qudstag versammelten sich 300 Teilnehmende am Oranienplatz zu einer Demonstration unter dem Motto „Gaza, du wirst dich erheben“. Darunter fanden sich auch Gruppen, die den Terrorangriff der Hamas in der Vergangenheit mehrfach als „Gefängnisausbruch“ verklart hatten. Es wurden Parolen gerufen wie: „Kindermörder Israel“, „Yallah Intifada“ oder „There is only one solution, Intifada Revolution“

(„Einzige Lösung: Intifada-Revolution“). Mit der Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ wird auf antisemitische Ritualmordlegenden angespielt. Intifada bedeutet Aufstand/Rebellion und bezieht sich auf zwei mehrjährige Serien von Terroranschlägen in Israel.

Quelle: Meldeformular Berliner Register, rbb24 29.03.25, Tagesspiegel 29.03.25, Die Welt 02.04.25

Motiv der Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg



Erstellt mit Datawrapper

Vorfälle gemeldet, die sich explizit gegen linke Projekte, LGBTIQ*-Personen und deren Treffpunkte sowie migrantisch geprägte Orte richteten.

Zusätzlich gibt es einige sehr zentrale und stark frequentierte Umsteigebahnhöfe wie z. B. das Ostkreuz, Warschauer Straße, Kottbusser Tor, Ostbahnhof oder Hallesches Tor, an denen überdurchschnittlich viele Vorfälle verzeichnet werden. Insbesondere das Ostkreuz spielte eine Rolle für auswärtige Mobilisierungen (z. B. Gegendemos zu CSDs), bei denen extrem rechte Gruppen gemeinsam an-, durch- und abreisen. 2025 kam es dort auch zu mehreren schwerwiegenden Angriffen, u. a. am 10. August 2025 auf

mehrere Reporter*innen. Die zivile Öffentlichkeit gerät dabei unter Druck.

Die Bevölkerung von Friedrichshain-Kreuzberg ist vergleichsweise aufmerksam und für Rechtsextremismus und Diskriminierung sensibilisiert, was eventuell zu erhöhter Meldebereitschaft führt und damit höhere Vorfalldaten erklären könnte. Auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik zu extrem rechten Straftaten zeigte sich ein Anstieg der Fallzahlen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Friedrichshain-Kreuzberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Beispielvorfälle

25. April 2025

Zwei queere People of Colour wurden auf dem U-Bahnhof Schönleinstraße in Kreuzberg von Kontrolleuren verfolgt, bedroht und angegriffen. Eine Person wurde schwer verletzt. Als eine Freundin zu Hilfe kam, fand sie 20 Polizisten vor, die die Betroffenen umringten. Sie waren ursprünglich gerufen wurden, um den Angriff durch den BVG-Kontrolleur zur Anzeige zu bringen.

Quelle: Meldestelle L-Support

30. Mai 2025

Zwei Zeug*innen teilten mit, dass ein Parkläufer im Volkspark Friedrichshain gegen 13:00 Uhr von einem jungen Mann mit dem N-Wort beleidigt wurde und schritten verbal ein. Daraufhin entfernte sich der Mann.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

10. August 2025

Gegen 23:20 Uhr schlugen und traten 12 Neonazis zwei Männer, die deren Ankunft am Bahnhof Ostkreuz dokumentieren wollten. Die Neonazis befanden sich auf der Rückreise eines extrem rechten Aufmarsches gegen den CSD in Bautzen.

Quelle: taz 13.08.2025, Tagesspiegel 11.08.2025, Polizei Berlin Nr. 1972 11.08.2025



Lichtenberg

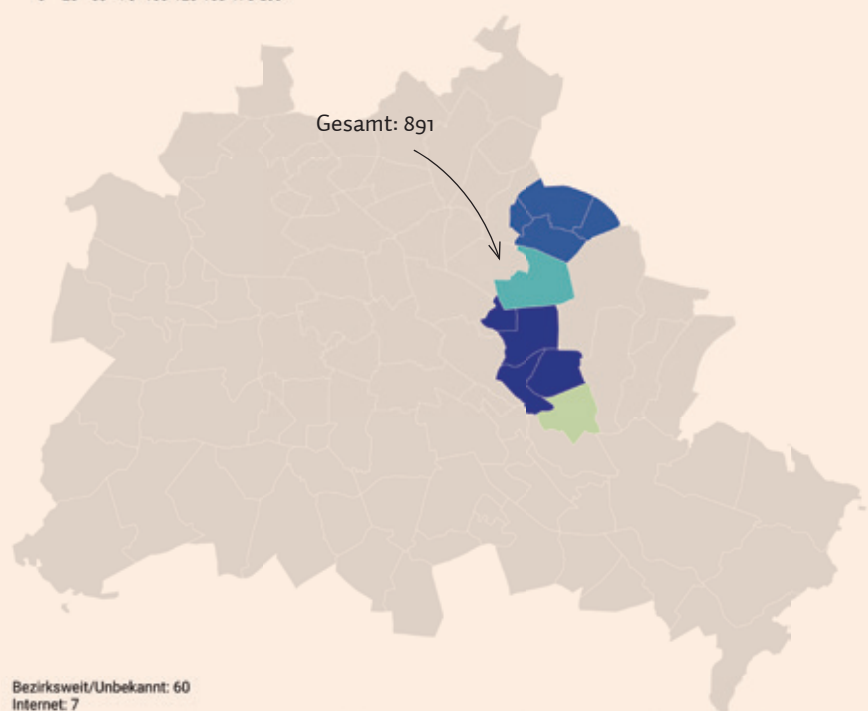
Lichtenberg hat über 300.000 Einwohner*innen. Neben Plattenbau-Großsiedlungen wie Neu-Hohenschönhausen und Fennpfuhl prägen Einfamilienhausgebiete in Wartenberg sowie Gründerzeitquartiere in Karlshorst und Rummelsburg den Bezirk. Ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt ist der S+U-Bahnhof Lichtenberg. Mit dem Tierpark Berlin, dem Landschaftspark Herzberge und mehreren kleinen Seen bieten sich vielfältige Naherholungsmöglichkeiten. Lichtenberg beheimatet zudem die größte viet-deutsche Community Berlins mit über 12.000 Menschen mit vietnamesischer Migrationsgeschichte.

Die extreme Rechte ist seit vielen Jahren im Bezirk verankert. Nachdem sie zwischenzeitlich deutlich zurückgedrängt werden konnte, lassen sich mittlerweile wieder eine starke Raumnahme und ein bedeutender Anstieg an Vorfällen beobachten.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Lichtenberg

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025

5	25	50	75	100	125	150	175	200
---	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----



Bezirkswelt/Unbekannt: 60
Internet: 7

Hohenschönhausen-Nord: 187; Hohenschönhausen-Süd: 105; Lichtenberg-Mitte: 273; Lichtenberg-Nord: 212; Lichtenberg-Süd: 47
Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

„Der III. Weg“-Flugblatt in Hohenschönhausen

NS-verherrlichender Schriftzug in Karlshorst



Kontakt:

Lichtenberger Register

pad gGmbH
Einbecker Str. 85, 10315 Berlin

Tel.: 030 - 50566518

0176 - 16371635

Mail: lb@berliner-register.de

Facebook: @lichtenbergerregister

Bluesky: @liregister.bsky.social

Instagram: @register_lichtenberg

Extrem rechte Gebietsmarkierungen, NS-Propaganda und Anstieg von Bedrohungen

Das Lichtenberger Register dokumentierte 2025 insgesamt 891 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle. Gegenüber 2024 (723) entspricht dies einem Anstieg um fast ein Viertel und stellt den höchsten Wert seit Beginn der Dokumentation im Jahr 2006 dar. Propaganda macht weiterhin den größten Anteil aus. Gleichzeitig nahmen Bedrohungen und Angriffe deutlich zu.

Propaganda und Raumnahme

Rund drei Viertel aller dokumentierten Fälle entfielen auf extrem rechte und diskriminierende Propaganda (2025: 673, 2024: 542). Besonders stark stieg die NS-verherrlichende oder -verharmlosende

Propaganda, die sich mit 145 Fällen mehr als verdoppelte (2024: 66). Hakenkreuze, Reichsflaggen und Runensymbolik dienten dabei der gezielten Markierung des öffentlichen Raums.

Regionale Schwerpunkte lagen im Weitingkiez, in Wartenberg, Fennpfuhl, im Landschaftspark Herzberge und an der Rummelsburger Bucht. Wiederkehrende Aufkleber, Graffiti und Schmierereien zeigten den Versuch extrem rechter Akteur*innen, öffentliche Räume dauerhaft sichtbar zu besetzen. Ziel dieser Strategie ist es, Präsenz zu demonstrieren, demokratische Positionen zurückzudrängen und Betroffene gezielt einzuschüchtern.

Diese Entwicklung steht auch im Zusammenhang mit dem Revival extrem rechter Jugendkultur. Durch das anhaltende Auftreten von Gruppierungen wie „Deutsche

Jugend Voran“ („DJV“) wurde ein Anreiz für Jugendliche geschaffen, sich an diesen Strukturen zu beteiligen oder eigene lose, rechtsaffine Gruppen zu bilden. Auch die regelmäßige Präsenz der Neonazipartei „Der III. Weg“ und ihrer Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ („NRJ“) – etwa durch Infostände, Kampfsporttrainings oder Einschüchterungen von Jugendfreizeiteinrichtungen – verdeutlicht die verstärkte Raumnahme. Zudem trat „Die Heimat“ im zweiten Halbjahr 2025 dreimal mit Flyerverteilungen in Erscheinung.

Mehr Angriffe und Bedrohungen

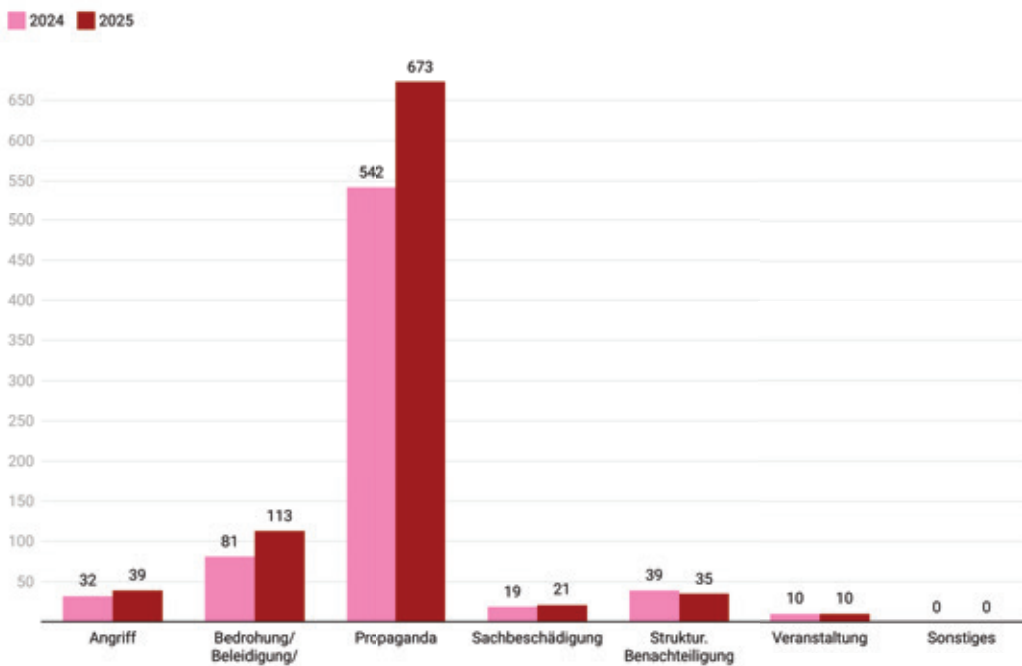
Neben der Propaganda stieg die Zahl der Angriffe und Bedrohungen spürbar an (2025: 152, 2024: 117). Besonders stark nahmen Vorfälle gegen politische Gegner*innen zu: Bedrohungen und Beleidigungen stiegen von 14 auf 37 Fälle, Angriffe von zwei auf 15.

Rassismus blieb das häufigste Motiv bei Angriffen und Bedrohungen (66). Die Taten ereigneten sich im öffentlichen Nahverkehr, an Schulen, im Wohnumfeld, auf Spielplätzen oder in Supermärkten. Wiederholt waren Kinder und Jugendliche betroffen. Dies verdeutlicht, dass sich menschenfeindliche Einstellungen zunehmend auch im Alltag Bahn brechen, was das Sicherheitsgefühl vieler Betroffener nachhaltig beeinträchtigt.

Engagement gegen rechte Hetze und Gewalt

Trotz der gestiegenen Zahlen zeigt sich in Lichtenberg ein gewachsenes zivilgesellschaftliches Engagement.

Art der Vorfälle Lichtenberg



Erstellt mit Datawrapper

16. Januar 2025

In der S-Bahn-Linie S3, zwischen Karlshorst und Ostkreuz in Lichtenberg, beschimpften, bedrohten und bespuckten vier Männer eine Gruppe von Männern of Color. Trotz Deeskalationsversuchen dauerte der Vorfall rund 10 Minuten. Fahrgäste griffen nicht ein.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

7. März 2025

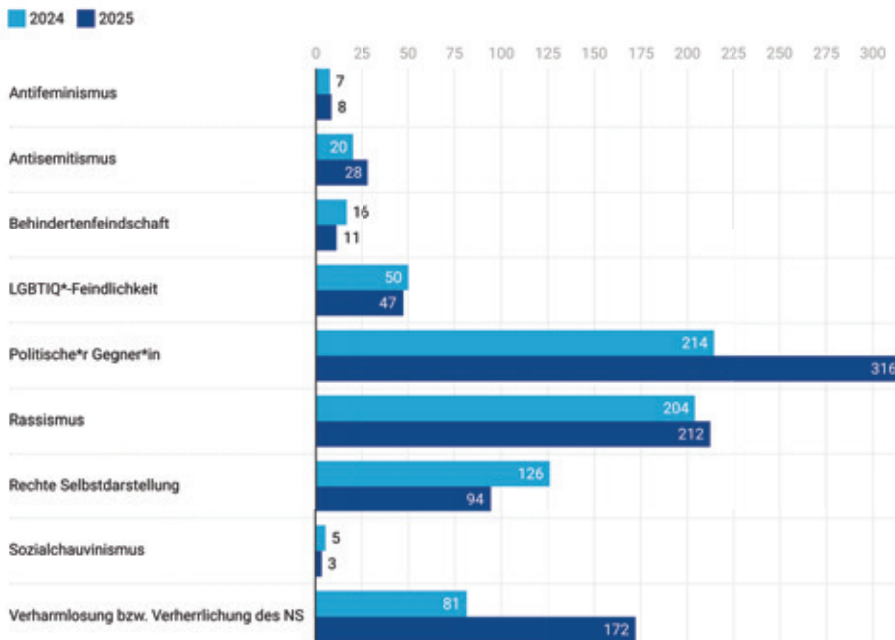
Eine Gruppe von 15 vermummten Neonazis beobachtete und verfolgte in Hohenschönhausen drei Jugendliche auf Fahrrädern, die sich verstecken konnten. Der Hauptbetroffene war bereits in der Vergangenheit Ziel extrem rechter Anfeindungen.

Quelle: Register Lichtenberg, taz 11.03.2025, Tagesspiegel 12.03.2025, Berliner Morgenpost 13.03.2025

21. Juni 2025

Etwa 45 Neonazis aus dem Umfeld der „Deutschen Jugend Voran“ und anderen Neonazigruppierungen führten einen Spontanaufmarsch durch Alt-Lichtenberg durch. Der ursprüngliche Aufmarsch war in Marzahn gegen die dort stattfindende sechste Marzahn Pride angemeldet gewesen. Auftaktort war in der Rhinstraße Ecke Landsberger Allee. Die Neonazis konnten mit Polizeibegleitung und ohne größere Gegenproteste bis zur Gemeinschafts-

Motiv der Vorfälle in Lichtenberg



Erstellt mit Datawrapper

schaftliches Engagement gegen Diskriminierung. Für 2026 deutete sich bislang ein leichtes Absinken der Meldezahlen an. Sorge bereitet jedoch weiterhin die massive NS-verherrlichende Propaganda, insbesondere in Neu-Hohenschönhausen. Dort wird weiterhin versucht, ganze Kieze – etwa durch aufgesprühte Reichsflaggen auf Stromkästen und Glascontainern – großflächig zu markieren und Jugendfreizeiteinrichtungen einzuschüchtern. Der aktiven Zivilgesellschaft bleibt damit eine zentrale Aufgabe – Hass und Hetze entschlossen entgegenzutreten.

Den ausführlichen Jahresbericht für Lichtenberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Beispielvorfälle

unterkunft an der Landsberger Allee Ecke Weißenseer Weg laufen und lösten ihren Protest dann dort auf.

Quelle: Lichtenberger Register

18. August 2025

Ein Supermarktmitarbeiter bedrohte in Lichtenberg eine Familie vietnamesischer Herkunft, zog die Mutter an den Haaren und ohrfeigte sie. Die Frau stürzte, erlitt Verletzungen und musste im Krankenhaus behandelt werden. Passanten griffen nicht ein.

Quelle: taz 21.08. 2025, BZ 21.08.2025, RTL 20.08.2025, Tagesspiegel 22.08.2025, MiGAZIN 24.08.2025

11. Oktober 2025

Am S+U-Bahnhof Lichtenberg urinierte und spuckte ein Mann auf eine schlafende, wohnungslose Person. Dabei äußerte er NS-verherrlichende und sozialdarwinistische Beschimpfungen. Durch Zivilcourage konnte der Täter vertrieben werden.

Quelle: Register Lichtenberg

13. Dezember 2025

An der Haltestelle Arendsweg in Lichtenberg wurden zwei junge Frauen von drei Männern homofeindlich beleidigt, getreten und mit Fäusten geschlagen. Beide Opfer mussten im Krankenhaus behandelt werden; der Staatsschutz ermittelt.

Quelle: Polizei Berlin Nr. 2580 14.12.2025, Tagesspiegel 14.12.2025, Tag24 14.12.2025, Mannschaft Magazin 15.12.2025

EACH ONE Monitoring

Die Fälle von Anti-Schwarzem Rassismus haben sich mehr als verdoppelt

Die Zahl der Fälle von Anti-Schwarzem Rassismus im Each One Monitoringbericht 2025 hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Fälle zeigen, dass Anti-Schwarzer Rassismus weiterhin alle Lebensbereiche durchzieht und sowohl auf individueller als auch auf institutionell-struktureller Ebene wirksam ist. Der öffentliche Raum ist am stärksten betroffen und zeigt exemplarisch, wie sich die Grenzen des Sag- und Machbaren im öffentlichen Alltag weiter verschieben. Offene NS-Bezüge, rassistische Parolen sowie Abschiebe- und Entmenschlichungsrhetoriken treten hervor und werden normalisiert.

Für Schwarze Menschen wird der öffentliche Raum häufig zu einem Ort der Herabwürdigung, Dehumanisierung, Einschüchterung, Bedrohung und Gewalt. Die Vorfälle beeinträchtigen ihre Sicherheit erheblich. Die Fälle zeigen zudem, dass bereits junge Schwarze Kinder von körperlichen Übergriffen durch weiße Erwachsene betroffen sind, auch wenn sie allein im öffentlichen Raum unterwegs sind. Dabei wirken rassistische Gewalt und ein deutliches Machtgefälle zwischen Erwachsenen und Kindern zusammen. Schwarze Frauen erleben im öffentlichen Raum gewaltvolle Übergriffe, die von Misogynoir geprägt sind. Für Schwarze Mütter bedeutet dies eine spezifische Form der Vulnerabilisierung, da sich rassistische und geschlechtsspezifische Gewalt mit der besonderen Schutzbedürftigkeit der eigenen Kinder verschränken.

Teils sind die Übergriffe auf Schwarze Menschen von einer erheblichen Gewaltintensität und Bereitschaft zu schweren oder sogar lebensgefährlichen Verletzungen geprägt. Gewalt zeigt sich jedoch nicht nur in offenen Angriffen, sondern auch in subtilen, strukturellen und atmosphärischen Formen eines dauerhaften Erlebens von Unsicherheit und Exponiertheit, denen Schwarze Menschen im öffentlichen Raum ausgesetzt sind.

Viele der Fälle betreffen die institutionell-strukturelle Ebene. Besonders betroffen sind Behörden, Bildungseinrichtungen, Wohn- und Arbeitskontexte. Es wird sichtbar, wie Anti-Schwarzer Rassismus in Behördenstrukturen wirksam ist. Entscheidend sind jedoch insbesondere die asyl- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen, um die sich die Verwaltungspraxis organisiert und die institutionalisierte Unsicherheit für Schwarze Geflüchtete hervorbringen können. Vor allem in Behörden- und Unterbringungskontexten berichten Schwarze Geflüchtete von verstärkter Kontrolle, Unsicherheit und rassistischer Ungleichbehandlung. Dabei sind individuelles Verwaltungshandeln und die Ausländerbehörde als ausführende Instanz aufenthaltsrechtlicher Regelungen stets im Kontext institutioneller Machtverhältnisse und staatlicher Migrationspolitik zu verstehen. Aufenthaltsrechtliche Unsicherheit wirkt sich unmittelbar auf Arbeit, Wohnen und Alltag aus. Sprachbarrieren und fehlender Zugang zu Informationen erschweren zusätzlich die Wahrnehmung grundlegender Rechte. Gleichzeitig erschweren prekarierte Lebensla-

gen häufig die tatsächliche Nutzung bestehender Antidiskriminierungsrechte.

Auch Schulen erweisen sich als zentrale Orte institutionellen Anti-Schwarzen Rassismus. Schwarze Kinder und Jugendliche erleben dort rassistische Zuschreibungen und werden im Schulalltag häufiger als auffällig, aggressiv oder problematisch konstruiert. Zeitgleich fehlt es im Umgang mit rassistischen Vorfällen häufig an angemessenen Schutzmaßnahmen: Statt Vorfälle klar als rassistisch zu benennen und entsprechend zu handeln, werden sie durch Schulen relativiert oder als individuelle Konflikte entpolitisiert.

Auch Wohnen erweist sich für viele Schwarze Menschen nicht als sicherer Rückzugsraum. Der Bericht dokumentiert rassistische Diskriminierung sowohl auf dem Wohnungsmarkt als auch im Wohnumfeld. Sammelunterkünfte wirken vielfach als Orte institutioneller Kontrolle und Prekarisierung. Schwarze Geflüchtete berichten dort von verstärkter Sanktionierung und Ungleichbehandlung.

Im Arbeitskontext dokumentiert der Bericht rassistische Diskriminierung und Mobbing, Arbeitsausbeutung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Schwarze Beschäftigte erleben rassistische Ausbeutung häufig unter Bedingungen aufenthaltsrechtlicher Abhängigkeit. Der Monitoringbericht macht deutlich, dass Anti-Schwarzer Rassismus nicht als Ausnahmephänomen verstanden werden kann, sondern als strukturelles gesellschaftliches Verhältnis wirksam bleibt, das grundlegende Lebensbedingungen, Sicherheit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe Schwarzer Menschen nachhaltig beeinträchtigt.

Weitere Informationen finden sich auf: each-one.de





Marzahn-Hellersdorf

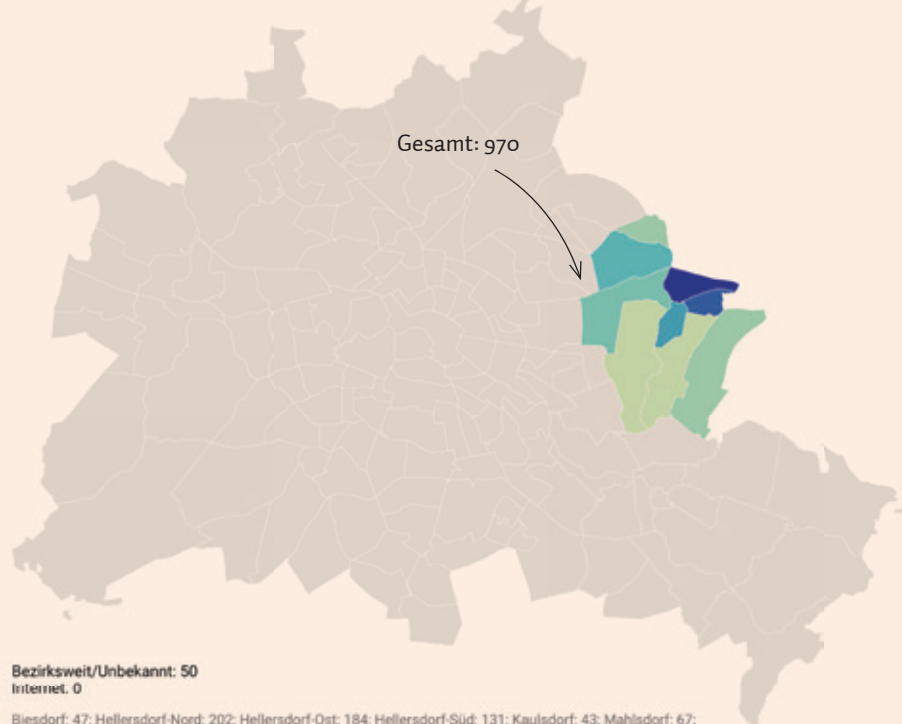
Marzahn-Hellersdorf ist mit rund 285.000 Einwohner*innen ein vielfältiger Bezirk am östlichen Stadtrand Berlins. Große Plattenbausiedlungen in Marzahn und Hellersdorf treffen auf Einfamilienhausgebiete in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf. Mit den Gärten der Welt, dem Kienberg und den Kaulsdorfer Seen bietet der Bezirk zudem bekannte Grünflächen und Erholungsräume.

Orte wie der Alice-Salomon-Platz oder die Marzahner Promenade sind wichtige Treffpunkte und Einkaufsorte, die den Alltag prägen. Die Marzahn Pride und weitere Angebote für queere Menschen stehen für eine engagierte Zivilgesellschaft. Gleichzeitig ist der Bezirk ein Schwerpunkt extremer rechter Aktivitäten, insbesondere durch „Der III. Weg“ und dessen Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025

5 25 50 75 100 125 150 175 200



Bezirksweit/Unbekannt: 50
Internet: 0

Biesdorf: 47; Hellersdorf-Nord: 202; Hellersdorf-Ost: 184; Hellersdorf-Süd: 131; Kaulsdorf: 43; Mahlsdorf: 67; Marzahn-Mitte: 105; Marzahn-Nord: 55; Marzahn-Süd: 86

Quelle: Berliner Register • Kartenmaterial: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Erstellt mit Datawrapper

Aufkleber von „Der III. Weg“



Neonazi-Schriftzüge am Helene-Weigel-Platz



Kontakt:

Register Marzahn-Hellersdorf

Stiftung SPI

Belforter Straße 20

10405 Berlin

Tel.: 0172 - 8695497

Mail: register-mh@lvs.stiftung-spi.de

Instagram: @RegisterMaHe

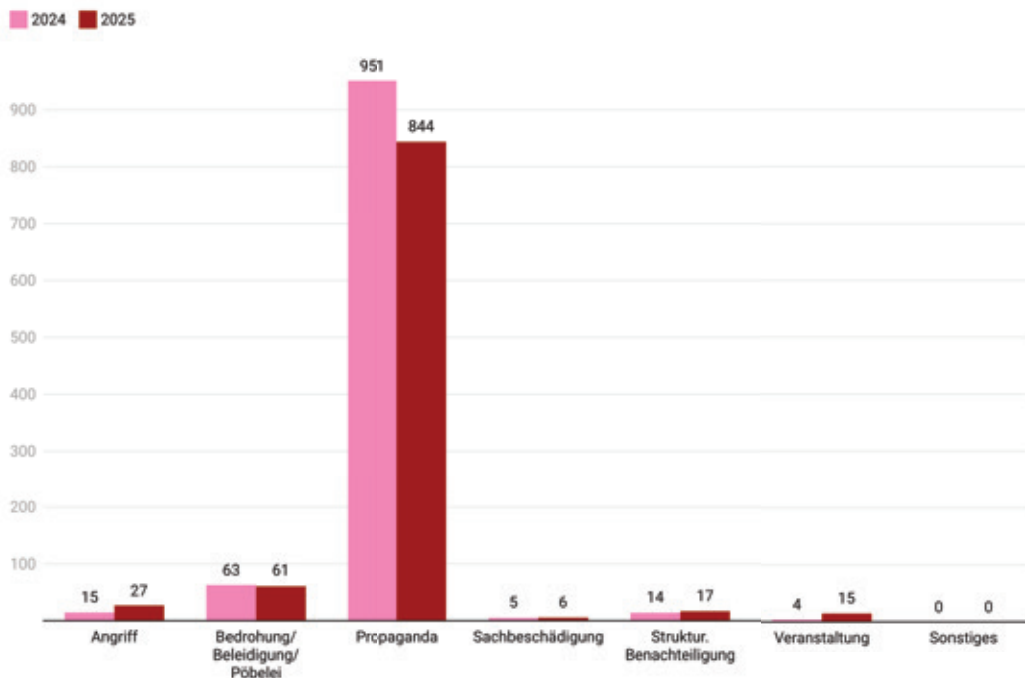
Mit 970 dokumentierten extrem rechten und diskriminierenden Vorfällen blieb Marzahn-Hellersdorf auch 2025 einer der am stärksten betroffenen Bezirke Berlins. Zwar ging die Zahl gegenüber dem Vorjahr leicht zurück (2024: 1.052), liegt damit aber weiterhin deutlich über dem Niveau von 2023 (531). Rund zwölf Prozent aller dokumentierten Vorfälle in Berlin entfielen auf den Bezirk. Berlinweit lag Marzahn-Hellersdorf damit 2025 auf Platz drei. Der Rückgang der Fallzahlen bedeutet dabei nicht automatisch eine Verbesserung: Insbesondere im zweiten Halbjahr nahm die Zahl der Meldungen deutlich ab, was u. a. mit eingeschränkten Dokumentationskapazitäten zusammenhing.

„Der III. Weg“ bleibt prägende Struktur

Ein großer Teil der dokumentierten Vorfälle stand auch 2025 im Zusammenhang mit der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ und ihrer Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ). Insgesamt konnten 394 Vorfälle diesen Strukturen zugeordnet werden. Damit blieb Marzahn-Hellersdorf berlinweit mit großem Abstand der Bezirk mit den meisten der Partei „Der III. Weg“ zugeordneten Vorfällen.

Den Schwerpunkt bildete Propaganda: Aufkleber, Plakate und Schmierereien richteten sich gegen politische Gegner*innen, verbreiteten rassistische Inhalte oder verherrlichten den Nationalsozialismus. Parolen wie „Deutschland den Deutschen“,

Art der Vorfälle Marzahn-Hellersdorf



Erstellt mit Datawrapper

„Ausländer raus“ und „FCK Antifa“ zeigen, wie völkischer Nationalismus, Rassismus und die Feindschaft gegenüber Antifaschist*innen oftmals miteinander verbunden werden.

Auch Veranstaltungen machten die Strukturen sichtbar: Die Zahl extrem rechter Veranstaltungen stieg von 4 im Jahr 2024 auf 15. Am 29. März marschierten rund 250 Neonazis durch Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Nord. Im Umfeld des Aufmarschs wurden Gegendemonstrierende und Medienvertreter*innen 15-mal bedroht und angegriffen. Die Aktivitäten von „Der III. Weg“ und seiner Jugendorganisation zeigen damit, dass extrem rechte Ideologie nicht nur über einzelne Propagandamittel verbreitet wird, sondern durch organisierte Strukturen dauerhaft im Bezirk präsent ist.

Politische Gegnerschaft und zunehmender Rassismus

Am häufigsten nahm die extreme Rechte ihre politische Gegner*innen ins Visier. Insgesamt gab es 266 solcher Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf, auch wenn die Zahl gegenüber 2024 (312) zurückging. Ein großer Teil der Vorfälle stand im Zusammenhang mit den Aktivitäten von „Der III. Weg“ und seiner Jugendorganisation NRJ und richtete sich gegen Antifaschist*innen, Presse und soziale Einrichtungen. Besonders häufig wurde entsprechende Propaganda im öffentlichen Raum dokumentiert.

Deutlich zugenommen hat dagegen Rassismus: Die Zahl stieg von 212 auf 233 Fälle. Rassistische Inhalte wurden vor allem über Propaganda verbreitet, zeigten sich aber auch in Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen. 18 der 27 dokumentierten

1. Januar 2025

Am S-Bahnhof Mahlsdorf kam es zu einem neonazistischen Angriff durch einen unbekannten Mann, der in Begleitung einer unbekannten Frau war. Nachdem eine Person einen Aufkleber mit der Aufschrift „I ♥ Hitler“ an der Anzeigetafel der Bushaltestelle unkenntlich gemacht hat, wurde die Person unvermittelt von dem unbekannten Mann angegriffen, beschimpft und getreten. Die Begleiterin des Angreifers versuchte diesen mehrfach zurückzu-

halten. Der Angreifer versuchte dennoch, weitere Attacken auszuüben und drohte mehrfach damit, die betroffene Person zu töten. Der unbekannten Frau gelang es nach mehreren Minuten, den Mann von weiteren Taten abzuhalten. Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

6. Januar 2025

Im Zuge der Besetzung eines Hochschulgebäudes wurden u.a. antisemitische und terrorverherrlichende Parolen gerufen und auch entspre-

chende Schriftzüge auf Zettel an die Wände geklebt.

Quelle: RIAS Berlin

29. März 2025

Rund 250 Neonazis marschierten durch Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Nord. Im Umfeld und bei der Abreise kam es zu Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffen auf Gegendemonstrierende und Medienvertreter*innen.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

körperlichen Angriffe waren rassistisch motiviert. Damit wird deutlich, dass Marzahn-Hellersdorfer*innen zunehmend aufgrund zugeschriebener Herkunft oder Religion attackiert werden – menschenverachtende Ideologie verbreitet sich.

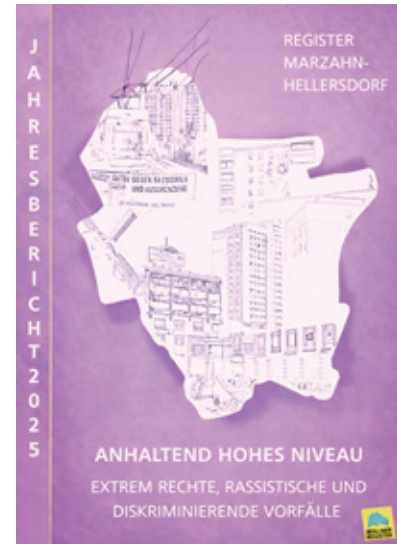
Hellersdorf als räumlicher Schwerpunkt

Die Vorfälle konzentrierten sich besonders auf Hellersdorf: In Hellersdorf-Nord wurden 203, in Hellersdorf-Ost 184 und in Hellersdorf-Süd 131 Vorfälle dokumentiert. Zusammen entfiel damit mehr als die Hälfte aller Vorfälle auf diese drei Ortsteile. Besonders stark stieg die Zahl in Hellersdorf-Ost, von 104 auf 184 Fälle. Mehr als die Hälfte aller Propagandavorfälle wurde in diesen drei Ortsteilen registriert. Bahnhöfe, Haltestellen und Straßenraum wurden dabei wiederholt zur Verbreitung und Sichtbarmachung extrem rechter Inhalte genutzt. Denn Neonazigruppen wie die NRJ waren dort häufig unterwegs.

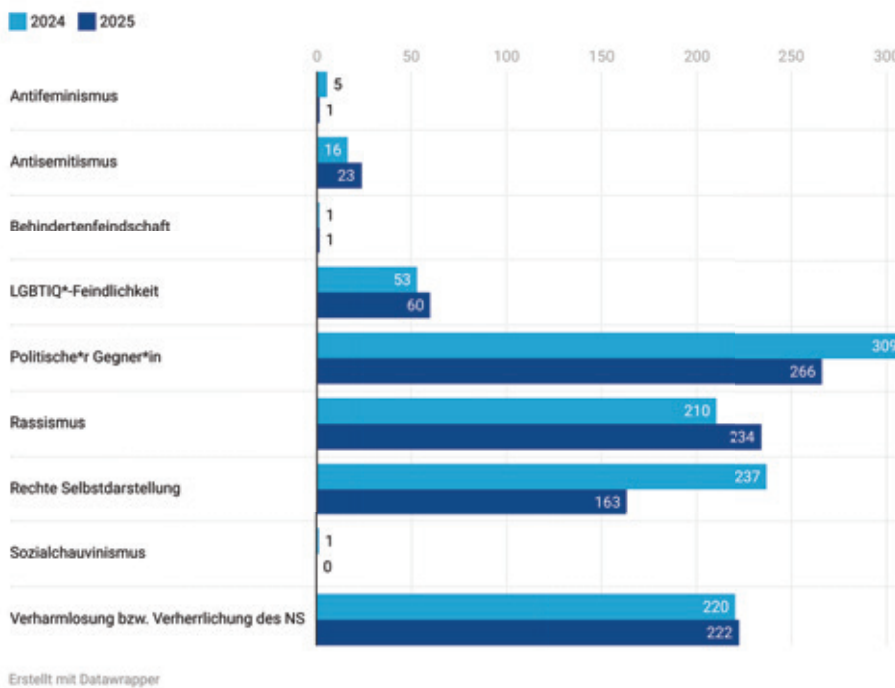
Zwischen Verfestigung und Gegenwehr

Die Zahlen zeigen: Marzahn-Hellersdorf ist kein Bezirk, in dem extrem rechte Aktivitäten nur punktuell auftreten. Vielmehr haben sich organisierte neonazistische Strukturen verfestigt und verbinden Propaganda, Veranstaltungen und politische Feindbilder mit rassistischen und anderen menschenfeindlichen Inhalten. Gleichzeitig zeigt die Dokumentation, dass Gewalt zunehmend auch Menschen trifft, die nicht politisch aktiv sind, sondern aufgrund zugeschriebener Herkunft, Religion oder anderer Merkmale ins extrem rechte Feindbild geraten. Dem stehen zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen gegenüber, die sich im Bezirk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung engagieren und für ein solidarisches und demokratisches Zusammenleben einsetzen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Marzahn-Hellersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Motiv der Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf



20. August 2025

In der Leisniger Straße in Hellersdorf soll ein Mann zwei Kinder mit Feuerwerkskörpern angegriffen haben. Die Kinder befanden sich auf dem Gehweg vor der Wohnung des Mannes. Der Mann beleidigte sie erst mit rassistischen Worten und warf dann einen Feuerwerkskörper aus dem Fenster. Eines der Kinder wurde getroffen und verletzt. Die Polizei ermittelte.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2029 21.08.2025

22. August 2025

An der Nossener Straße in Hellersdorf wurden Plakate und Sticker von „Der III. Weg“ und dessen Jugendgruppe „Nationalrevolutionäre Jugend“ entdeckt. Es war Eigenwerbung oder gegen politische Gegner*innen.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

3. November 2025

An der Haltestelle Alt-Marzahn zeigte eine Person aus einer Gruppe von vier

schwarz gekleideten Männern den Hitlergruß und rief: „Sieg Heil“.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

27. November 2025

An der Tramhaltestelle Helene-Weigel-Platz wurde eine rassistische Schmiere entdeckt, in der eine Schwarze Person mit einer rassistischen Bezeichnung herabgewürdigt und für einen Cent-Beitrag zum Verkauf angeboten wurde.

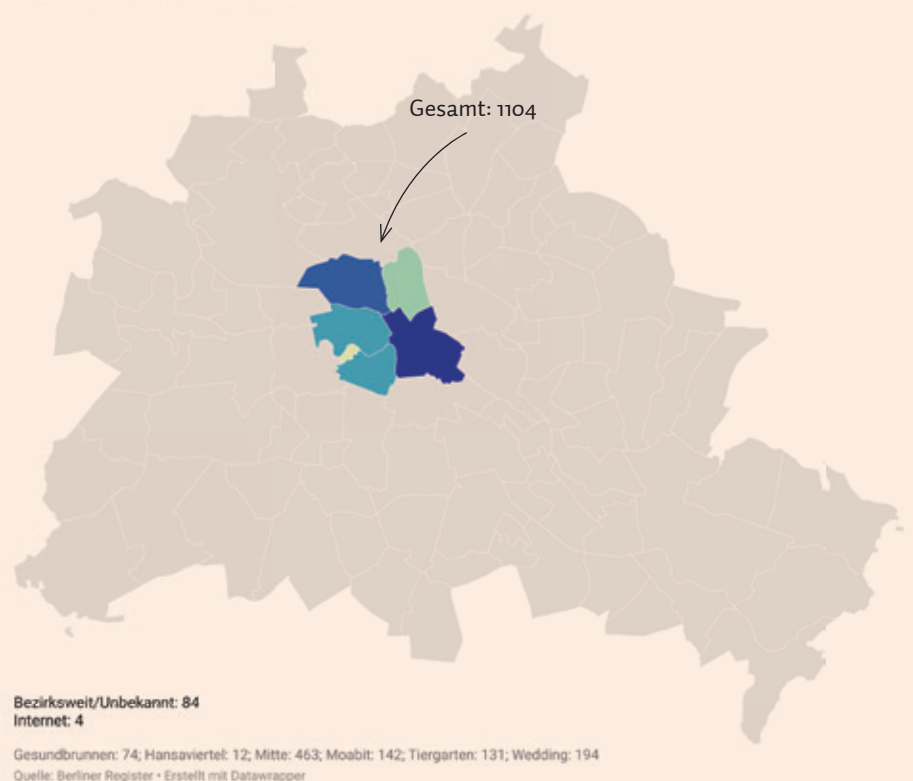
Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

Mitte

Der Bezirk Mitte umfasst die Ortsteile Mitte, Moabit, Tiergarten, Wedding, Gesundbrunnen und das Hansaviertel. Er ist einer der jüngsten Bezirke der Hauptstadt und mit rund 365.000 Menschen auch einer der am dichtesten besiedelten. Aufgrund der zentralen Lage des Bezirks und der hier angesiedelten Institutionen, sind viele Menschen aus der ganzen Stadt täglich im Bezirk Mitte unterwegs. An den Umsteige- und Fernbahnhöfen, an den Hochschulen, im Nachtleben und in den Einkaufszentren im Bezirk treffen Menschen aus verschiedenen Milieus aufeinander. Gleichzeitig befinden sich mit Wahrzeichen der Stadt und dem Regierungsviertel Orte im Bezirk, die Kundgebungen und Demonstrationen anziehen. Die zentrale Lage und Struktur des Bezirks führt dazu, dass im Bezirk Mitte vergleichsweise viele Vorfälle erfasst werden. Bereits 2024 waren 950 Vorfällen registriert worden, so viele wie nie zuvor. 2025 wurden sogar 1104 Vorfälle erfasst.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Mitte

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025



Neonazi-Kundgebung in Mitte

„Remigration“-Aufkleber auf Linken-Plakat



Kontakt:

Registerstelle Berlin-Mitte

NARUD e.V.

Brüsseler Str. 36

13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551

0157 - 57983755

Mail: register@narud.org

Gesellschaftliche Debatten mit Folgen: Rassistische Vorfälle auf Rekordhoch

In einem gesamtgesellschaftlichen Klima, das erheblich von Migrations-Debatten geprägt war, hat das Register Mitte insgesamt 420 rassistische Vorfälle erfasst müssen, deutlich mehr als im Vorjahr (287). Damit war Rassismus das häufigste Motiv im Jahr 2025. Rassistische Angriffe (46) haben sich gar mehr als verdoppelt. Der Anstieg war bei allen Formen des Rassismus zu beobachten: So verdoppelten sich anti-Schwarze und antiziganistische Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien und antisiasiatisch rassistische Vorfälle, die sich besonders auf der Straße und im ÖPNV ereigneten. Der erfasste antimuslimische Rassismus erreichte wieder seinen hohen Stand von 2023. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr war hier besonders bei Propagandavorfällen zu beobachten. Besonders Frauen waren hierbei wie beim anti-Schwarzen Rassismus von Beleidigungen betroffen – oft in Gegenwart ihrer Kinder.

Antisemitismus weiterhin hoch

2025 sank die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Mitte zwar, sie blieb jedoch immer noch mit 307 Vorfällen deutlich über dem Niveau der Jahre vor dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Krieg. Zwar nahmen Veranstaltungen sogar zu, in jeder anderen Vorfallart wurden jedoch weniger Vorfälle registriert. Zwei der erfassten Angriffe fanden im Umfeld des Mahnmals für die ermordeten Jüdinnen*Juden Europas statt. Einer dieser

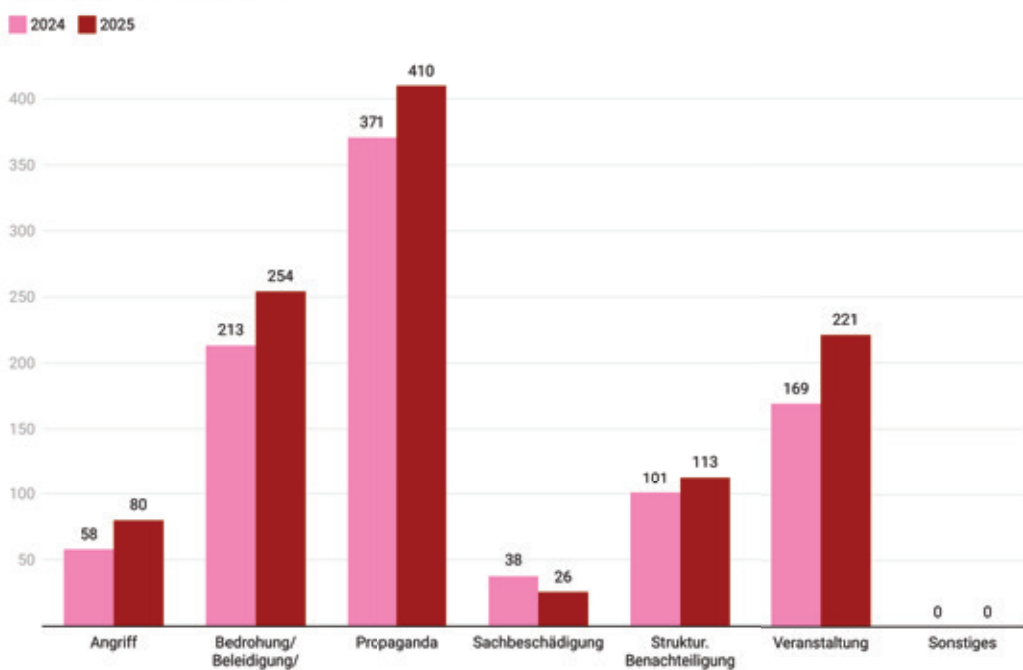
Angriffe war ein Mordversuch eines Islamisten an einem spanischen Touristen, der dort lebensgefährlich verletzt wurde. Etwa die Hälfte der erfassten Propaganda, etwa ein Drittel der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien und über 90 Prozent der erfassten 125 antisemitischen Veranstaltungen hatten einen Bezug zum Nahostkonflikt. Nur eine Handvoll Demonstrationen hatten mehr als 1.000 Teilnehmende, die meisten zwischen 30 und einigen Hundert. Sie wurden von linksradikalen und palästinensisch-nationalistischen sowie islamistischen Organisationen veranstaltet. Die vom Register Mitte dokumentierten antisemitischen Parolen wurden meist von den gleichen Leuten angestimmt, aber von weiten Teilen der Demonstrierenden übernommen. Antisemitische Schilder und Transparente wurden zumeist nur von einer kleinen Zahl

derselben Personen gezeigt, aber allgemein geduldet.

Die extreme Rechte in Berlin-Mitte

Der 2025 festgestellte zunehmende Rassismus wurde begleitet von einer Zunahme von auf den Nationalsozialismus bezogenen Vorfällen von 103 im Vorjahr auf 144. Außerdem gab es einen Anstieg von 46 auf 83 Vorfälle, die sich gegen Gegner*innen der extremen Rechten richteten. Die neonazistische Kleinstpartei „Die Heimat“ wurde wieder aktiver und veranstaltete in Mitte drei Demos, bei denen sie sich aus dem gewachsenen extrem rechten Jugendmilieu verstärken konnte. Kleingruppen aus diesem Jugendmilieu sorgten vermehrt für Vorfälle. Auch die „Identitäre Bewegung“ trat mit drei Kleinkundgebungen, Propaganda und einer angegliederten Frauengruppe wieder aus der vorüber-

Art der Vorfälle Mitte



Erstellt mit Datawrapper

26. April 2025

Drei Kinder spielten in einem Innenhof in Wedding. Eins der Kinder war Schwarz, eins asiatischer Herkunft. Ein älterer Mann kam hinzu, bedrohte und beleidigte die Kinder rassistisch und sagte zu dem dritten, weißen Kind, es solle sich nicht mit „solchen geborenen und zukünftigen Verbrechern“ abgeben, aber bei der Mutter des Kindes sei eine solche Warnung wohl völlig hoffnungslos.

Quelle: Register Mitte

20. September 2025

Eine Schwarze Frau, die an einer Gegenkundgebung zur Demonstration „Marsch für das Leben“ in Mitte teilnahm, wurde von einem bekannten, extrem rechten Medienaktivisten angegriffen. Die Frau wurde aufgrund von anti-Schwarzem Rassismus von hinten angesprungen und an ihren Haaren gezogen.

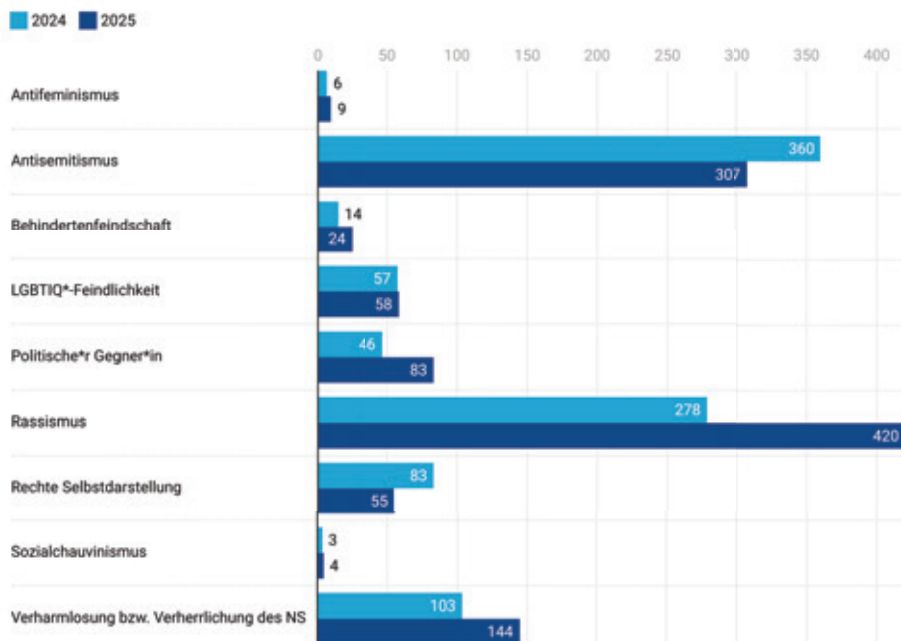
Quelle: ReachOut

12. November 2025

An der Humboldt-Universität in Mitte wurde eine jüdische Studentin als „Kindermörderin“ beschimpft, nachdem zwei Studienkolleginnen von ihrer israelischen Staatsbürgerschaft gehört hatten. Dass sie sich unwohl fühle sei gut, sagten sie, mit „Anhängern des Kindermörderstaates“ wollten sie nicht studieren. Am besten haue sie ab, „bevor ihr noch was passiert“.

Quelle: Register Mitte

Motiv der Vorfälle in Mitte



Erstellt mit Datawrapper

gehenden Versenkung. Eine Besonderheit in Mitte sind viele Kundgebungen von Reichsbürger*innen an zentralen Orten im Bezirk, die jedoch alle sehr klein blieben. Die verschwörungsideologische Szene hat zwar noch einige Veranstaltungen durchgeführt, aber weiter an Mobilisierungspotential verloren. Eine der größten extrem rechten Bewegungen in Berlin und im Bezirk Mitte sind weiterhin die auf die Türkei bezogenen faschistischen „Idealistenvereine“, die sogenannten „Grauen Wölfe“. Aus diesem Umfeld erfasste das Register Mitte 2025 vor allem Beleidigungen, Bedrohungen und eine Morddrohung gegen Kurd*innen und Armenier*innen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Mitte können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



14. November 2025

Vor dem S-Bahnhof Bellevue im Hansaviertel wurde eine einen Hidjab tragende Frau mit Kinderwagen und einem Kleinkind an der Hand von einer Frau antimuslimisch-rassistisch beleidigt. Sie solle „mit ihrer Brut und ihrem ganzen Clan aus unserem Land“ verschwinden. Eine Zeugin stand der Mutter bei.

Quelle: Register Mitte

30. November 2025

An einem Weihnachtsmarktstand am Alexanderplatz zeigten Produkte wie Halsketten einen Umriss Palästinas, auch in den Farben der palästinensischen Flagge. Doch in diesem Umriss wurde das gesamte israelische Staatsgebiet als Teil eines gewünschten palästinensischen Staats dargestellt. Auch auf die Nachfragen einer Reporterin leugneten die Standbetreiber*innen das Existenzrecht Israels, wurden ungehalten

und drohten mit der Polizei.

Quelle: Register Mitte

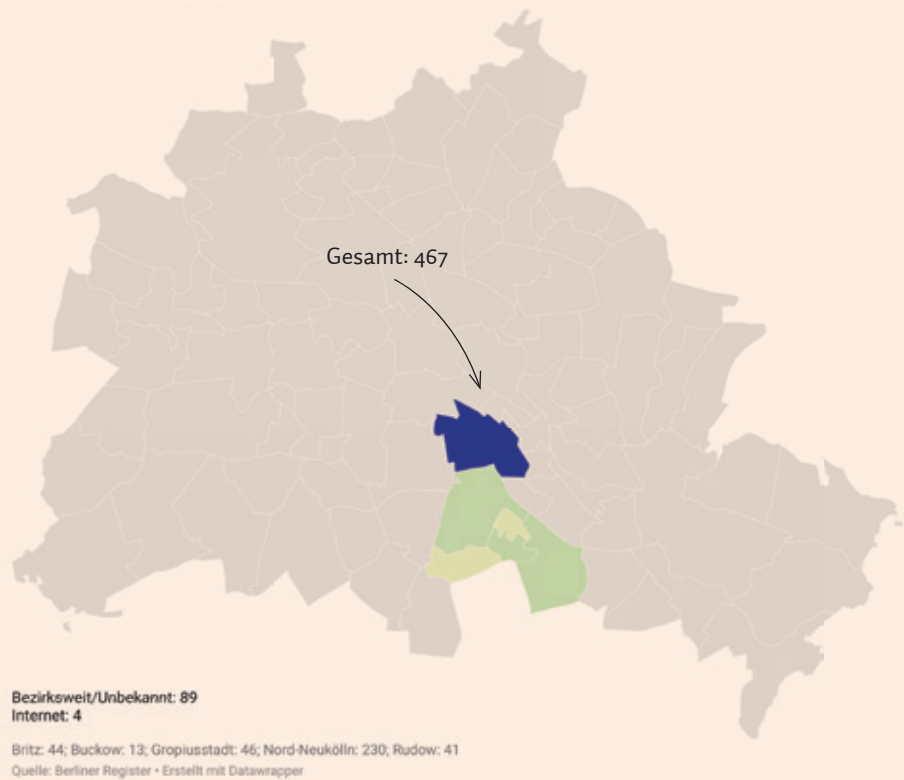
Neukölln

Neukölln liegt im südlichen Teil Berlins. Mit knapp 310.000 Bewohner*innen zählt Neukölln zu den größeren und dichter besiedelten Bezirken der Stadt. Die einzelnen Bezirksteile (Nord-Neukölln, Britz, Buckow, Rudow und Gropiusstadt) unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Bebauungsdichte, der Wohnform, des Anteils an Grünflächen als auch im Hinblick auf die soziodemografischen Merkmale stark voneinander. Ein entscheidender Aspekt des städtischen Lebens in Neukölln sind die wichtigen Verkehrsknotenpunkte im öffentlichen Personennahverkehr wie der U-Bahnhof Hermannplatz und der S- und U-Bahnhof Neukölln. Seit mehreren Jahren ist Süd-Neukölln Schauplatz einer extrem rechten Angriffsserie und weiterer neonazistischer Aktivitäten. Die Hochphase bildeten die Jahre zwischen 2009 bis 2021. Im Jahr 2026 erschien der Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses unter der kritischen Einordnung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Neukölln

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025

5	25	50	75	100	125	150	175	200
---	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----



Antisemitischer Schriftzug im Anita-Berber-Park

„Der III. Weg“-Aufkleber in Rudow



Kontakt:
Register Neukölln
Yekmal e. V.
Fidicinstraße 3
10965 Berlin

Tel.: 0157 - 392 85 358
Mail: register-nk@yekmal.de
Instagram: @registernk

Neukölln im Jahr 2025

Das Register Neukölln dokumentierte 2025 insgesamt 467 diskriminierende und extrem rechte Vorfälle. Zwar ging die Gesamtzahl im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück, doch der Blick hinter die Zahlen zeigt eine prägnante Verschiebung in der Vorfallart: Während Propagandamelungen seltener wurden und die Zahl der Angriffe beinahe gleich blieb, nahmen Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien im Bezirk Neukölln deutlich zu (2024: 69; 2025: 101). Antisemitische Vorfälle blieben – wie in den beiden Vorjahren – auf hohem Niveau, insbesondere prägte Propaganda hier das Bild. Die Neuköllner Bezirksteile variierten in ihren Schwerpunkten: Nord-Neukölln wies die höchste Anzahl an antisemitischer Propaganda auf, in Britz und Rudow dominierten rassistische und neonazistische Propagandavorfälle, während Gropiusstadt 2025 durch einen Anstieg an Hakenkreuzschmierereien auffiel.

Rassismus nimmt zu, Antisemitismus bleibt prägend

Die Zahl rassistisch motivierter Vorfälle in Neukölln hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (2024: 86; 2025: 152), darunter 57 verbale Attacken. Die Dokumentationspraxis zeigt: eine zunehmend polarisierte gesellschaftliche Debatte über Migration und daraus resultierende Diskursverschiebungen können direkte Auswirkungen haben. Sie schlagen sich nicht nur in politischen Diskussionen nieder, sondern auch in direkten verbalen Angriffen gegen Menschen,

die als migrantisch oder nicht-deutsch wahrgenommen werden.

Antisemitismus folgt als zweithäufigstes Motiv in Neukölln mit 120 Vorfällen. Auch wenn weniger antisemitische Propaganda und Demonstrationen dokumentiert wurden als im Vorjahr, berichten viele Jüdinnen und Juden weiterhin von einem Gefühl der Unsicherheit. Viele vermeiden es inzwischen, ihre jüdische Identität im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und ziehen sich zunehmend zurück. Die Folgen des Angriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 und des anschließenden Krieges wirken damit auch in Neukölln bis heute nach.

Antikurdische Vorfälle

Durch die Kooperation mit einem Antidiskriminierungsprojekt konnten 2025 allein in Neukölln 35 Vorfälle einem antikurdi-

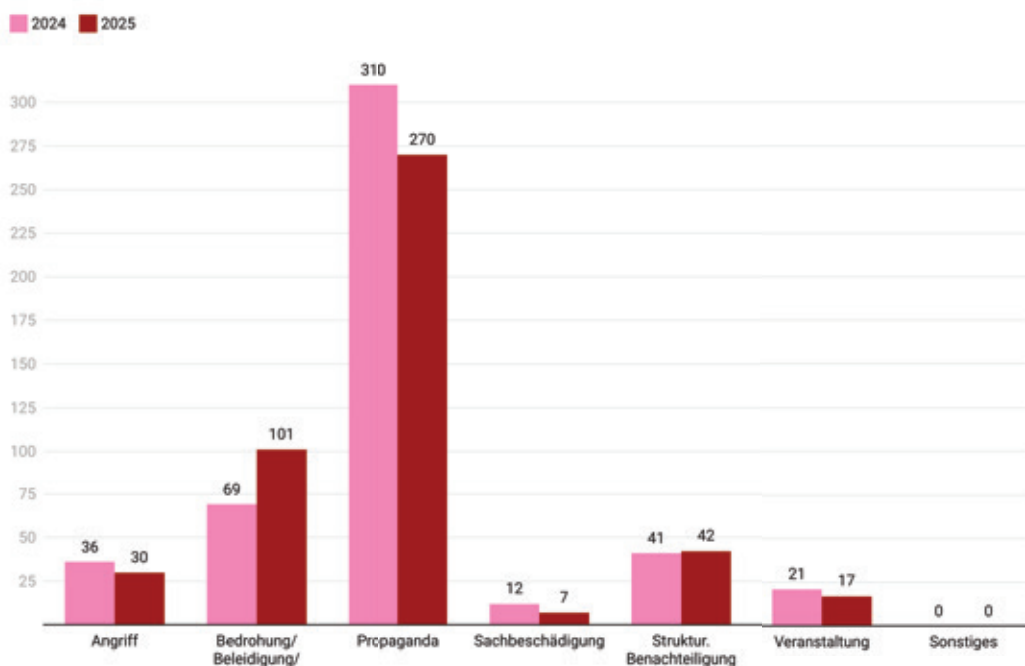
schen Motiv zugeordnet werden. Kurdische oder als solche wahrgenommene Menschen wurden strukturell diskriminiert oder beleidigt. In mehreren Fällen wurden die kurdischen Identitäten der Betroffenen negiert bis hin zu geäußerten Auslöschungsfantasien. Ein bisher weitestgehend unterrepräsentierter Phänomenbereich kann nun sichtbarer werden.

Strukturell benachteiligt –

Sinti*zze und Rom*nja häufig betroffen

Beinahe die Hälfte der dokumentierten strukturellen Benachteiligungen im Bezirk Neukölln betrafen Sinti*zze und Rom*nja oder als solche gelesenen Personen. Community-Organisationen und Vereine wie Amaro Foro e.V. weisen schon lange auf das Problem hin; Menschen werden aufgrund von antiziganistischen Stereotypen pauschal des Sozialbetrugs bezichtigt

Art der Vorfälle Neukölln



Erstellt mit Datawrapper

31. Januar 2025

In Neukölln ereignete sich ein antiziganistischer Angriff. Zwei Mädchen saßen vor einem Imbiss und hörten dabei Musik auf Romani. Eine Passantin beleidigte die beiden und schlug einem der Mädchen unvermittelt mit der Faust ins Gesicht.

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

5. Februar 2025

Rund um den Selgenauer Weg, den Neudecker Weg und die Köpenicker

Straße in Rudow wurden 28 neonazistische Aufkleber entdeckt und entfernt. Diese entstammten größtenteils einem extrem rechten Onlineversandhandel und titelten beispielsweise „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!“. Außerdem waren darunter Sticker der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“. In Alt-Rudow wurde darüber hinaus ein Hakenkreuz an einem Verteilerkasten gesichtet und unkenntlich gemacht. Neben dem U-Bahneingang wurde zudem zweimal der neonazistische Zah-

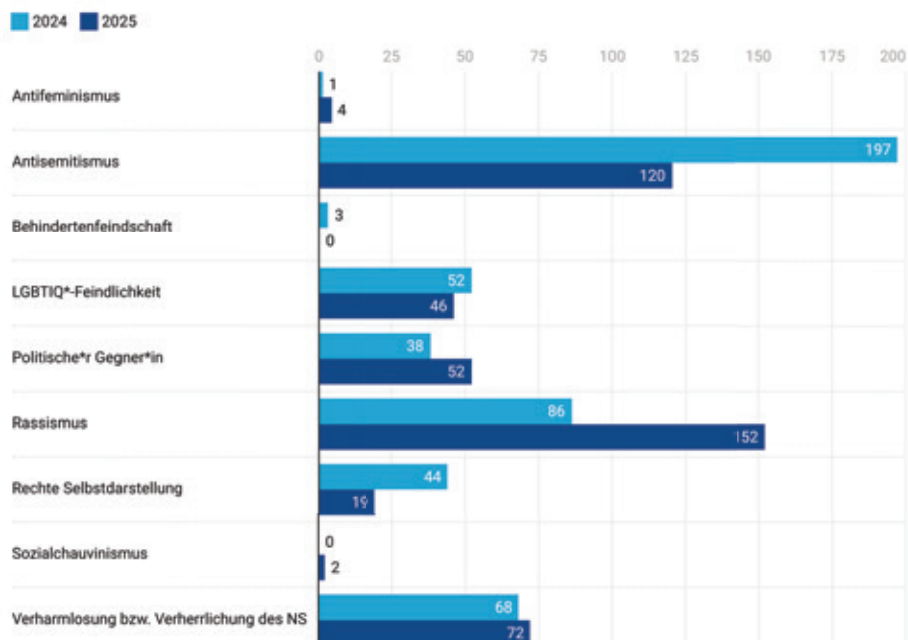
lencode „1161“ entdeckt und übersprägt. Der Code steht für „Anti-Antifaschistische Aktion“.

Quelle: hass-vernichtet.de

6. April 2026

Bei einer Fahrkartenkontrolle in der Linie U8 musste ein junger Mann den Ausweis zeigen, da sein Ticket ungültig war. Am U-Bahnhof Hermannstraße sagte ein Kontrolleur dazu: „Und was machen wir jetzt mit diesem ganzen Dreck? Am besten alle ins KZ!“. Eine

Motiv der Vorfälle in Neukölln



Erstellt mit Datawrapper

oder bei der Wohnungssuche diskriminiert. Die teilweise in Neukölln ansässigen Community-Strukturen und fehlende Sensibilisierung für Antiziganismus in Behörden und Ämtern sind ausschlaggebend für das vergleichsweise hohe Vorfallaufkommen.

Ein Blick in die Bezirksteile

Die Vorfälle verteilen sich nicht gleichmäßig über den Bezirk. In Nord-Neukölln werden besonders viele antisemitische und rassistische Vorfälle dokumentiert – auch, weil hier zahlreiche Demonstrationen stattfinden und ein dichtes Netz an Meldestellen sowie Melder*innen besteht. In Britz und Buckow überwiegen rassistische Vorfälle und entsprechende Propaganda, während in Gropiusstadt im Jahr 2025 besonders viele neonazistische

Schmierereien und Symbole sowie Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten gemeldet wurden. In Rudow bleibt die Präsenz extrem rechter Propaganda auffällig. Das Register Neukölln geht davon aus, dass diese regionalen Unterschiede sowohl mit lokalen Szenestrukturen als auch mit unterschiedlich aktiven Melder*innen zusammenhängen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Neukölln können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Beispielvorfälle

Zeugin forderte der Kontrolleur auf „sich zu verpissen“. Sie blieb aber bis zum Ende der Fahrkartenkontrolle des jungen Mannes.

Quelle: Register Neukölln

6. Mai 2025

In der Kirchhofstraße in Nord-Neukölln wurde eine ältere Frau aus rassistischer Motivation von einem Mann angegriffen. Der Angreifer rief zuerst rassistische Parolen, trat der Frau dann in den Rücken, sodass sie zu Boden stürzte.

Als Passant*innen eingriffen und der Frau aufhelfen, schlug der Mann noch nach der älteren Frau. Der Angreifer fuhr mit seinem Fahrrad davon, als weitere Personen einschritten.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1121 06.05.2025

29. Juli 2025

Ein Autofahrer rief mehreren Personen, die vor einem Restaurant saßen, die Worte „Scheiß Juden“ zu.

Quelle: Register Neukölln

19. September 2025

In einem Geschäft in Neukölln ereignete sich eine antikurdisch rassistische Beleidigung.

Quelle: Yekmal

27. Oktober 2025

Auf der Karl-Marx-Straße in Neukölln zeigte ein Mann gegen 9.00 Uhr morgens den Hitlergruß. Dabei stellte er sich mehrfach Personen in den Weg. Es wurde Anzeige bei der Polizei erstattet.

Quelle: Register Neukölln

Die Zahlen im Detail

Auf den folgenden Seiten sind für alle Bezirke, für die ganze Stadt und für den Ort „Berlinweit“ die Vorfälle der vergangenen fünf Jahre in Tabellen abgebildet. Die tabellarische Übersicht aller Motive und Arten von Vorfällen macht zum einen transparent, auf welche Datenbasis sich die Registerstellen beziehen, zudem erleichtert sie den Vergleich

zwischen den Bezirken. Man kann z. B. erkennen, wie sich Gewalt auf die Bezirke verteilt, dass häufig ein Anstieg an Propagandavorfällen zu einem Anstieg der Gesamtvorfälle beiträgt und dass die meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle in Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf und Mitte erfasst wurden.

Berlin gesamt

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	294	255	329	351	423
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	732	657	1.029	1.374	1.368
Propaganda	2.951	2.459	2.865	4.927	5.372
Sachbeschädigung	141	117	187	235	179
Strukturelle Benachteiligung	398	316	538	461	536
Veranstaltung	293	341	328	372	408
Sonstiges	32	11	10	0	0
Gesamt	4.841	4.156	5.286	7.720	8.286

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	1.428	1.132	1.459	1.761	2.320
Antisemitismus	1.043	810	1.113	2.200	1.705
LGBTIQ*-Feindlichkeit	198	239	464	520	569
Sozialchauvinismus	21	22	45	27	24
Behindertenfeindschaft	66	56	144	77	149
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	720	655	704	842	1.054
Rechte Selbstdarstellung	776	808	787	959	770
Politische*r Gegner*in	563	407	525	1.296	1.641
Antifeminismus	26	27	45	38	54
Gesamt	4.841	4.156	5.286	7.720	8.286

Berlinweit

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	10	2	3	14	7
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	113	87	208	437	255
Propaganda	502	420	294	609	560
Sachbeschädigung	3	4	0	4	3
Strukturelle Benachteiligung	112	74	142	80	137
Veranstaltung	0	1	1	2	1
Sonstiges	13	2	2	0	0
Gesamt	753	590	650	1.146	963

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	125	71	87	83	110
Antisemitismus	553	479	459	1.034	752
LGBTIQ*-Feindlichkeit	31	5	11	9	9
Sozialchauvinismus	0	1	0	0	0
Behindertenfeindschaft	31	32	88	17	85
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	4	1	0	1	0
Rechte Selbstdarstellung	1	0	0	1	0
Politische*r Gegner*in	5	1	5	0	3
Antifeminismus	3	0	0	1	4
Gesamt	753	590	650	1.146	963

Der Ort „Berlinweit“

Es gibt Vorfälle, die nicht einem Bezirk zugeordnet werden können. Dazu gehören Vorfälle, die an bestimmte Adressat*innen gerichtet sind, bei denen der Bezirk keinerlei Relevanz hat. Viele jüdische oder israelische Einrichtungen erhalten antisemitische E-Mails, Beleidigungen und Bedrohungen. Weil sie diese unerwünschten Zuschriften unabhängig von ihrem Standort erhalten, werden sie unter „Berlinweit“ erfasst. Der Anteil antisemitischer Vorfälle ist deshalb in der räumlichen Kategorie „Berlinweit“ sehr hoch. In dieser Kategorie werden zusätzlich Fälle aus Beratungsstellen erfasst, bei denen unklar ist, in welchem Bezirk sie stattgefunden haben. Ein Amt, das für alle Menschen mit

Behinderung in Berlin zuständig ist, befindet sich in Kreuzberg. Alle Diskriminierungsfälle, die mit diesem Amt zu tun haben, werden unter der Kategorie „Berlinweit“ erfasst, weil der Standort der Behörde nicht im Zusammenhang mit den Diskriminierungsfällen steht. Werden Abgeordnete des Bundestages oder des Abgeordnetenhauses in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht, werden diese Fälle nicht im Bezirk „Mitte“, sondern ebenfalls unter „Berlinweit“ erfasst. Inhaltlich sind diese Fälle unter „Politische*r Gegner*in“ zu finden.

Auch Vorfälle, die innerhalb Berlins stattfinden, die aber nicht lokal wirken, werden in der Kategorie „Berlinweit“ erfasst.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025	Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	24	19	24	25	29	Rassismus	121	80	75	113	145
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	52	46	63	77	94	Antisemitismus	47	48	83	70	93
Propaganda	154	123	178	132	211	LGBTIQ*-Feindlichkeit	9	15	27	26	34
Sachbeschädigung	6	6	18	14	25	Sozialchauvinismus	2	1	7	5	3
Strukturelle Benachteiligung	26	18	1	28	20	Behindertenfeindschaft	2	1	9	5	7
Veranstaltung	30	21	27	37	49	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	43	29	42	36	41
Sonstiges	0	1	36	0	0	Rechte Selbstdarstellung	37	46	60	29	26
Gesamt	292	234	347	313	428	Politische*r Gegner*in	28	12	41	25	73
						Antifeminismus	3	2	3	4	6
						Gesamt	292	234	347	313	428

Friedrichshain-Kreuzberg

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025	Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	44	36	62	58	87	Rassismus	124	80	116	152	194
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	60	57	88	106	144	Antisemitismus	49	27	123	245	202
Propaganda	297	174	175	317	350	LGBTIQ*-Feindlichkeit	27	29	58	55	61
Sachbeschädigung	15	13	11	31	22	Sozialchauvinismus	9	5	15	3	8
Strukturelle Benachteiligung	42	20	2	55	40	Behindertenfeindschaft	4	2	5	3	3
Veranstaltung	18	25	49	20	23	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	92	49	23	56	59
Sonstiges	13	1	20	0	0	Rechte Selbstdarstellung	103	96	41	24	26
Gesamt	489	326	407	587	666	Politische*r Gegner*in	81	37	25	49	105
						Antifeminismus	0	1	1	0	8
						Gesamt	489	326	407	587	666

Lichtenberg

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025	Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	27	18	18	32	39	Rassismus	193	160	151	204	212
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	48	59	68	81	113	Antisemitismus	35	15	18	20	28
Propaganda	595	411	390	542	673	LGBTIQ*-Feindlichkeit	17	28	44	50	47
Sachbeschädigung	25	14	31	19	21	Sozialchauvinismus	1	3	10	5	3
Strukturelle Benachteiligung	24	24	30	39	35	Behindertenfeindschaft	1	2	16	5	11
Veranstaltung	8	8	4	10	10	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	148	70	85	81	172
Sonstiges	5	0	1	0	0	Rechte Selbstdarstellung	165	139	94	126	94
Gesamt	732	534	542	723	891	Politische*r Gegner*in	165	109	111	214	316
						Antifeminismus	7	8	13	7	8
						Gesamt	732	534	542	723	891

Marzahn-Hellersdorf

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	11	9	21	15	27
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	26	29	46	63	61
Propaganda	164	290	440	951	844
Sachbeschädigung	11	16	11	5	6
Strukturelle Benachteiligung	10	7	5	14	17
Veranstaltung	19	13	8	4	15
Sonstiges	0	1	0	0	0
Gesamt	241	365	531	1.052	970

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	58	61	119	210	234
Antisemitismus	11	15	14	16	23
LGBTIQ*-Feindlichkeit	12	17	28	53	60
Sozialchauvinismus	0	4	1	1	0
Behindertenfeindschaft	1	0	1	1	1
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	50	60	131	220	222
Rechte Selbstdarstellung	68	155	153	237	163
Politische*r Gegner*in	38	51	82	309	266
Antifeminismus	3	2	2	5	1
Gesamt	241	365	531	1.052	970

Mitte

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	56	63	68	58	80
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	170	179	237	213	254
Propaganda	256	178	212	371	410
Sachbeschädigung	21	15	36	38	26
Strukturelle Benachteiligung	72	89	125	101	113
Veranstaltung	169	234	174	169	221
Sonstiges	0	0	3	0	0
Gesamt	744	758	855	950	1.104

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	307	262	340	278	420
Antisemitismus	148	101	174	360	307
LGBTIQ*-Feindlichkeit	24	42	82	57	58
Sozialchauvinismus	3	3	3	3	4
Behindertenfeindschaft	9	8	4	14	24
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	136	198	130	103	144
Rechte Selbstdarstellung	50	71	61	83	55
Politische*r Gegner*in	62	60	49	46	83
Antifeminismus	5	13	12	6	9
Gesamt	744	758	855	950	1.104

Neukölln

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	30	21	36	36	30
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	62	36	65	69	101
Propaganda	214	121	235	310	270
Sachbeschädigung	5	2	19	12	7
Strukturelle Benachteiligung	27	17	32	41	42
Veranstaltung	16	1	13	21	17
Sonstiges	0	3	0	0	0
Gesamt	354	201	400	489	467

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	99	62	81	86	152
Antisemitismus	67	24	106	197	120
LGBTIQ*-Feindlichkeit	17	22	41	52	46
Sozialchauvinismus	3	3	2	0	2
Behindertenfeindschaft	3	3	5	3	0
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	59	46	102	68	72
Rechte Selbstdarstellung	71	27	34	44	19
Politische*r Gegner*in	34	13	28	38	52
Antifeminismus	1	1	1	1	4
Gesamt	354	201	400	489	467

Pankow

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025	Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	27	28	21	22	35	Rassismus	102	104	109	96	142
Bedrohung/Beleidigung/Pöbele	51	45	49	61	95	Antisemitismus	49	54	42	65	46
Propaganda	241	290	264	437	390	LGBTIQ*-Feindlichkeit	11	14	34	42	45
Sachbeschädigung	7	6	17	43	14	Sozialchauvinismus	2	1	1	1	2
Strukturelle Benachteiligung	11	8	31	9	25	Behindertenfeindschaft	0	1	3	4	7
Veranstaltung	6	10	12	10	11	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	39	41	29	77	55
Sonstiges	0	0	0	0	0	Rechte Selbstdarstellung	95	120	128	153	148
Gesamt	343	387	394	582	570	Politische*r Gegner*in	44	52	45	139	123
						Antifeminismus	1	0	3	5	2
						Gesamt	343	387	394	582	570

Reinickendorf

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025	Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	8	10	6	11	11	Rassismus	38	56	72	110	151
Bedrohung/Beleidigung/Pöbele	29	24	39	28	29	Antisemitismus	9	2	9	10	5
Propaganda	44	41	106	134	199	LGBTIQ*-Feindlichkeit	11	16	19	16	21
Sachbeschädigung	6	2	4	8	5	Sozialchauvinismus	1	0	0	1	0
Strukturelle Benachteiligung	10	22	16	31	30	Behindertenfeindschaft	1	3	4	4	2
Veranstaltung	0	2	4	13	14	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	10	6	14	23	31
Sonstiges	0	1	0	0	0	Rechte Selbstdarstellung	13	12	37	32	27
Gesamt	97	102	175	225	288	Politische*r Gegner*in	13	7	17	27	50
						Antifeminismus	1	0	3	2	1
						Gesamt	97	102	175	225	288

Spandau

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025	Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	15	9	14	9	12	Rassismus	57	37	57	77	67
Bedrohung/Beleidigung/Pöbele	33	19	23	41	40	Antisemitismus	2	9	10	20	4
Propaganda	39	34	37	92	79	LGBTIQ*-Feindlichkeit	6	2	9	9	13
Sachbeschädigung	5	4	3	6	4	Sozialchauvinismus	0	0	2	0	0
Strukturelle Benachteiligung	18	9	23	25	14	Behindertenfeindschaft	4	2	1	1	2
Veranstaltung	2	5	0	0	1	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	9	15	5	24	40
Sonstiges	0	0	1	0	0	Rechte Selbstdarstellung	20	13	9	10	8
Gesamt	112	80	101	173	150	Politische*r Gegner*in	12	2	8	32	16
						Antifeminismus	2	0	0	0	0
						Gesamt	112	80	101	173	150

Steglitz-Zehlendorf

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	12	8	8	9	9
Bedrohung/Befeldigung/Pöbele	16	13	21	34	35
Propaganda	88	69	121	129	192
Sachbeschädigung	1	6	4	13	9
Strukturelle Benachteiligung	14	3	13	8	17
Veranstaltung	1	9	9	24	16
Sonstiges	1	1	0	0	0
Gesamt	133	109	176	217	278

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	51	26	65	91	94
Antisemitismus	15	11	19	41	37
LGBTIQ*-Feindlichkeit	7	7	7	12	20
Sozialchauvinismus	0	0	0	0	2
Behindertenfeindschaft	0	1	4	1	3
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	10	23	25	21	38
Rechte Selbstdarstellung	39	31	39	20	20
Politische*r Gegner*in	11	10	16	30	63
Antifeminismus	0	0	1	1	1
Gesamt	133	109	176	217	278

Tempelhof-Schöneberg

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	17	15	24	34	28
Bedrohung/Befeldigung/Pöbele	21	20	40	53	50
Propaganda	96	57	114	105	128
Sachbeschädigung	16	10	13	27	21
Strukturelle Benachteiligung	14	13	31	20	25
Veranstaltung	0	4	34	49	21
Sonstiges	0	1	0	0	0
Gesamt	164	120	256	288	273

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	34	42	78	67	79
Antisemitismus	33	14	31	86	59
LGBTIQ*-Feindlichkeit	10	15	41	37	50
Sozialchauvinismus	0	0	1	5	0
Behindertenfeindschaft	9	1	1	7	2
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	42	20	28	25	45
Rechte Selbstdarstellung	26	22	57	46	9
Politische*r Gegner*in	10	6	18	15	27
Antifeminismus	0	0	1	0	2
Gesamt	164	120	256	288	273

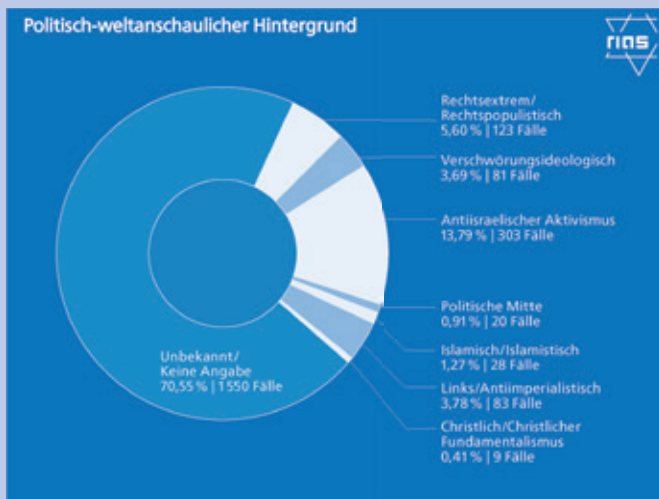
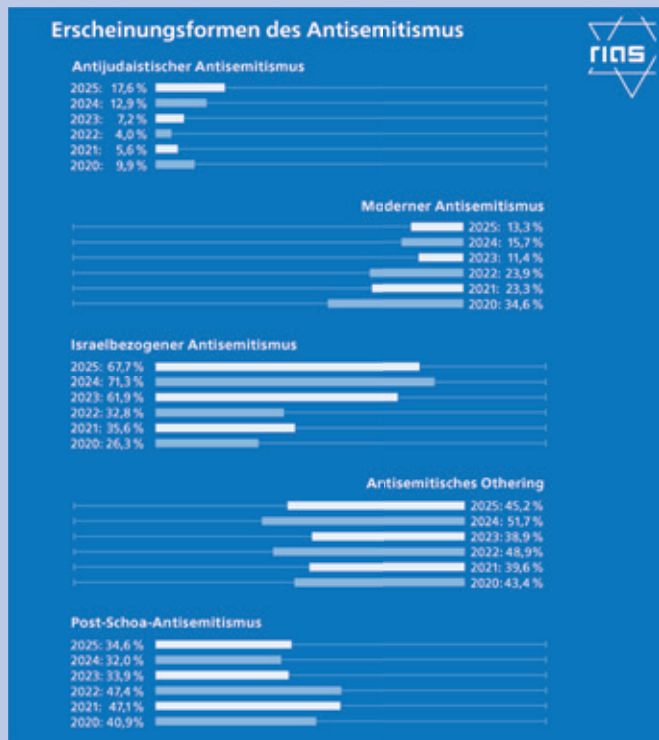
Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick

Arten	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Angriff	13	17	23	28	29
Bedrohung/Befeldigung/Pöbele	51	43	80	111	97
Propaganda	261	251	299	798	1.066
Sachbeschädigung	20	19	20	15	16
Strukturelle Benachteiligung	18	12	16	10	21
Veranstaltung	24	8	13	13	9
Sonstiges	0	0	0	0	0
Gesamt	387	350	451	975	1.238

Motive	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025
Rassismus	119	91	108	194	321
Antisemitismus	25	11	25	36	29
LGBTIQ*-Feindlichkeit	16	27	63	102	105
Sozialchauvinismus	0	1	3	3	0
Behindertenfeindschaft	1	0	3	1	2
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	78	97	89	107	134
Rechte Selbstdarstellung	88	76	74	154	175
Politische*r Gegner*in	60	47	81	372	464
Antifeminismus	0	0	5	6	8
Gesamt	387	350	451	975	1.238

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2025: Ein Überblick von RIAS Berlin



Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte 2025 insgesamt 2197 antisemitische Vorfälle in Berlin. Das sind ca. 13 % weniger Vorfälle als im Vorjahr, in dem RIAS Berlin 2521 Vorfälle bekannt wurden. Auch wenn weniger Vorfälle bekannt wurden, besteht das hohe Vorfallaufkommen im Vergleich zu den Jahren vor dem 7. Oktober 2023 fort. In den Jahren 2018 bis 2022 wurden durchschnittlich knapp 980 Vorfälle pro Jahr dokumentiert. Seitdem bewegt sich das jährliche Aufkommen dagegen im Bereich von über 1200 Vorfällen im Jahr 2023 bis über 2500 im Jahr 2024 und fast 2200 im Jahr 2025; diese Entwicklung weist auf eine anhaltende Niveauverschiebung hin.

RIAS Berlin dokumentierte 2025 einen Fall extremer Gewalt, 39 Angriffe, 63 gezielte Sachbeschädigungen, 41 Bedrohungen und 2004 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter 239 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen sowie 49 Massenzuschriften.

2025 wurde ein Fall extremer Gewalt bekannt, bei dem das Opfer – ein Tourist, der sich auf dem Stelenfeld des Denkmals für die ermordeten Juden Europas aufhielt – einen Mordversuch nur knapp überlebte. Ein junger Mann, der auf dem Gelände Jüdinnen_Juden vermutete, stach ihm von hinten ein Messer in den Hals. Neben diesem Fall extremer Gewalt wurden dem Projekt 39 antisemitische Angriffe bekannt. Betroffene wurden u. a. geschlagen, geschubst, angespuckt festgehalten; in einem Fall wurde einer Person, die zuvor als „Jude“ beschimpft worden war, Reizgas ins Gesicht gesprüht. Alltägliche Situationen wie U-Bahn- oder Taxifahrten, Konzert- oder Café-Besuche wurden für Betroffene von Antisemitismus oft plötzlich und unvermittelt bedrohlich, z. B. nachdem sie als jüdisch oder israelisch erkannt, adressiert oder wahrgenommen worden waren. Als Reaktion auf die antisemitischen Erlebnisse berichteten verschiedene Betroffene, dass sie u. a. zunehmend vermieden, als jüdisch erkennbare Symbole oder Kleidungsstücke sichtbar zu tragen. Die Aushandlung des Verhältnisses von Sichtbarkeit und Sicherheit stellte bereits vor dem 7. Oktober 2023 für viele Jüdinnen_Juden eine alltägliche Herausforderung dar. Seitdem hat sich diese Belastung durch enthemmteren und offener artikulierten Antisemitismus weiter verschärft.

Israelbezogener Antisemitismus dominierte auch 2025 das Vorfalleschehen. Die Erscheinungsform trat wie in den Vorjahren in mehr als 70 % der Fälle gemeinsam mit anderen Erscheinungsformen auf. Besonders verbreitet waren 2025 Gleichsetzungen von Jüdinnen_Juden, des Zionismus oder von Israel mit dem Nationalsozialismus. Das Feindbild „Zionismus“, das seit dem 7. Oktober 2023 deutlich präsenter geworden ist, war 2025 noch stärker verbreitet als im Vorjahr. Schon länger gebräuchliche Wortschöpfungen wie „ZioNazis“, die Zionismus und Nationalsozialismus gleichsetzen, sprachen Jüdinnen_Juden pauschal die Legitimität ihrer Nationalbewegung ab. Auf 239 Versammlungen wurden antisemitische Vorfälle dokumentiert, d. h. es wurden antisemitische Parolen gerufen, Transparente oder Schilder mit antisemitischen Schriftzügen oder Bildern gezeigt oder antisemitische Inhalte in Redebeiträgen geäußert. In keinem Jahr hat RIAS Berlin bislang so viele Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen verzeichnet wie 2025.

Wie bereits 2024 wurden auch 2025 die meisten antisemitischen Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet werden konnten, dem antiisraelischen Aktivismus zugewiesen (303). Hier ist das Versammlungsgeschehen von zentraler Bedeutung: 179 Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorkommnissen kam, waren diesem Milieu zuzuordnen.

Dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum wurden 2025 123 Vorfälle zugeordnet; 2024 waren es 108. Bei den Vorfällen handelte es sich vor allem um antisemitische Schmierereien und Aufkleber, die z. B. vermehrt in Marzahn-Hellersdorf verzeichnet wurden. Dort wurden 17 von 32 Vorfällen diesem Spektrum zugewiesen.

Kontakt:

RIAS Berlin c/o VDK e.V.

Postfach 670 108, 10207 Berlin

Mail: info@rias-berlin.de

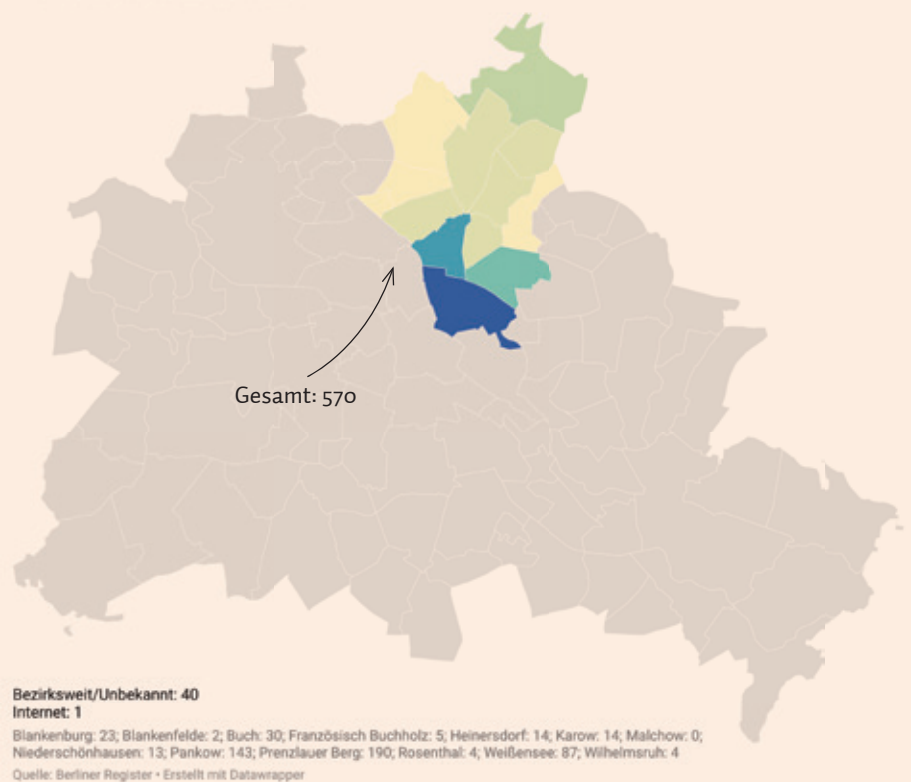
Web: <https://report-antisemitism.de>

Pankow

Mit über 410.000 Einwohner*innen ist Pankow der bevölkerungsreichste Bezirk Berlins. Besonders die Ortsteile Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow-Zentrum prägen das urbane Gesicht des Bezirks. Sie zeichnen sich durch eine hohe Bevölkerungsdichte, eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie wichtige Umsteigeknoten aus, darunter der Antonplatz in Weißensee. Zugleich bieten sie ein vielfältiges kulturelles und gastronomisches Angebot: Cafés, Restaurants, Kneipen und zahlreiche Kulturorte sorgen für ein lebendiges Leben weit über die Tagesstunden hinaus. Nördlich dieser urbanen Zentren schließen sich zehn weitere Ortsteile an, die eher suburban geprägt sind. Hier nimmt die Bevölkerungsdichte ab, die Siedlungsstrukturen sind aufgelockert und auch die soziale Infrastruktur ist weniger dicht ausgebaut als in den zentralen Quartieren des Bezirks.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Pankow

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025



„D3.W“ (Der III. Weg)-Schriftzug

1161-Schriftzug („Anti-Antifa“)



Kontakt: Pankower Register

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle
gegen Rechtsextremismus, für
Demokratie und Vielfalt
Fehrbelliner Straße 92
10119 Berlin

Tel.: 0176 - 10 01 14 56
Mail: pankow@berliner-register.de
Mastodon: @pankowerregister
@mastodon.social

Pankower Register 2025: Diskriminierende Vorfälle bleiben auf hohem Niveau

Trotz eines leichten Rückgangs der Gesamtzahl dokumentierter Vorfälle bleibt die Lage in Pankow besorgniserregend. Das Pankower Register erfasste 2025 insgesamt 570 Vorfälle und damit drei Prozent weniger als im Vorjahr (588). Gleichzeitig zeigen zentrale Entwicklungen, dass menschenfeindliche Einstellungen und demokratiegefährdende Tendenzen weiterhin sichtbar sind. Besonders auffällig sind steigende Zahlen bei Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffen.

Die Zahl der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien stieg deutlich auf 95 Vorfälle. 2024 waren es noch 63, 2023 lediglich 51. Auch Angriffe nahmen zu: Von 23 Fällen im Jahr 2024 stieg die Zahl auf 35 im Jahr 2025.

Diese Entwicklung kann als Ausdruck gesellschaftlicher Polarisierung verstanden werden, die zunehmend in den Alltag hineinwirkt. Dass viele Vorfälle bislang nicht in schwerere Gewalttaten münden, darf nicht beruhigen. Vielmehr verdeutlicht der Anstieg von Bedrohungen die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen und einer wachsenden Stadtgesellschaft.

Höchststand bei rassistischen Vorfällen

Ein besonderes Warnsignal ist die Entwicklung im Bereich Rassismus. Das Pankower Register verzeichnete 2025 die höchste Zahl rassistischer Vorfälle seit Beginn der Erfassung im Jahr 2005 (142 Vorfälle).

Von 35 dokumentierten Angriffen waren 21 rassistisch motiviert. Auch bei den registrierten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien entfielen 50 Vorfälle auf rassistische Motive.

Im öffentlichen Raum wurden wiederholt Parolen wie „Remigration“, „Abschieben“ oder „Deutschland den Deutschen“ verbreitet. Diese Botschaften fanden sich vor allem auf Aufklebern und Schmierereien und waren teilweise mit rechtsextremen Symbolen und Codes verbunden. Antiziganismus bildete mit 23 Vorfällen die größte Unterkategorie innerhalb rassistischer Vorfälle.

Für viele Betroffene führt die dauerhafte Präsenz solcher Botschaften zu Verunsicherung und Ausgrenzung. Um dem entgegenzuwirken, beteiligte sich das Register an den Pankower Wochen gegen Rassismus und baute seine Anlaufstellen

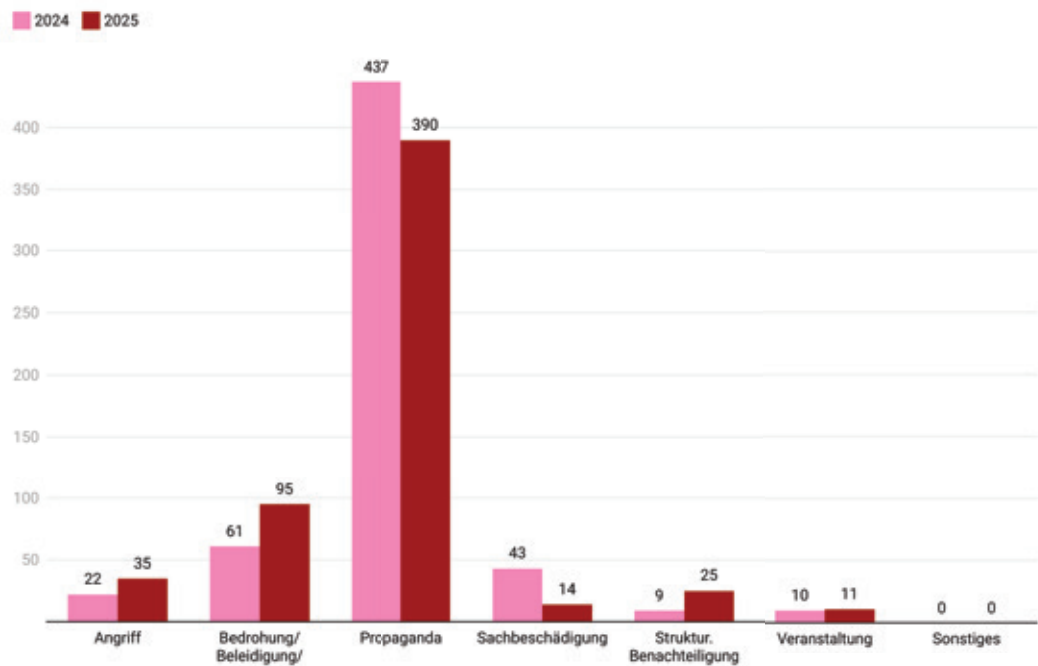
unter anderem in Berlin-Buch und Blankenburg aus.

Pankower Norden im Fokus: Extrem rechte Jugendgruppen

Während die Vorfallzahlen in Karow und Französisch Buchholz zurückgingen, wurden in Buch, Blankenburg und Heinersdorf mehr Vorfälle registriert. Neben einer verbesserten Meldestruktur spielte die anhaltende Präsenz rechtsextremer Propaganda eine wichtige Rolle.

Besonders häufig wurden Aufkleber und Schmierereien mit rassistischen, antisemitischen und LGBTIQ*-feindlichen Inhalten dokumentiert. In Blankenburg stiegen zudem Bedrohungen und Beleidigungen deutlich an. Schwerpunkte lagen rund um den S-Bahnhof, die Bahnhofstraße und weitere stark frequentierte Alltagsorte.

Art der Vorfälle Pankow



Erstellt mit Datawrapper

12. April 2025

Gegen Mitternacht werden zwei Personen am Hamburger Platz in Weißensee von einem Autofahrer wegen ihrer vermeintlich linken Gesinnung verfolgt, beleidigt, bedroht und gefilmt. Der Autofahrer wurde nochmal vor einem Hausprojekt gesehen.

Quelle: Pankower Register

6. Mai 2025

In Prenzlauer Berg griff eine Gruppe von etwa 15 bis 20 Personen zwei

21-jährige Personen mit LGBTIQ*-feindlicher Motivation an. Zunächst wurden die beiden beleidigt, anschließend mit Gegenständen beworfen.

Quelle: Amadeu Antonio Stiftung

16. Mai 2025

Eine Gruppe Jugendlicher rief in der Schäferstege in Blankenburg „Heil Hitler“ und „Mein Führer“ und zeigte den Hitlergruß.

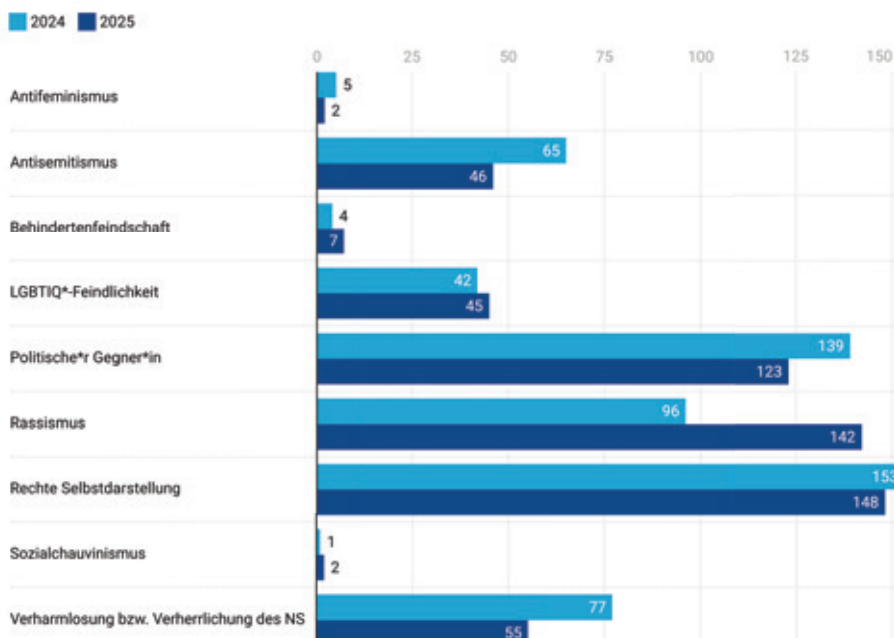
Quelle: Pankower Register

24. Mai 2025

Auf einem Markt im Kollwitzkiez in Prenzlauer Berg wurde eine Person antisemitisch von einem Standbetreiber beschimpft, nachdem dieser erfahren hatte, dass sie jüdisch ist.

Quelle: RIAS Berlin

Motiv der Vorfälle in Pankow



Erstellt mit Datawrapper

Zunehmend sichtbar wurden auch Aktivitäten rechtsextremer Jugendgruppen. Insgesamt nahm das Register 66 Vorfälle, bei denen Jugendliche aus dem extrem rechten Spektrum als Akteur*innen auftraten. Besonders aktiv war die Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ der neonazistischen Partei „Der III. Weg“, mit Hauptfokus in Pankow-Zentrum. Darüber hinaus waren Gruppierungen wie „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) oder ähnliche in Buch und Blankenburg präsent.

Queeres und jüdisches Leben weiterhin unter Druck

Auch LGBTIQ*-feindliche Vorfälle nahmen leicht zu. Registriert wurden vier Angriffe, 14 Bedrohungen und sechs Sachbeschädigungen. Hinzu kamen zahlreiche Propagandadelikte. Besonders im Prenzlauer Berg kam es zu Übergriffen und Einschüchterungen, die queeres Leben im öf-

fentlichen Raum beeinträchtigten. Die Zahl antisemitischer Vorfälle lag zwar unter dem Höchststand des Vorjahres – Entwarnung gibt es jedoch nicht. Antisemitische Aufkleber, Schmierereien, Beleidigungen und Bedrohungen blieben weiterhin präsent. Insgesamt wurden 13 antisemitische Bedrohungen sowie zwei Sachbeschädigungen dokumentiert. Die Jahresauswertung 2025 zeigt damit ein eindeutiges Bild: Es braucht in der aktuellen gesellschaftlichen Situation eine engagierte Zivilgesellschaft, starke lokale Netzwerke sowie eine entschlossene Politik und Verwaltung, die Demokratie und Menschenrechte im Bezirk aktiv schützen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Pankow können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



9. Juni 2025

Eine Frau wurde vor ihrer Haustür auf der Straße in Prenzlauer Berg von einem Nachbarn rassistisch beleidigt und von ihrem Fahrrad gestoßen, wodurch sie mehrere Knochenbrüche erlitt.

Quelle: Reachout

21. August 2025

Eine junge Frau wurde in der Neumannstraße in Pankow von einem Mann bedroht und beleidigt. Der

Mann rief unter anderem „Zecke“, eine Abwertung für Antifas, Punks und Andersdenke, sowie: „Wenn ich dich hier nochmal sehe, bring ich dich um!“

Quelle: Berliner Register via Signal

9. Dezember 2025

Im Aufzug am S-Bahnhof Schönhauser Allee gab es eine körperlichen Angriff gegen eine Person mit Rollator. Nachdem bereits eine Person mit Fahrrad in den Aufzug eingestiegen war, versuchte eine weitere Person

ebenfalls einzusteigen und schubste die betroffene Person trotz des begrenzten Platzes im Aufzug aggressiv. Dabei kam es zu aggressiven Äußerungen. Als die betroffene Person reflexartig eine Abwehrbewegung machte, wurde sie geschlagen. Trotz mehrfacher Hilferufe und eines belebten Bahnsteigs griff niemand ein. Um weiterer Gewalt zu entkommen, verließ die betroffene Person den Aufzug.

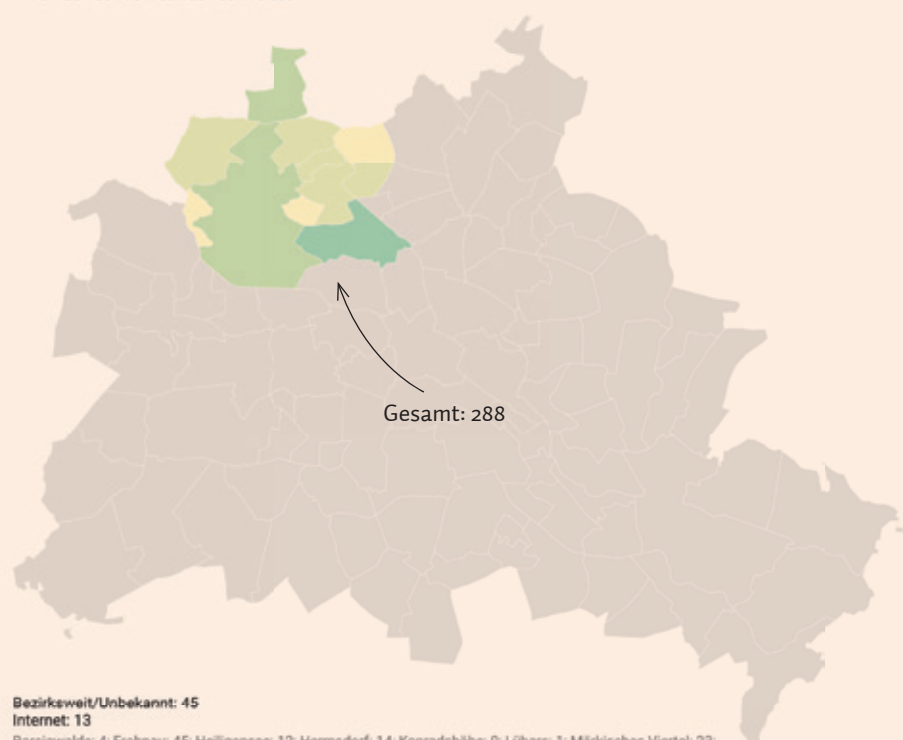
Quelle: Meldeformular Berliner Register

Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf verfügt über eine große Fläche und 11 Ortsteile, aber nur knapp 260.000 Einwohner*innen. Im Bezirk liegen neben dem Tegeler See und Forst auch das Naturschutzgebiet Tegeler Fließ. Reinickendorf ist durch ein großes soziales Gefälle geprägt. In Teilen des Ortsteils Reinickendorf und im südlichen Tegel sowie in den Großwohnsiedlungen ist die Zahl der Betroffenen von Kinderarmut und Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die Einfamilienhausgegenden an der Havel im Westen und im Norden zählen zu den wohlhabenden Gegenden Berlins. Der Reinickendorfer Kreisverband der Neonazi-Partei „Die Heimat“ ist der beständigste in den Westberliner Bezirken.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Reinickendorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025



Bezirkswelt/Unbekannt: 45
Internet: 13

Borsigwalder: 4; Frohnau: 45; Heiligensee: 12; Hermsdorf: 14; Konradshöhe: 0; Lößbars: 1; Märkisches Viertel: 23; Reinickendorf: 58; Tegel: 41; Waldmannslust: 20; Wittenau: 12

Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Grabschändung in Heiligensee



Flyer der Neonazipartei „Die Heimat“



Kontakt:

Register Reinickendorf

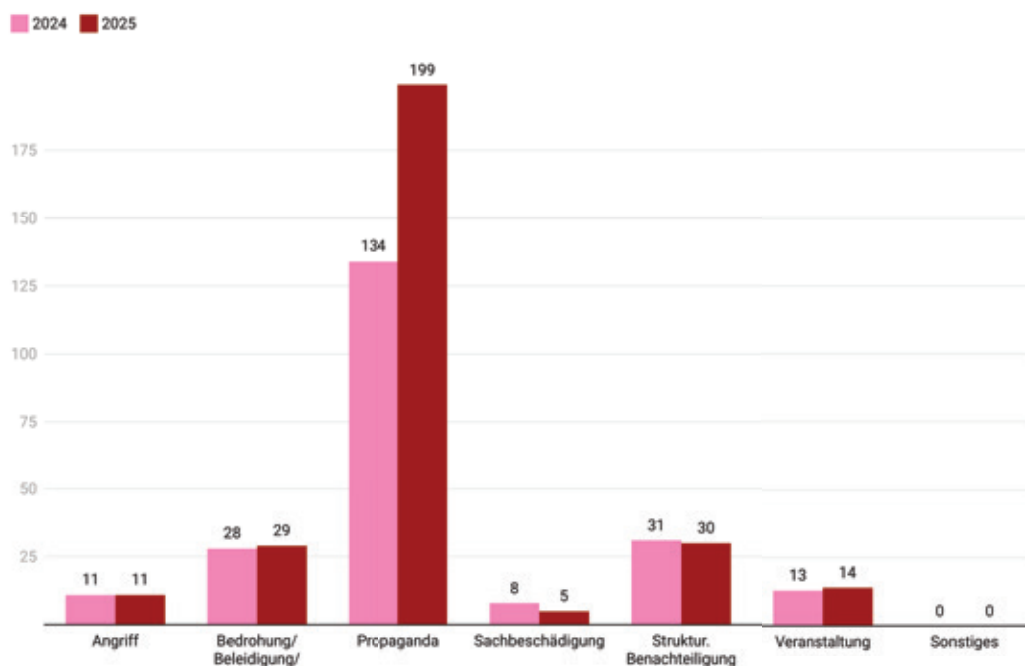
Stiftung SPI
Belforter Straße 20
10405 Berlin

Tel.: 0152 - 02 82 45 37
Mail: register-rd@lvs.stiftung-spi.de
Bluesky: [@rdregister.bsky.social](https://bsky.social/@rdregister)
Instagram: [@Register.Reinickendorf](https://www.instagram.com/Register.Reinickendorf)

Das Register Reinickendorf dokumentierte im Jahr 2025 insgesamt 288 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle – 63 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der dokumentierten Vorfälle erreichte damit einen örtlichen Höchststand. Mit dieser Vorfallaanzahl ähnelt Reinickendorf anderen West-Berliner Randbezirken wie Tempelhof-Schöneberg. Sie alle liegen deutlich unter den Vorfallaanzahlen der östlichen und der innerstädtischen Bezirke.

In Reinickendorf zeichnete sich das letzte Jahr vor allem durch einen Anstieg extrem rechter Propagandameldungen aus. 199 aller Vorfälle waren Sticker, Flyer und Schmierereien mit überwiegend rassistischen Motiven (41 Prozent der dokumentierten Fälle). Besonders deutlich zeigt sich die Entwicklung in Frohnau: Dort verdoppelten sich die Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr. Ein Grund dafür ist die Zunahme neonazistischer Propaganda, insbesondere durch „Der III. Weg“ und seine Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“. Rund um die Renée-Sintenis-Grundschule wurden beispielsweise etwa 20 Aufkleber der Organisationen entdeckt und entfernt. Gleichzeitig stieg in Frohnau die Zahl der Meldungen durch regelmäßige Melder*innen von zehn im Jahr 2024 auf 30 im Jahr 2025. Der Anstieg der dokumentierten Vorfälle dürfte daher sowohl mit einer stärkeren Präsenz entsprechender Propaganda als auch mit einer höheren Meldebereitschaft zusammenhängen.

Art der Vorfälle Reinickendorf



Erstellt mit Datawrapper

Auch in bisher weniger betroffenen Orten wie Heiligensee, Hermsdorf und Waidmannslust wurden deutlich mehr Vorfälle dokumentiert als im Vorjahr. Insgesamt zeigt sich damit, dass extrem rechte Propaganda 2025 nicht nur an zentralen Orten, sondern auch in ruhigeren Wohngebieten und im Umfeld von Schulen und Jugendeinrichtungen sichtbar war. Ein besonders gravierender Vorfall ereignete sich auf dem Friedhof Heiligensee: Dort wurden 41 Grabsteine, vier Parkbänke, ein Brunnen, eine Kapellentür sowie Baugeräte mit Nazisymbolen wie Hakenkreuze und dem Schriftzug „NSDAP“ beschmiert. Die Schmierereien an einem Friedhof und an Grabstätten greifen nicht nur einzelne Personen an, sondern beschädigen zugleich einen Ort des Gedenkens und der Erinnerung.

Feindbild politische Gegner*innen etabliert sich

Die Dokumentation des Registers Reinickendorf zeigt, wie sich rechte Ideologie ausbreitet und über das extrem rechte Lager hinaus Anhänger*innen findet. Politische Geschehnisse wie die internationale Verbotsdebatte über „die Antifa“ zeigten sich auch in Reinickendorf: Politische Gegner*innen der extremen Rechten werden immer häufiger als Feindbild markiert. Entsprechende Propagandavorfälle wurden fast doppelt so häufig dokumentiert wie im Vorjahr. Neben Stickern gegen Antifaschist*innen wurden beispielsweise auch Schmierereien mit dem Zahlencode „1161“ dokumentiert, der für „Anti-Antifa“ steht.

Im berlinweiten Vergleich gab es in Reinickendorf nur wenige Angriffe (11; 2024: 11)

Beispielvorfälle

15. Januar 2025

Auf dem Friedhof Heiligensee beschmierten Unbekannte 41 Grabsteine, vier Parkbänke, einen Brunnen, eine Kapellentür mit Nazisymbolen. Sie brachten unter anderem Hakenkreuze und den Schriftzug „NSDAP“ an. Der Bezirk erstattet Anzeige.

Quelle: Bündnis Reinickendorf gegen Rechts, rbb Abendschau 15.01.2025

11. Februar 2025

Ein zwölfjähriges Schwarzes Mäd-

chen wurde von einem anderen Kind rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Die beiden waren Mitschüler*innen, der Vorfall fand aber außerhalb der Schule statt.

Quelle: NARUD e.V.

11. März 2025

Ein Schwarzer Schüler einer Schule wurde von einer Lehrkraft geschlagen, nachdem er rassistische Beleidigungen gegen ihn gemeldet hatte.

Quelle: EOTO / Each One Monitoring

5. April 2025

Vor dem S-Bahnhof Hermsdorf in Reinickendorf versammelte sich etwa ein Dutzend junger Neonazis, um die Kundgebung „Hermsdorf steht vereint für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ zu stören. Sie trugen eine Reichssturmflagge. Einige hatten Springerstiefel an. Sie zeigten das „White Power“-Handzeichen und formten mit Fingern ein Symbol für „Heil Hitler“. Sie riefen: „Bambule, Randle, Rechtsradikale“.

Quelle: Register Reinickendorf

sowie Beleidigungen und Bedrohungen (29; 2024: 28): Hier blieben die Zahlen im Vergleich zu den Vorjahren auf konstantem Niveau. Der Anstieg bei der Propaganda zeigt sich somit insbesondere in der öffentlichen Markierung politischer Gegner*innen.

Rassismus weiterhin häufigstes Motiv

Knapp über die Hälfte aller vom Register im Jahr 2025 dokumentierten Vorfälle fanden aus rassistischer Motivation statt – berlinweit ist das der höchste Anteil an Rassismus bei Vorfällen. Sowohl die gemeldeten Vorfälle von anti-Schwarzem Rassismus als auch antimuslimischem Rassismus haben sich jeweils im Vergleich zum Vorjahr ungefähr verdoppelt: Schwarze Menschen meldeten vor allem strukturelle Benachteiligungen. Bei antimuslimischem Rassismus waren die meisten Vorfälle Propaganda. Ein häufiges

Propaganda-Motiv ist zudem das der rassistischen Forderung nach „Remigration“.

Extrem rechte Aktivitäten auf konstantem Niveau

Der Reinickendorfer Ableger der Neonazi-Partei „Die Heimat“ ist der aktivste in Westberlin. 2025 wurden 25 Propaganda-Vorfälle im Zusammenhang mit der Neonazi-Partei dokumentiert. Darüber hinaus wurden einzelne Propagandavorfälle im Zusammenhang mit „Der III. Weg“, der „Nationalrevolutionären Jugend“, „Jungen Nationalisten“ und extrem rechten Versandhändlern gemeldet, was eher gegen organisierte Strukturen spricht, da z. B. „Der III. Weg“ und „Die Heimat“ oft in Konkurrenz zueinander auftraten.

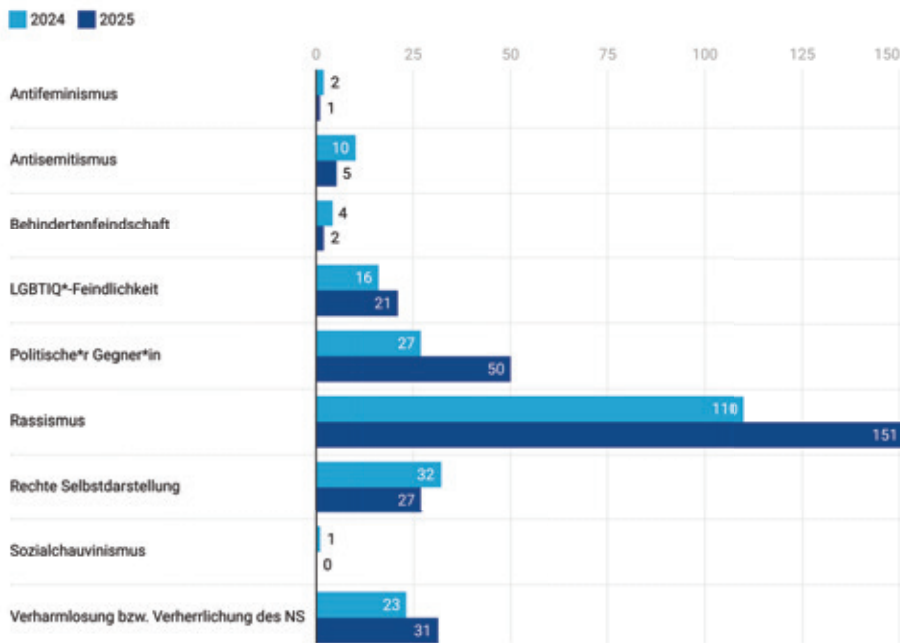
Insgesamt gibt es in Reinickendorf keine Hinweise auf eine größere Zahl organisierter neonazistischer Strukturen. Die

dokumentierten Vorfälle zeigen jedoch, dass unterschiedliche extrem rechte Akteur*innen und Inhalte im öffentlichen Raum präsent sind. Generell wurde die Propaganda häufig in der Nähe von Schulen und Jugendeinrichtungen dokumentiert – dies passt zur extrem rechten Strategie, gezielt junge Menschen anzusprechen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Reinickendorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Motiv der Vorfälle in Reinickendorf



Erstellt mit Datawrapper

21. Oktober 2025

In der Hainbuchenstraße wurden rassistische Flugblätter der Neonazi-Partei „Die Heimat“ in Briefkästen eingeworfen. Hauptthema des Flugblatts waren Tötungsdelikte mit Messern oder Autos als Tatwaffen. Männliche Migranten wurden pauschal für den vermeintlichen Anstieg dieser Taten verantwortlich gemacht und die Art der Taten als der deutschen Kultur fremd dargestellt. Vermeintliche Täter wurden als „Krimigranten“ abgewertet,

einem Kofferwort aus „Kriminellen“ und „Migranten“. Auch Personen mit deutschem Pass wurde abgesprochen deutsch zu sein, da ihnen die „ethnische Herkunft“ fehle.

Quelle: Register Reinickendorf

12. November 2025

Vor der Bertha-von-Suttner-Schule in der Reginhardstraße in Reinickendorf verteilten Unbekannte ein rassistisches Flugblatt. Es erweckte den falschen Anschein, im Namen des

Bundesinnenministeriums und Bundesamts für Migration und Flüchtlinge verfasst worden zu sein. Darin wurden vermeintlich ausländische Personen adressiert und ihre Abschiebung nach Uganda angekündigt. Migrant*innen wurden als pauschale Gefahr für die Gesellschaft dargestellt.

Quelle: Register Reinickendorf

Unabhängige Beschwerdestelle für obdach- und wohnungslose Menschen

Seit Mai 2025 hat die **Union für Obdachlosenrechte Berlin** das Projekt einer unabhängigen Beschwerdestelle für obdach- und wohnungslose Menschen in Kooperation mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte e. V. und mit Förderung der Robert Bosch Stiftung umgesetzt. Über ein Jahr hinweg wurden Beschwerden von wohnungs- und obdachlosen Menschen systematisch erfasst, dokumentiert und ausgewertet. Insgesamt wurden 85 Beschwerden gesammelt; 74 Fälle wurden dabei als auswertbar eingestuft.

Die Ergebnisse zeigen deutlich: Die bestehenden Beschwerdestrukturen im Land Berlin – die LADG-Ombudsstelle, der Bürger- und Polizeibeauftragte sowie die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBs) – reichen für die komplexen Beschwerdelagen und Lebensrealitäten wohnungs- und obdachloser Menschen nicht aus. In rund zwei Dritteln der ausgewerteten Fälle überschneiden sich mehrere Zuständigkeiten und viele Beschwerden betreffen gleichzeitig unterschiedliche Behörden, Einrichtungen oder Rechtsbereiche. In der Praxis führt dies häufig zu

Weiterverweisungen, ohne dass eine Stelle die Gesamtverantwortung übernimmt. Das dadurch entstehende „Behörden-Pingpong“ birgt die Gefahr, dass Anliegen nicht abschließend bearbeitet werden und Betroffene im System verloren gehen.

Unsere zentrale Erkenntnis lautet daher: Die vorhandenen Stellen bearbeiten jeweils nur Teil-Fragen. Was fehlt, ist eine unabhängige Instanz, die den Gesamtfall koordiniert, Verantwortung übernimmt und Betroffene kontinuierlich begleitet. Die bereits 2018 vom Arbeitskreis Wohnungsnot, dem Flüchtlingsrat Berlin und der bundesweiten Selbstvertretung wohnungsloser Menschen erhobene Forderung nach einer Beschwerdestelle für alle Wohnungsnotfälle ist daher aktueller denn je. Eine wirksame Beschwerdestelle darf keine reine Dokumentations- oder Verweisstruktur sein.

Sie braucht insbesondere:

- vertrauensbasierte Zugänge und Peerarbeit
- aufsuchende, niedrigschwellige Erreichbarkeit

- Schutz- und Unterstützungsfunktionen für Betroffene
- juristische Anbindung und Durchsetzungsmöglichkeiten
- verbindliche Schnittstellen zu Behörden und Einrichtungen
- die Fähigkeit, strukturelle Missstände sichtbar zu machen und zu adressieren

Aus unseren Erkenntnissen ergibt sich die klare Notwendigkeit, in Berlin eine unabhängige Beschwerdestelle für alle Wohnungsnotfälle einzurichten – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Die neue Beschwerdestelle soll die vorhandene Lücke füllen, bestehende Strukturen dabei nicht ersetzen, sondern verbindlich mit ihnen kooperieren. Unsere These dabei lautet: „Nicht der Verbund ist die Beschwerdestelle – die Beschwerdestelle braucht einen funktionierenden Verbund“.

Kontakt:

Union für Obdachlosenrechte Berlin
E-Mail: info@ufo-berlin.org
Website: <https://ufo-berlin.org>

Interview mit QUEERHOME*

„Queer in Berlin – akut von Obdachlosigkeit bedroht“

Queerfeindlichkeit am Wohnungsmarkt – was heißt das für queere Menschen in Berlin?

Für LSBTIQ* Menschen ist der angespannte Wohnungsmarkt besonders hart. Laut einer Studie des Berliner Senats von 2024 sind bis zu 10.000 LSBTIQ* Menschen in Berlin wohnungslos. Rund 800 Menschen wenden sich jährlich an QUEERHOME*, Tendenz steigend. Ein Sechstel von ihnen ist akut von Obdachlosigkeit bedroht oder lebt bereits auf der Straße. Eine queere Notunterkunft gibt es in Berlin nicht, lediglich 55 queersensible ASOG-Unterkunftsplätze stehen bereit.

Haben queere Geflüchtete es besonders schwer?

Ja, dreißig Prozent der Ratsuchenden bei QUEERHOME* haben einen Flucht- oder Migrationshintergrund oder erfahren Rassismus. Viele leben jahrelang in Mehrbettzimmern von Flüchtlingsunterkünften, obwohl sie von ihrer Flucht traumatisiert sind. Fehlende Sprachkenntnisse bei den Hilfsorganisationen erschweren die Wohnungssuche. Besonders Menschen ohne gesicherten Aufenthalt oder EU-Bürger*innen, die noch keine fünf Jahre in Berlin leben, haben kaum Unterstützung. Wenn Geflüchtete das Asylverfahren durchlaufen haben, ist die Situation etwas besser.

Wie genau hilft QUEERHOME*?

QUEERHOME* berät wohnungslos und von Wohnungsnot bedrohte LSBTIQ*. Das gute Netzwerk des Projekts ermöglicht schnelle und konkrete Hilfe. Daher gehören auch Netzwerkarbeit und Workshops dazu.

Kontakt:

QUEERHOME*
Geusenstraße 2,
10317 Berlin

Website: <https://queerhome.de>
E-Mail: queerhome@sonntags-club.de

Spandau

Der Bezirk Spandau liegt im Westen Berlins und umfasst neun Ortsteile. Mit knapp 250.000 Einwohner*innen hat Spandau die geringste Einwohnerzahl aller Berliner Bezirke. Gleichzeitig leben dort viele Menschen mit Migrationshintergrund, mit und ohne deutschem Pass. Zudem gibt es dort neun Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete und eine Aufnahmeeinrichtung. Der Ortsteil Spandau selbst verfügt über mehrere Gedenkorte und ist ein zentraler Verkehrs- und Begegnungsort mit dem Fern- und S+U-Bahnhof, Bushaltestellen sowie dem Rathausplatz. Staaken und das Falkenhagener Feld sind vor allem von ihren Hochhaussiedlungen geprägt, während Kladow und Gatow viele Einfamilienhäuser aufweisen. In Spandau leben viele armutsgefährdete Menschen. Eine organisierte Neonaziszene ist zurzeit nur im benachbarten Havelland bekannt.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Spandau

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025



Bezirksweit/Unbekannt: 16
Internet: 1

Falkenhagener Feld: 5; Gatow: 1; Hakenfelde: 11; Haselhorst: 9; Kladow: 6; Siemensstadt: 5; Spandau: 61; Staaken: 30; Wilhelmstadt: 5
Quelle: Berliner Register - Erstellt mit Datawrapper

Neonazischriftzüge am Ritterfelddamm



Neonaziaufkleber am Lutherplatz



Kontakt: Registerstelle Spandau

GIZ gGmbH
Reformationsplatz 2
13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781 723
0151 - 2711 6547
(Signal, Telegram)

Mail: register.spandau@giz.berlin

In Spandau wurden 150 Vorfälle im Jahr 2025 dokumentiert, im Vorjahr waren es 177. Dieser Rückgang ist unter anderem auf ein geringeres Meldernetzwerk zurückzuführen, was sich besonders bei weniger gemeldeten antisemitischen Vorfällen zeigte. Mehrmalige Personalwechsel in der Registerstelle erschwerten die Netzwerkarbeit zudem. Insgesamt werden in Spandau im berlinweiten Vergleich die wenigsten Vorfälle registriert. Ein Grund hierfür sind die im Vergleich zu anderen Bezirken gering vernetzte und mobilisierte Spandauer Zivilgesellschaft. Außerdem sind trotz der höheren Zahl an NS-verharmlosenden bzw. -verherrlichenden Vorfällen keine organisierten Neonazigruppen in Spandau bekannt.

NS-Verharmlosung und Verherrlichung mit starkem Zuwachs

Auffällig ist der Anstieg der Vorfälle mit dem zweithäufigsten Motiv NS-Verharmlosung bzw. -Verherrlichung (2025: 40; 2024: 24). 2025 wurde der höchste Wert seit 2019 dokumentiert. Dieser Anstieg geschah auch in anderen Berliner Bezirken. Neonazistische Symbole breiten sich in der Gesellschaft aus. In Spandau zeigte sich das bei wiederkehrenden Meldungen aus Staaken. Dort gab es eine ganze Serie von Hakenkreuzen in verschiedenen Häusern, die alle paar Tage entfernt und dann erneuert wurden. Diese Entwicklung gilt es künftig zu begleiten und zurückzudrängen.

Propaganda war wie im Vorjahr die mit Abstand häufigste Vorfallart. Fast die

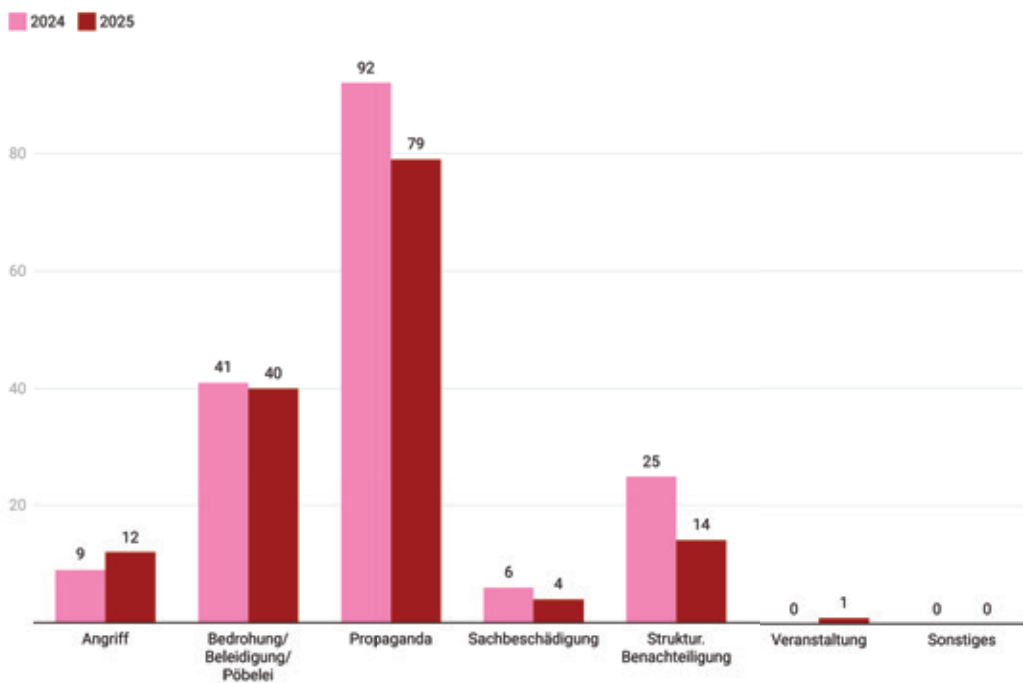
Hälfte der Propaganda-Vorfälle hatte NS-bezogene Slogans, gefolgt von rassistischen und gegen die politische Gegner*innen der extremen Rechten gerichteten Inhalten. Bei den rassistisch motivierten Propaganda-Vorfällen war der rassistische Begriff „Remigration“ im Jahr 2025 häufiger präsent (2025: 7; 2024: 3). Die zweithäufigste Vorfallart waren erneut Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2025: 40; 2024: 44), bei denen Rassismus wieder das häufigste Motiv war.

Was sich gegenüber dem Vorjahr veränderte

Wie im Vorjahr war Rassismus auch insgesamt das häufigste Motiv (2025: 67; 2024: 81), wobei weniger Vorfälle gemeldet wurden. Antimuslimische und antischwarze Vorfälle blieben nahezu gleich (2025: 15; 2024: 14). Antiziganistische Vorfälle blieben auf niedrigem Niveau (2025: 6; 2024: 4). Vorfälle von rassistisch motivierter struktureller Benachteiligung zeigten einen deutlichen Rückgang (2025: 13; 9 %, 2024: 24; 14 %). Bei strukturellen Benachteiligungen ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da Betroffene Vorfälle aus Angst vor Nachteilen häufig nicht melden. Daher ist ihr Vertrauen besonders wichtig, wobei 2025 bis auf einen alle Vorfälle von berlinweit tätigen, Community-spezifischen Kooperationspartner*innen gemeldet wurden.

Trotz eines starken Rück-

Art der Vorfälle Spandau



Erstellt mit Datawrapper

Beispielvorfälle

10. Februar 2025

Eine Radfahrerin wollte gegen 18:30 Uhr den Amorbacher Weg in Hakenfelde überqueren. Ein Mann stellte sich ihr in den Weg und pöbelte: „Absteigen, du Eule!“ Dann schlug er ihr ins Gesicht. Schließlich rief er ihr drohend hinterher: „Gegen so ein Pack wie dich kann nur die AfD was tun!“ Eine Passantin kam der Radfahrerin zur Hilfe. Anzeige wurde nicht erstattet.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

5. März 2025

Auf ihrem Weg von der Unterkunft in Spandau zur Bushaltestelle wurde eine muslimische Sozialarbeiterin von einem Mann mit der Geste „Kehle durchschneiden“ bedroht.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

7. Mai 2025

An der Bushaltestelle Metzger Platz in Wilhelmstadt wurde eine 13-Jährige, die in Begleitung von drei Freundinnen war, von einer Frau angespro-

chen und bedrängt, da sie sich angeblich falsch verhalten habe. Dann riss die Frau das Kopftuch des Mädchens herunter. Es wurde daher als rassistisch bewertet. Das Kind zeigte den Vorfall selbst bei der Polizei an und wurde anschließend zu den Eltern gebracht.

Quelle: Pressemitteilung der Polizei Nr. 1135 vom 08.05.2025

8. Juni 2025

Am Nachmittag wurde eine Schmie-

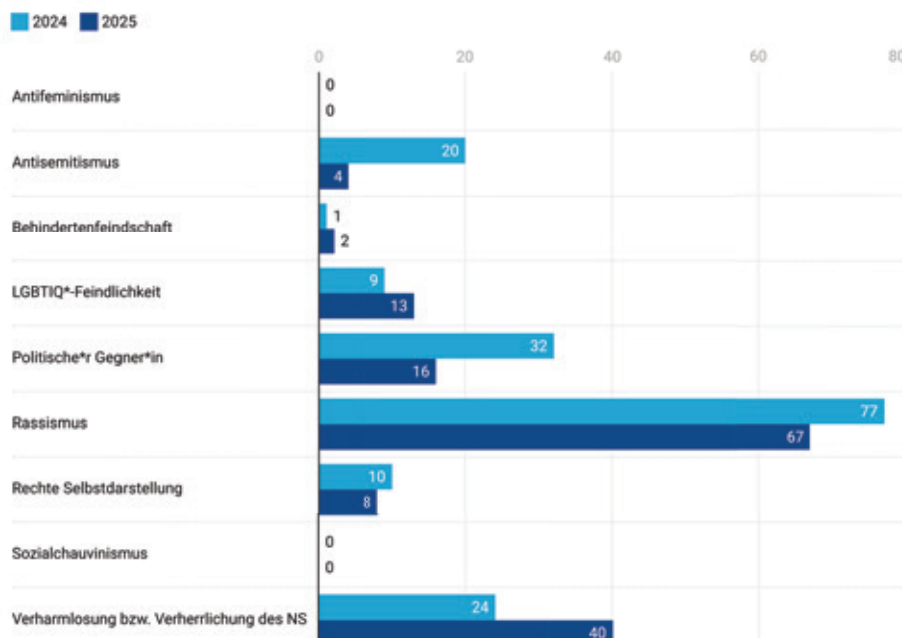
gangs von gemeldeten Vorfällen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (2025: 16, 2024: 32) blieb diese Kategorie das dritthäufigste Motiv aller Meldungen im Jahr 2025. Beispielsweise wurde in dem Ortsteil Spandau am Spandauer Burgwall der Zahlencode „1161“ angebracht, der für „anti-antifaschistische Aktion“ steht, die eine Neonazikampagne seit den 1990er Jahren zur Einschüchterung und Gefährdung ihrer Gegner*innen ist. Im Jahr 2025 wurden in Spandau nur noch vier antisemitisch motivierte Vorfälle dokumentiert, deutlich weniger als 2024 (20), da der Nahostkonflikt im Straßenbild im Vergleich zu 2024 weniger präsent war. Das Mahnmal für die Spandauer Synagoge wurde mit Farbe beschmier, sodass dessen Inschrift unleserlich wurde.

Im Jahr 2025 unterschied sich die Zahl der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle (13) nicht auffällig von 2024 (9), erreichte jedoch den höchsten Wert seit 2019. Queere Menschen erlebten insbesondere mehr Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien und Angriffe (2025: 9; 2024: 5). Im Eiswerderpark beschimpfte ein Mann ein junges Paar queer- und transfeindlich, schließlich drohte er ihnen mit Schlägen und damit, sie an ihrem Schmuck zu greifen und gewaltsam durch den Park zu schleifen. Dazu kam es schließlich nicht, weil die Polizei gerufen wurde und sich Umstehende solidarisch einmischten.

Verschiebungen in den Ortsteilen

Wie im Vorjahr wurden 2025 die meisten Vorfälle aus dem Ortsteil Spandau gemeldet (61). Fast die Hälfte der Propagandavorfälle (37) sowie der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (18) entfiel auf

Motiv der Vorfälle in Spandau



Erstellt mit Datawrapper

diesen Ortsteil. Die Häufung lässt sich mit seiner zentralen Bedeutung erklären. Auffällig ist, dass fast ein Drittel der Propagandavorfälle (25), davon die meisten NS-verharmlosende bzw. -verherrlichende, aus Staaken gemeldet wurden.

Im Jahr 2025 fällt in Spandau auf, dass trotz des Rückgangs der Vorfallzahlen mehr Vorfälle von NS-Verharmlosung bzw. -Verherrlichung sowie mehr und drastische Übergriffe gegen LGBTIQ*-Personen erfasst wurden.

Den ausführlichen Jahresbericht für Spandau können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



rerei am Mahnmal für die ehemalige Synagoge und die Opfer der Shoa am Lindenufer in Spandau entdeckt und zeitnah entfernt. Dabei wurden Teile des Denkmals unkenntlich gemacht. Quelle: Polizeimeldung Nr. 1619 09.06.2025

26. Juni 2025

Zwei Frauen wurden am Nachmittag in Spandau in der Buslinie X34 von zwei Jugendlichen, einem 14-Jährigen und einem 15-Jährigen, queerfeindlich

beleidigt. Als die Jugendlichen an der Haltestelle Alt-Gatow ausstiegen, bedrohte einer der beiden die Frauen und spuckte ihnen ins Gesicht. Die Frauen alarmierten daraufhin die Polizei und nahmen die Verfolgung auf. Die Jungen wurden noch in der Nähe der Haltestelle festgenommen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1735 27.06.2025

15. Oktober 2025

Im Ortsteil Staaken in Spandau wur-

den antimuslimische Schmierereien, die das rassistische K*-Wort, andere Beleidigungen und Morddrohungen gegen Araber*innen enthalten, in zwei Fahrstühlen in einem Wohnhaus in der Obstallee entdeckt. Die Schmierereien enthielten auch teilweise unlesbar gemachte, anti-Schwarze rassistische und antiziganistische Ausdrücke. Außerdem wurden Hakenkreuz-Schmierereien an den Häusern entdeckt.

Quelle: Register Spandau



Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf ist ein Randbezirk im Südwesten von Berlin. Ende 2025 lebten dort rund 295.000 Menschen in acht Ortsteilen. Steglitz-Zehlendorf ist von der Altersstruktur her der älteste Bezirk und liegt mit einem Durchschnittsalter von 46,6 Jahren weit über den anderen Bezirken Berlins. Neben dicht besiedeltem Wohnraum wie der „Thermometersiedlung“ in Lichterfelde Süd oder der Einkaufsmeile in der Schloßstraße in Steglitz gibt es im Bezirk grüne Erholungsgebiete wie den Wannensee und den Schlachtensee. Bekannt ist zudem der Treffpunkt „Staatsreparatur“, deren Räume von neurechten und extrem rechten Akteuren genutzt werden. Der betreibende Verein wird seit 2025 vom Berliner Verfassungsschutz beobachtet.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025

5	25	50	75	100	125	150	175	200
---	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----



Gesamt: 278

Bezirksweit/Unbekannt: 37
Internet: 2

Dahlem: 33; Lankwitz: 16; Lichterfelde: 93; Nikolassee: 4; Schlachtensee: 1 (auf der Karte gefasst unter Nikolassee); Steglitz: 53; Wannsee: 2; Zehlendorf: 37

Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Queerfeindlicher Aufkleber am Hindenburgdamm



Extrem rechter Schriftzug mit „N-Wort“ in Lichterfelde



Kontakt:

Register Steglitz-Zehlendorf
Stadtteilzentrum Steglitz e.V.
Holsteinische Straße 39-40
12161 Berlin

Tel.: 0177 - 4731717
Mail: sz@berliner-register.de
Facebook: [ReginaStegendorf](https://www.facebook.com/ReginaStegendorf)
Bluesky: [@SZregister.bsky.social](https://bsky.social/@SZregister)
Instagram: [@RegisterBSZ](https://www.instagram.com/RegisterBSZ)

Phänomene, die das Register Steglitz-Zehlendorf 2024 im Bezirk beobachtete, setzten sich 2025 fort. Die Verbreitung extrem rechter Narrative im Straßenbild und Vorfälle gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten nahmen weiter zu. Das Register Steglitz-Zehlendorf dokumentierte 2025 insgesamt 278 Vorfälle und verzeichnete damit die höchste Vorfällezahl seit Bestehen des Projekts 2016. Im Vergleich zu 2024 gab es einen Anstieg der Zahlen um 28 Prozent (2025: 278; 2024: 217).

Verbreitung extrem rechter Inhalte

Den größten Anteil der im Jahr 2025 dokumentierten Vorfälle machten Aufkleber, Flyer und Schmierereien (Propaganda) aus. Mit 192 von insgesamt 278 Vorfällen nahm ihre Zahl gegenüber 2024 deutlich

zu (2025: 192; 2024: 129). Dieses Phänomen deutet u.a. darauf hin, dass sich Aktivitäten der extremen Rechten im Bezirk auf die Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien im öffentlichen Raum konzentrierten.

Die dokumentierte Propaganda richtete sich vor allem gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (56 Vorfälle), war rassistisch motiviert (44 Vorfälle) oder verherrlichte beziehungsweise verharmloste den Nationalsozialismus (31 Vorfälle). Rassistische Inhalte zeigten sich etwa in Stickern, welche das rassistische Konzept der sogenannten Remigration forderten. NS-bezogene Vorfälle äußerten sich häufig in der Verbreitung von Hakenkreuzen.

Die hohe Präsenz solcher Inhalte im öffentlichen Raum kann zu ihrer Normalisie-

rung beitragen, insbesondere dann, wenn sich die Propaganda unwidersprochen über einen längeren Zeitraum im Straßenbild zeigt. Bei Betroffenen kann die Sichtbarkeit menschenfeindlicher Ideologien Verunsicherung auslösen und dazu führen, dass bestimmte Orte als unsicher oder bedrohlich wahrgenommen und letztlich gemieden werden.

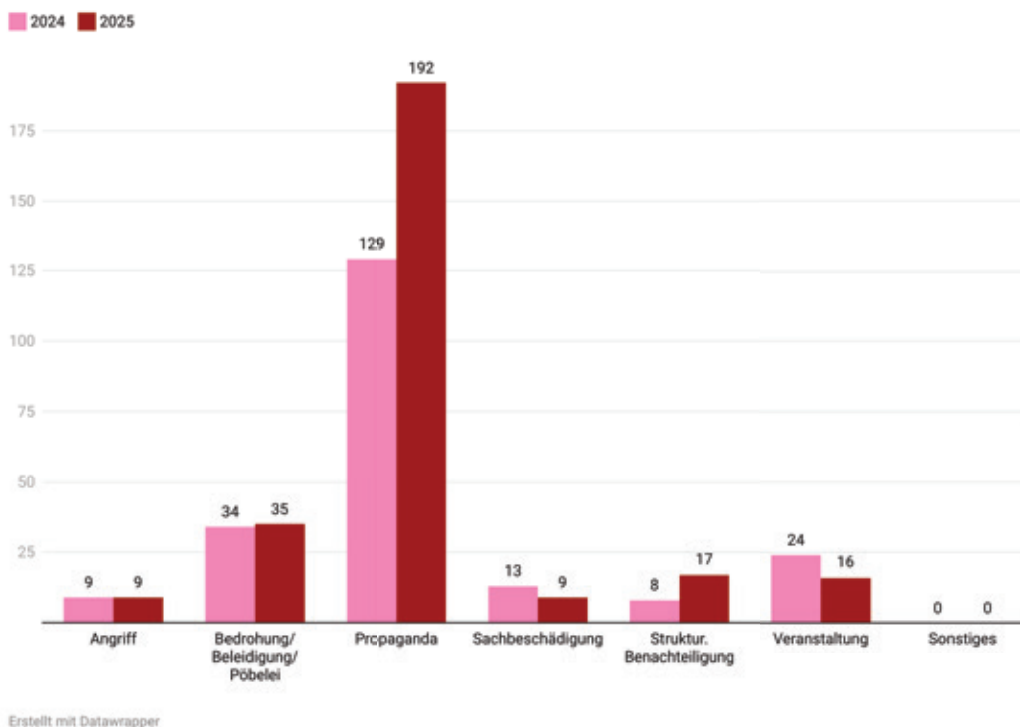
Politische Gegner*innen der extremen Rechten

Rassismus blieb 2025 mit 94 dokumentierten Vorfällen am häufigsten gemeldet (2025: 94; 2024: 91). Deutlich stieg jedoch die Zahl der Vorfälle gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten an. Nachdem diese bereits 2024 von 16 auf 30 Fälle zugenommen hatte, verdoppelte sie sich 2025 erneut auf jetzt 63 Vorfälle.

Als politische Gegner*innen gelten Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und eine offene Gesellschaft einsetzen.

Insgesamt zeigten die Vorfälle gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten weniger direkte Bedrohungen und Angriffe gegen Einzelpersonen, dafür die Verbreitung abwertender Inhalte gegen eine gesamte Gruppe. Bereits 2024 weitete sich das Feindbild der extremen Rechten in Steglitz-Zehlendorf über klassische Gegnerbilder wie die Antifa auf Initiativen aus, die sich für Vielfalt und Demokratie engagieren. 2025 setzte sich diese Entwicklung fort.

Art der Vorfälle Steglitz-Zehlendorf



1. Februar 2025

In Steglitz in einem Bus der Linie M85 wurden zwei lesbische Frauen, die sich küssten, von einem Fahrgast erst beleidigt und dann körperlich angegangen. Der Fahrgast beschimpfte die Frauen lesbenfeindlich und schubste sie. Andere Fahrgäste griffen ein und zeigten sich solidarisch mit den Frauen.

Quelle: Maneo Berlin; Polizeimeldung Nr. 0305 02.02.2025

5. Februar 2025

Ein Parteibüro auf dem Hindenburgdamm erhielt einen Brief mit Kopien verschiedener Zeitungsartikel und Sticker. Die Zeitungsartikel richteten sich gegen muslimische Menschen und gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Unter einem Artikel zu einem Attentat, wurde handschriftlich hinzugefügt: „Hoffentlich werdet Ihr Opfer, dann trifft es wenigstens die Richtigen!“.

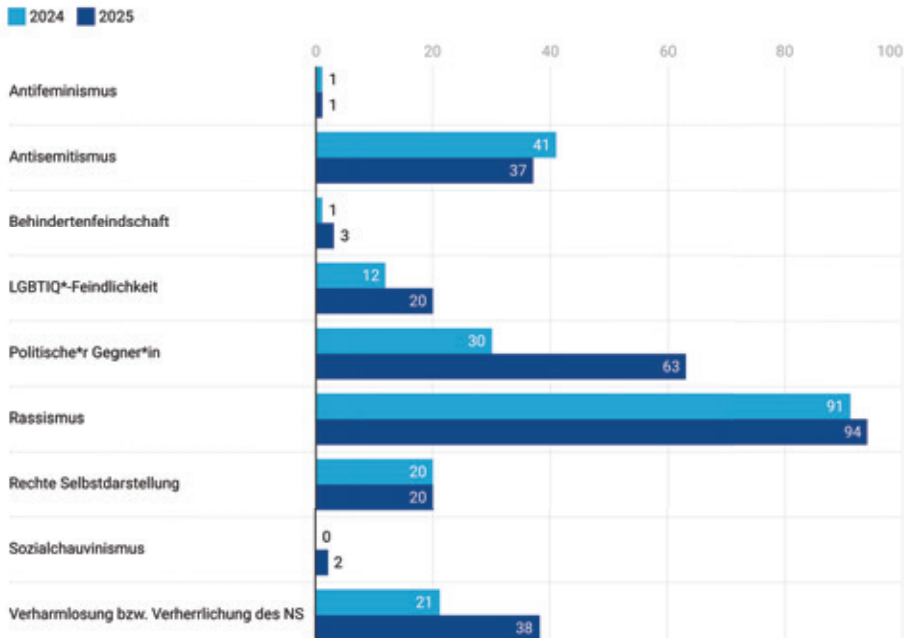
Quelle: Register Steglitz-Zehlendorf

5. April 2025

Auf einer Grünfläche in der Dillgasse wurden aus einer 14-köpfigen Personengruppe heraus rassistische Parolen gerufen. Personen, die dies beobachteten, riefen die Polizei. Zuvor hatten bereits Zeug*innen eine Gruppe gemeldet, aus der heraus vor dem Rathaus Lankwitz auf dem Hanna-Renate-Laurien-Platz rassistische Pöbeleien gerufen wurden.

Quelle: Polizei Berlin Nr. 0872 06.04.25, rbb24 06.04.25

Motiv der Vorfälle in Steglitz-Zehlendorf



Erstellt mit Datawrapper

So wurde z. B. im Januar 2025 in Lichterfelde ein Plakat, welches sich offen gegen Rassismus wendete, zerrissen und mit dem Spruch „Wir kriegen euch“ versehen.

Neurechte Räume: Staatsreparatur

Hinter den Veranstaltungsräumen der sogenannten Staatsreparatur in Lichterfelde-Ost steht der Verein „Freunde der Staatsreparatur e.V.“ Gegründet als ehemaliges Parteibüro von AfD-Politikern im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, sind die Räume inzwischen regelmäßiger Treff- und Veranstaltungsort für die Neue Rechte und teilweise extrem rechte Akteur*innen. Auch 2025 fanden Veranstaltungen statt, bei denen Redner*innen, u.a. ausführten, wie das rassistische Konzept der sogenannten Remigration durchgeführt

werden kann. Im September gedachte die Staatsreparatur eines ermordeten US-amerikanischen Rechtspopulisten mit einem Plakat vor den Räumen, die sich in Bahnhofsnähe befinden und damit sichtbar für Passant*innen sind. Auf dem Plakat stand der Slogan „White Lives Matter“ (dt. „Weiße Menschenleben zählen“), eine extrem rechte Parole, die als rassistische Umdeutung und Gegenbewegung zur antirassistischen Bewegung „Black Lives Matter“ (dt. „Schwarze Menschenleben zählen“) entstand. Die Parole ist Ausdruck eines Denkens von weißer Vorherrschaft.

Den ausführlichen Jahresbericht für Steglitz-Zehlendorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



17. September 2025

Vor einer Klinik in Nikolassee gab es die Kundgebung „Transmedizin macht krank“. Eine Rednerin wertete trans zu sein als „Trend“ ab, bei dem Aktivist*innen „vor allem unsicheren Kindern und Jugendlichen einreden wollen, dass es ganz normal ist, sich sein Geschlecht auszusuchen und gegebenenfalls mit Medikamenten nachzuhelfen.“

Quelle: Register Mitte, Register Steglitz-Zehlendorf

1. November 2025

Bei einer Veranstaltung an der FU Berlin in Dahlem kam es zu einer strukturellen Benachteiligung einer Person mit Behinderung. Mitmach-Aktionen waren so gestaltet, dass die Person nicht teilnehmen konnte. Es wurden keine Alternativen angeboten und die Person blieb ausgeschlossen.

Quelle: Register Steglitz-Zehlendorf

15. November 2025

An einer Schule im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wurde eine Schüler*in von der schulleitenden Person beleidigt. Der Schüler*in wurde eine sichtbare Verletzung nicht geglaubt und abgesprochen. Die hinzukommenden Eltern wurden antiziganistisch beleidigt.

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

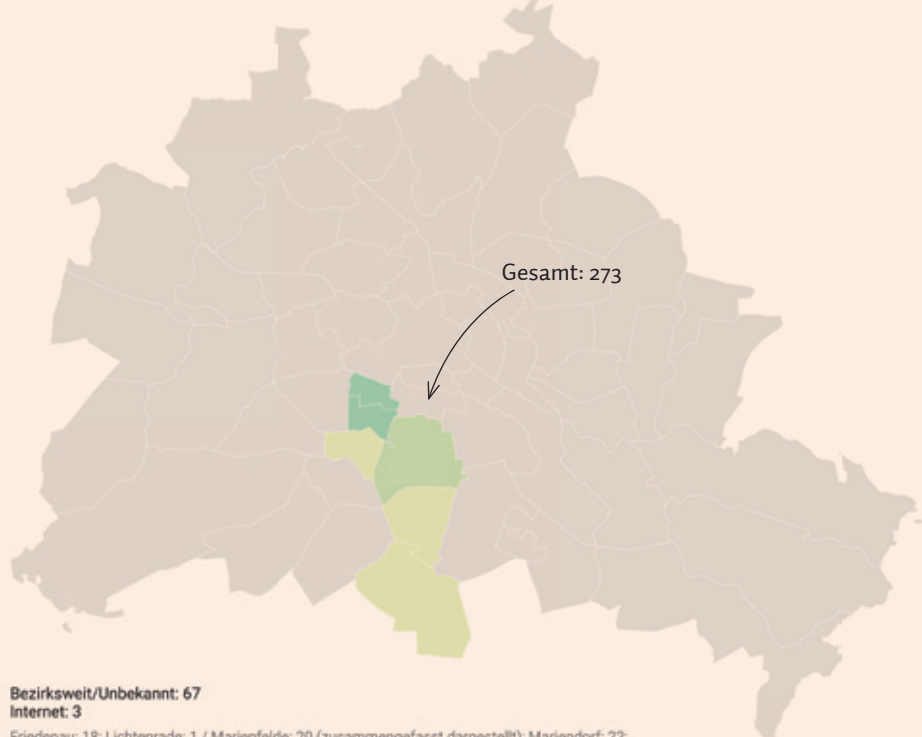
Tempelhof-Schöneberg

Mit knapp 340.000 Einwohner*innen zählt Tempelhof-Schöneberg zu den vielfältigsten Berliner Bezirken. Der ehemalige Flughafen Tempelhof, urbane Kieze in Schöneberg sowie Wohngebiete mit Hochhaus-siedlungen in Marienfelde oder Lichtenrade prägen das heterogene Bezirksbild. Überregional bekannt ist der Bezirk insbesondere durch den Regenbogenkiez rund um den Nollendorfplatz als Zentrum queeren Lebens. Gerade diese Sichtbarkeit macht Teile des Bezirks immer wieder zum Ziel extrem rechter und anderer menschenfeindlicher Angriffe.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Tempelhof-Schöneberg

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025

5 25 50 75 100 125 150 175 200



Bezirksweit/Unbekannt: 67
Internet: 3

Friedenau: 18; Lichtenrade: 1 / Marienfelde: 20 (zusammengefasst dargestellt); Mariendorf: 22;
Schöneberg-Nord: 55; Schöneberg-Süd: 53; Tempelhof: 34

Quelle: Berliner Register • Kartenmaterial: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Erstellt mit Datawrapper

Hakenkreuz an der Haltestelle Rixdorfer Str. /Britzer Str.

Übersprühte Tolaranz-Bank am Innsbrucker Platz



Kontakt:
Register Tempelhof-Schöneberg
NUSZ in der UFA-Fabrik e. V.
Viktoriastraße 13
12105 Berlin

Tel.: 01578 - 3456422
Mail: ts@berliner-register.de
Instagram: @TSRegister

Angriffe auf sichtbare Vielfalt

Auch 2025 blieb die Zahl dokumentierter extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Tempelhof-Schöneberg auf einem hohen Niveau. Zwar sank die Zahl gegenüber dem Jahr 2024 leicht von 288 auf 273 Vorfälle; sie liegt jedoch weiterhin deutlich über den Werten der Jahre von 2023 und früher. Die Entwicklung zeigt, dass extrem rechte und menschenfeindliche Ideologien im Bezirk weiterhin präsent sind und sich nicht zwangsläufig in organisierten extrem rechten Strukturen äußern müssen, sondern den Alltag der Betroffenen prägen.

Viele rassistische Angriffe im Bezirk

Die häufigsten Motive waren 2025 Rassismus (79 Vorfälle), Antisemitismus (59) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (50). Innerhalb der rassistischen Vorfälle zeigt sich ein deutlicher Schwerpunkt bei direkter Gewalt:

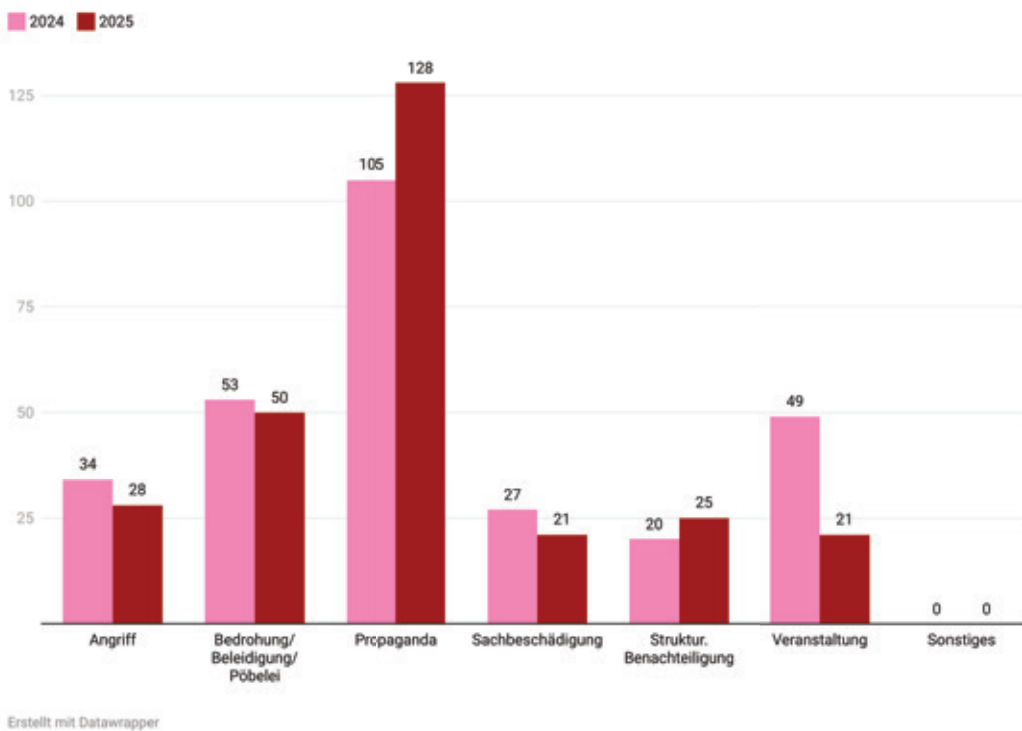
17 Angriffe und 25 Fälle von Bedrohung, Beleidigung und Pöbeleien wurden 2025 gezählt. Rassismus ist damit nicht nur das häufigste, sondern auch das gewaltprägendste Motiv im Bezirk. Viele dieser Vorfälle entstehen in Alltagssituationen, richten sich gegen Menschen im öffentlichen Raum und müssen mit dem Anstieg von rassistischer Propaganda und Ideologien in den letzten Jahren in Zusammenhang gebracht werden. Während rassistische Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr zunahmen, ging die Zahl antisemitischer Angriffe und Bedrohungen zurück. Gleichzeitig blieb antisemitische Propaganda auf einem ähnlich hohen Niveau. Dies deutet darauf hin, dass sich antisemitische Einstellungen weiterhin öffentlich artikulierten, auch wenn gewaltvolle direkte Eskalationen abnahmen. Das legt nahe, dass gewaltvolle Eskalationen im Nahen Osten sich in antisemitischen Vorfällen im Bezirk

widerspiegeln, da Juden*Jüdinnen im Bezirk auf antisemitische Weise für das Handeln Israels zur Rechenschaft gezogen werden. Ein weiterer Grund könnte sein, dass sich Jüdinnen*Juden immer weniger in der Öffentlichkeit zu erkennen geben und deshalb seltener Ziel von Anfeindungen werden.

Schöneberg bleibt Schwerpunkt des Bezirks – extrem rechte Propaganda in den Randbezirken

Besonders viele Vorfälle wurden erneut in Schöneberg-Nord (55) und Schöneberg-Süd (53) dokumentiert. Gründe hierfür sind die hohe Bevölkerungsdichte, zentrale Verkehrsknotenpunkte sowie stark frequentierte Einkaufs- und Veranstaltungsorte. Gleichzeitig befinden sich hier mit dem Regenbogenkiez und zahlreichen queeren Einrichtungen besonders sichtbare Orte der Vielfalt. Entsprechend konzentrieren sich dort LGBTIQ*-feindliche Sachbeschädigungen sowie wiederholte Angriffe auf queere Projekte wie „MANEO“. In den Randbezirken Mariendorf und Marienfelde kam es verstärkt zu NS-verherrlichender Propaganda. Die Vorfälle konzentrierten sich insbesondere auf öffentliche Orte wie Bushaltestellen und umfassten Aufkleber sowie Schmierereien, darunter wiederholt Hakenkreuze. Nach den vorliegenden Erkenntnissen sind die Vorfälle auf einzelne jugendliche Personen zurückzuführen. Dies entspricht der bereits seit verganginem Jahr durch die Berliner Register beobachteten Entwicklung einer sich ausbreitenden extrem rechten Jugendkultur.

Art der Vorfälle Tempelhof-Schöneberg



5. Januar 2025

Während sie an einer roten Ampel wartete, wurde eine Frau in der Martin-Luther-Straße in Schöneberg attackiert, zu Boden gestoßen und ins Gesicht geschlagen. Die Angreiferin gab dabei rassistische Beleidigungen von sich, bevor sie flüchtete. Die Betroffene musste medizinisch behandelt werden.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0053 06.01.2025

7. April 2025

Nachdem sie beim Verlassen einer

Apotheke gebeten hatte, den Hund zurückzuhalten, wurde eine gehbehinderte Frau von der Halterin des Hundes behindertenfeindlich beleidigt und geschlagen. Im Zuge der Auseinandersetzung wurde der Betroffenen auch das Handy aus der Hand geschlagen, als sie sich Hilfe holen wollte.

Quelle: Tagesspiegel 08.04.2025

18. Juni 2025

Ein unbekannter Mann sprach auf der Straße einen jüdischen Israeli an, der

sich mit einer Freundin auf Englisch unterhielt, und sagte in diesem Zuge, dass er hoffe, dass Hitler bald wiederkommen werde.

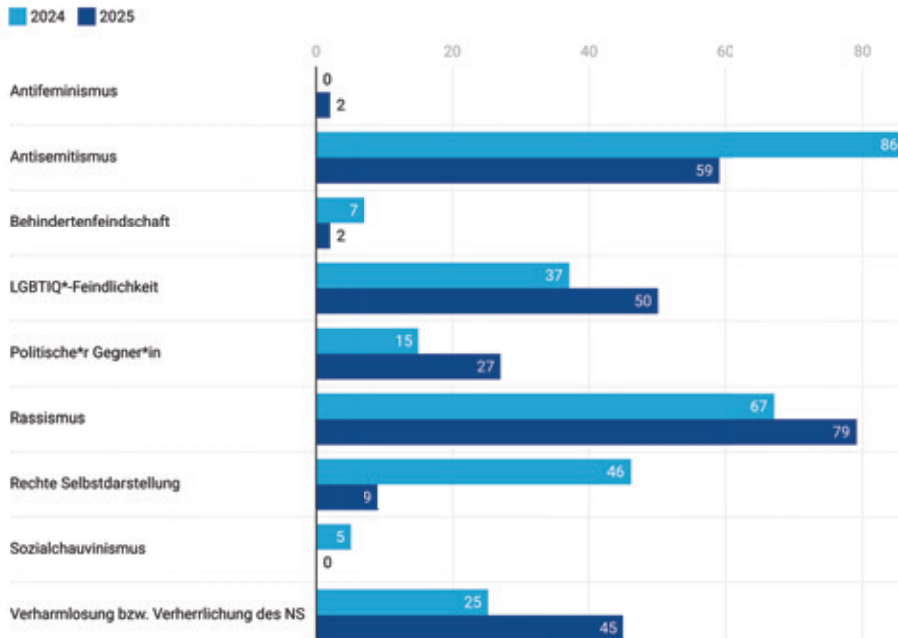
Quelle: RIAS Berlin

18. Juli 2025

Eine Sitzbank in Regenbogenfarben auf dem Vorplatz des S-Bahnhofs Innsbrucker Platz in Schöneberg wurde mit schwarzer Farbe übersprüht.

Quelle: Ordnungsamt Tempelhof-Schöneberg

Motiv der Vorfälle in Tempelhof-Schöneberg



Erstellt mit Datawrapper

Weniger organisierte Neonazistrukturen – dennoch viel Diskriminierung im Alltag

Im berlinweiten Vergleich fällt auf, dass antidemokratische Vorfälle und extrem rechte Selbstdarstellungen in Tempelhof-Schöneberg unterdurchschnittlich vertreten sind. Dies spricht dafür, dass im Bezirk weniger stark organisierte extrem rechte Strukturen aktiv sind als etwa in Lichtenberg oder Treptow-Köpenick. Die vergleichsweise geringe Sichtbarkeit organisierter extrem rechter Strukturen bedeutet jedoch nicht, dass von extrem rechten Ideologien eine geringere Gefahr ausgeht. Vielmehr legen die dokumentierten Vorfälle nahe, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch außerhalb organisierter Szenen verbreitet ist und sich in alltäglichen Beleidigungen, Bedro-

hungen und Angriffen äußert. Organisierte Akteur*innen bilden damit lediglich die sichtbare Spitze eines breiteren gesellschaftlichen Problems. Durch die Verankerung von Diskriminierung im Alltag wird das Leben insbesondere für Menschen unsicherer, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in das Feindbild extrem rechter Ideologien passen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Tempelhof-Schöneberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Beispielvorfälle

9. September 2025

Am frühen Morgen wurde Feuer an ein Tiny-House gelegt, das dem Bezirk gehörte und von dem queeren Anti-Gewalt-Projekt „Maneo“ als Info-Point genutzt wurde. Der Vorfall reihte sich ein in eine Serie von Angriffen auf „Maneo“.

Quelle: Maneo Berlin

16. Oktober 2026

Auf einen Stromkasten vor dem Ullsteinhaus wurden ein Keltenkreuz

und das Kürzel „ANB“ geschmiert, das für die extrem rechte Vereinigung „Autonome Nationalisten Berlin“ steht. Außerdem wurde auf demselben Stromkasten der gemalte Zahlencode „161“, der für „antifaschistische Aktion“ steht, übermalt.

Quelle: Register Tempelhof-Schöneberg

29. November 2025

In der Linie U6 kam es in Tempelhof zu rassistischen Beleidigungen und einem Angriff. Zwei betrunkene Män-

ner stiegen in die U-Bahn und fing an andere Fahrgäste rassistisch zu beleidigen, insbesondere eine Schwarze Frau, die mit ihrem Kind unterwegs war. Als ein Passagier versuchte einzugreifen und die beiden zur Rede zu stellen, wurde er bedroht und einer der beiden Betrunkenen versuchte ihn mit einer Getränkedose zu bewerfen. Er verfehlte jedoch und traf eine unbeteiligte ältere Frau.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2511 30.11.2025

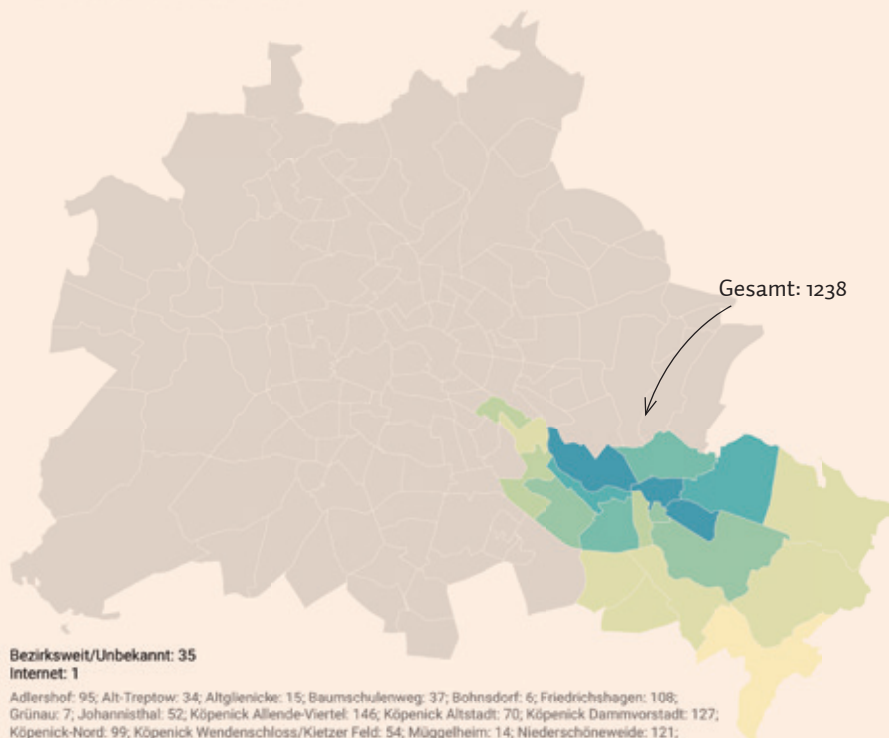


Treptow-Köpenick

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Treptow-Köpenick

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2025

5 25 50 75 100 125 150 175 200



Quelle: Berliner Register • Kartenmaterial: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Erstellt mit Datawrapper

Treptow-Köpenick ist der flächen- größte Bezirk Berlins und einer der grünsten. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen über 290.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark – vom fast innerstädtischen Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg. Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die Bundeszentrale der neonazistischen Partei „Die Heimat“. Sie wird regelmäßig für Veranstaltungen genutzt und ist ein bundesweiter Anlaufpunkt für die extreme Rechte.

Bus mit Nazi-Schriftzug



Hakenkreuz in der Kottmeierstraße



Kontakt:
Register Treptow-Köpenick
pad gGmbH
Einbecker Straße 85
10315 Berlin

Tel.: 01578 - 3500615
Mail: tk@berliner-register.de

Treptow-Köpenick im Jahr 2025

Im Jahr 2025 wurden 1.238 Vorfälle dokumentiert. Das entspricht einem Zuwachs von über 25 Prozent verglichen mit dem Vorjahr. Insbesondere die Propaganda ist erneut stark gestiegen (+268). Die Anzahl der dokumentierten Angriffe blieb gleich, doch es wurden weniger verbale Übergriffe gemeldet (-14).

Übergriffe – zwischen Entspannung und Normalisierung

Nach einem deutlichen Anstieg der Gewalt im Jahr 2024 sind nun vor allem die queerfeindlichen Übergriffe stark rückläufig (-3 Angriffe, -10 verbale Übergriffe). Das entspricht dem berlinweiten Trend und zeigt deutlich, wie stark Gewalt von politischen Kampagnen und öffentlichen Diskussionen beeinflusst wird. Demgegenüber stehen die rassistischen Übergriffe (+3). Hier

zeigte sich nach dem Anstieg 2024 eine Tendenz zur Normalisierung der Gewalt. Die Mehrheit dieser Vorfälle ereignete sich im Nahverkehr (23) oder auf der Straße (13). Nachdem 2024 viele rassistische Parolen dokumentiert worden sind, setzen sich diese nun in direkte Anfeindungen um. Die Übergriffe auf Antifaschist*innen haben weiter leicht zugenommen (+1). Hier steigt insbesondere die Gewalt durch junge Menschen weiter.

Propaganda – weiterhin die beliebteste Aktionsform

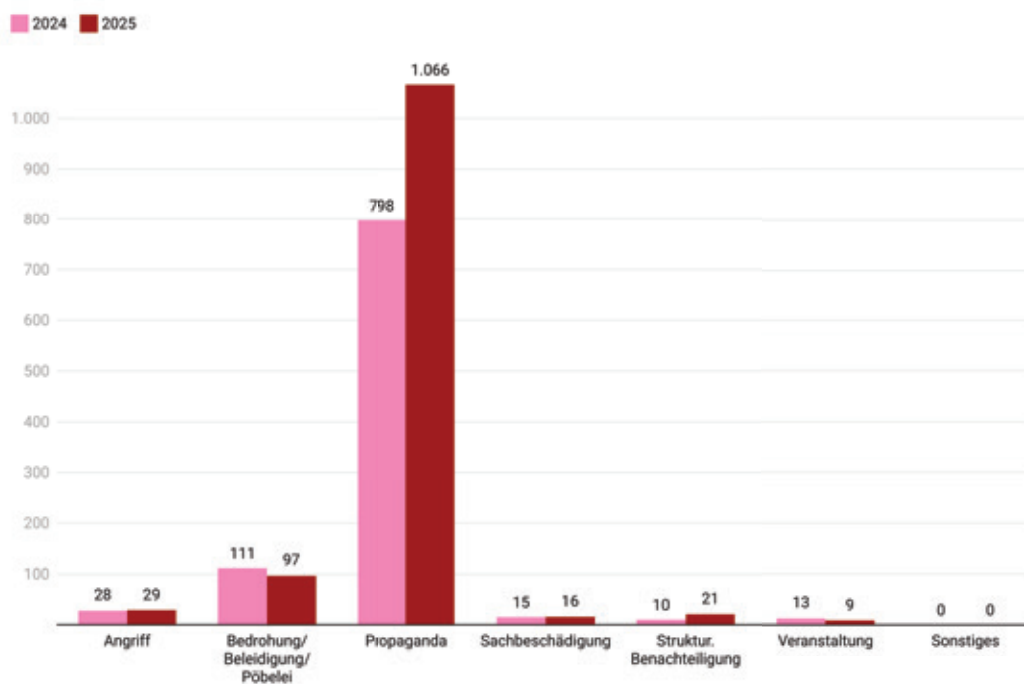
Das Thema Queerfeindlichkeit ist mittlerweile fester Bestandteil extrem rechter Propaganda. Allerdings vermischt sich queerfeindliche Propaganda zunehmend mit Hetze gegen Antifaschist*innen. Diese hat im Jahr 2025 nochmal stark zugenommen (+96) und ist nun auf einem

Höchststand von 430 Vorfällen. Fast die Hälfte dieser Vorfälle (199) enthielt Gewaltaufrufe. Insgesamt hat sich jedoch die Erscheinungsform der Propaganda verändert. Hierfür wurden die einzelnen Vorfälle, die zu einem großen Teil mehrere einzelne Aufkleber oder Schriftzüge enthielten, genauer betrachtet. Die zuletzt hohe Zahl an dokumentierten Graffiti und Schriftzügen ist im Jahr 2025 wieder zurückgegangen. Es wurden insgesamt nur noch 616 Schriftzüge und Graffiti dokumentiert (-330). Dafür stieg die Anzahl der einzelnen Aufkleber stark an (+1.183), die zu weniger Vorfällen zusammengefasst wurden. Sie prägten im Jahr 2025 massiv ganze Ortsteile.

Ortsteile – Alte Bekannte und neue Spitzenreiter

Das Allende-Viertel war der Ortsteil mit den meisten dokumentierten Vorfällen (146). Hier erreichte die Propaganda ein unerwartetes Ausmaß, das sich auch auf die angrenzenden Kieze in Wendenschloß und Teile der Altstadt ausbreitete. In Schöneeweide nahmen die Vorfälle nach einem starken Anstieg 2024 nochmals zu (+51). Hier zeigten sich vor allem Tendenzen zur Normalisierung, sowohl was Propaganda als auch Übergriffe betrifft. In beiden Ortsteilen entwickelte sich schnell antifaschistisches Engagement und viele Menschen unterstützten das Register mit Meldungen. Leicht rückläufig sind dagegen die dokumentierten Vorfälle in den Ortsteilen Friedrichshagen (-13) und Köpenicker Dammvorstadt (-30), die aber weiter-

Art der Vorfälle Treptow-Köpenick



Erstellt mit Datawrapper

22. Februar 2025

Am Abend wurden zwei Mädchen im Alter von 14 und 16 Jahren auf dem Adlergestell in Grünau aus antimuslimischer Motivation angegriffen. Den beiden Mädchen wurde zuerst von hinten an den Kopftüchern gerissen. Danach schlugen die Täter ihnen ins Gesicht und einer verletzte eins der Mädchen mit einem Messer am Arm. Die Täter äußerten sich zudem rassistisch.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0468
23.02.2025

26. April 2025

Am späten Abend wurde ein Schwarzer Mann vor seiner Haustür in Baumschulenweg von mehreren Männern angegriffen und zusammengeschlagen. Der Betroffene musste nach dem Angriff im Krankenhaus behandelt werden. Der Betroffene und seine Familie gehen von einem rassistischen Motiv aus.

Quelle: Tagesspiegel 01.05.2025, Register
Treptow-Köpenick

2. Mai 2025

Am späten Abend waren zwei Frauen an der Ampel Baumschulenstraße Ecke Behringstraße, als zwei Männer sie mit den Worten ansprachen: „White Power, White Power, scheiß Schwuchtel und Lesben!“

Quelle: Meldeformular Berliner Register

hin zu den Ortsteilen mit vielen Vorfällen gehören.

Neonazis und Jugendkultur

Die Partei „Der III. Weg“ war im Jahr 2025 weniger aktiv (-17). Sie führte vor allem großflächige Flyer-Aktionen (7) durch. Bis auf die übliche Aufkleber-Propaganda stellten die Partei und ihre Jugendorganisation „NRJ“ ab der zweiten Jahreshälfte ihre Aktivitäten im Bezirk ein.

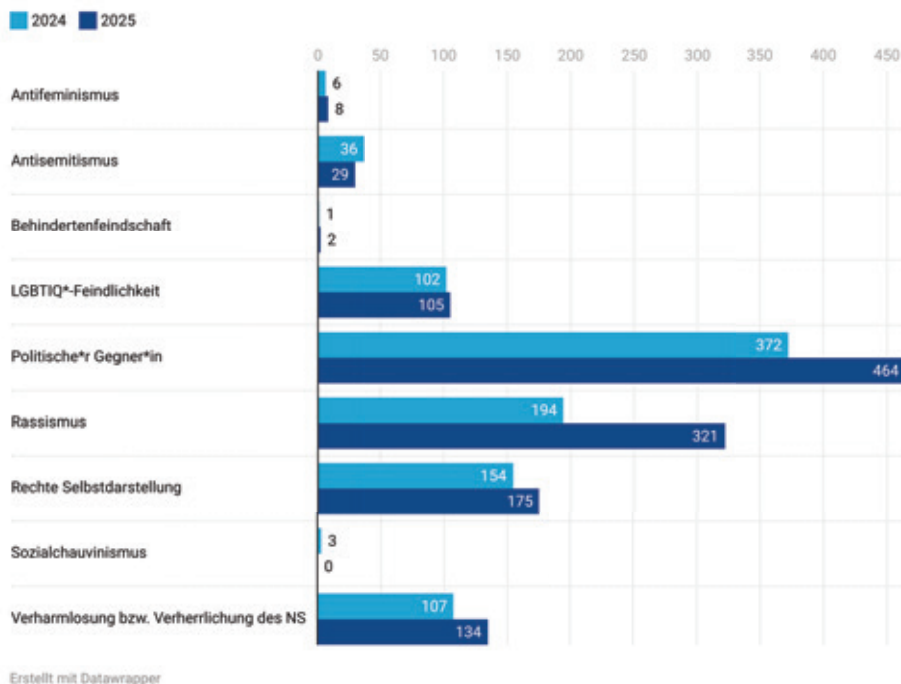
Eine weitere wichtige Entwicklung im Jahr 2025 war der Anschluss der extrem rechten Jugendgruppe „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) an die Partei „Die Heimat“ im Spätsommer. Die Bundeszentrale der Partei liegt in der Köpenicker Dammvorstadt. Im Zuge dieser Entwicklung nahmen die Veranstaltungen im Ortsteil zu und es kam in deren Umfeld vermehrt zu Vorfällen.

Dies reiht sich ein in die Beobachtung einer erstarkenden rechten Jugendkultur im Bezirk. Der Anteil der an Übergriffen beteiligten jungen Menschen stieg im Jahr 2025 nochmals von 19 Prozent auf 26 Prozent. Extrem rechte Online-Shops richteten ihr Angebot auf diese Zielgruppe aus und Akteure in den sozialen Medien motivierten zusätzlich, sodass junge Rechte inzwischen vor allem durch Aufkleber aktiv werden.

Den ausführlichen Jahresbericht für Treptow-Köpenick können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Motiv der Vorfälle in Treptow-Köpenick



1. Juli 2025

Entlang des Müggelschloßchenweg von Salvador-Allende-Straße bis zum Schweinchenplatz und in der Alfred-Randt-Straße in Köpenick wurden insgesamt mindestens 45 extrem rechte Aufkleber entdeckt und entfernt. Sie waren gegen Antifaschist*innen gerichtet, rassistisch motiviert und riefen ein „Deutsches Reichsgebiet“ aus.

Quelle: BENN Allende-Viertel

6. September 2025

Am Nachmittag bedrohten zwei junge Männer auf einem E-Roller eine kleine Gruppe Antifaschist*innen an der Tramhaltestelle Firlstr. Einer der Männer hielt dabei einen Teleskopschlagstock in der Hand und rief der Gruppe zu „Verpisst euch hier, ihr Antifa-Fotzen. Das ist unser Kiez“. Als die Bedrohten darauf reagierten, drohte er „allen die Beine zu brechen.“

Quelle: Register Treptow-Köpenick

19. Dezember 2025

In der Nacht von Freitag zu Samstag wurden mehrere ehemalige Gäste des Jugendclubs Café Köpenick am S-Bahnhof Köpenick von einer Gruppe junger Neonazis angegriffen.

Quelle: HdJK - Haus der Jugend Köpenick

Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

ADAS

Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen
<https://adas-berlin.de>

AuF Anlauf- und Fachstellen für Diskriminierungsschutz an Bildungseinrichtungen

bezirkliche Beratungsstelle in Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg
<https://raa-berlin.de/projekt-1>

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

unabhängige Beratungsstelle für Menschen mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen
<https://adnb.de>

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, chronische Erkrankung

Beratung für Menschen, die aufgrund ihres Lebensalters, ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit diskriminiert werden
<https://diskriminierung-berlin.de>

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz)

Archiv seit 1990, Veranstaltungen und Workshops zur extremen Rechten
<https://apabiz.de>

BIG – Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

bei häuslicher Gewalt, Hilfe für Frauen und Kinder
<https://big-berlin.info>

BuBs - Berliner Unabhängige BeratungsStelle

Beratung für Geflüchtete bei Problemen mit Behörden
<https://bubs.berlin>

CLAIM Berlin

Monitoringstelle zu antimuslimischem Rassismus und Meldestelle „I Report“
<https://claim-organisation.de> & <https://i-report.eu>

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA / MIA Berlin)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin.
<https://amaroforo.de/projekte/dosta>

Each One – Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

EOTO dokumentiert Vorfälle von anti-Schwarzem Rassismus und bietet eine Antidiskriminierungsberatung an.
<https://eoto-archiv.de/eachone>

entschwört - Beratung im Umgang mit Verschwörungsmythemen im persönlichen Umfeld

Beratung im Umgang mit Verschwörungsmythemen im persönlichen Umfeld
<https://entschwoert.de>

Fachstelle Bi+

Beratungsstelle für bi- und pansexuelle Menschen, Angehörige, Fachkräfte
<https://biberlin.de/fachstelle-biplus>

Fair Mieten – Fair Wohnen

Fachstelle und Beratung gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
<https://fairmieten-fairwohnen.de/beratung>

Gewaltschutzambulanz der Charité

keine Beratungsstelle, sondern Untersuchungen und Atteste bei Gewaltvorfällen, die als Beweis vor Gericht gelten
<https://gewaltschutzambulanz.charite.de>

GLADT

Beratung von und für Schwarze und of colour Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und queere Menschen in Berlin
<https://gladt.de>

KiDS - Kinder vor Diskriminierung schützen

Beratung und Begleitung bei Diskriminierung gegen Kinder von 0 bis 12 Jahren
<https://kids.kinderwelten.net/de>

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

Kontakt- und Beratungsstelle für Geflüchtete und Migrant*innen aus aller Welt, Beratung zum Asylrecht, zum Aufenthaltsrecht und in psychischen und sozialen Fragen
<https://kub-berlin.org>

L-Support

Meldestelle, Hotline und Antigewaltprojekt für gewaltbetroffene Frauen, Lesben*, inter*, nicht-binäre, trans*maskuline und feminine sowie agender Personen
<https://l-support.net>

LesMigraS

Beratung und Vernetzung für queere Frauen, trans, intergeschlechtliche, nicht-binäre Menschen, gezielt für People of Colour, Schwarze und Indigene Menschen und queere geflüchtete Menschen
<https://lesmigras.de>

Meldestelle AAR zu anti-asiatischem Rassismus

Meldestelle und Sprechstunde für die asiatische Community
<https://gemi-berlin.de/aktuelle-projekte-1/vielfalt-im-dialog-mit-ebav>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Beratung und Unterstützung für alle, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen
<https://mbr-berlin.de>

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

Beratung gemeinnütziger Organisationen und aus dem öffentlichen Sektor
<https://mbt-berlin.de/mbt>

OFEK - Beratung bei antisemitischen Vorfällen und Übergriffen

Hotline und Beratung bei antisemitischer Gewalt
<https://ofek-beratung.de>

OPRA - Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt

OPRA bietet Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt psycho-traumatologische Fachberatung – kostenlos, mehrsprachig und vertraulich.
<https://opra-gewalt.de>

Queer Home*

alle Fragen zu Wohnen und Wohnungslosigkeit für LGBTIQ* Menschen
<https://queerhome.de>

Reachout - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.
<https://reachoutberlin.de>

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin und anderen Bundesländern
<https://report-antisemitism.de>

Sonntagsclub

Beratung für LGBTIQ* Menschen
<https://schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/antidiskriminierung>

StandUp

Antidiskriminierungsberatung der Schwulenberatung Berlin
<https://schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/antidiskriminierung>

TIN*-Antigewaltberatung der Schwulenberatung Berlin

Beratung von gewaltbetroffenen trans*, inter* und nicht-binären Personen
<https://schwulenberatungberlin.de/angebote/tin-antigewaltberatung>

TIN-Beratung bei TransInterQueer

Beratung zu allen Fragen rund um Trans*, Inter* und Nicht-Binarität
<https://transinterqueer.org/angebote/beratung>

Union für Obdachlosenrechte (UfO)

Unabhängige Beschwerdestelle für obdach und wohnungslose Menschen
<https://ufo-berlin.org>

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF
<https://verband-brg.de/material/#publikationen>

Yekmal – Antidiskriminierungsberatung

Antidiskriminierungsberatung in Kurmancî und Soranî
<https://yekmal.de/view/200/antidiskriminierungsberatung-in-kurdisch>

<https://berliner-register.de>

